Plenarprotokoll 14 / **60**
13. 02. 2009

Landtag von Baden-Württemberg

60. Sitzung **14. Wahlperiode**

Stuttgart, Freitag, 13. Februar 2009 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr Schluss: 14:19 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 4241

1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 (Staatshaushaltsgesetz 2009 – StHG 2009)**

a) **Einzelplan 10: Umweltministerium**

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3610 4241

Abg. Winfried Scheuermann CDU 4241
Abg. Thomas Knapp SPD 4244, 4255
Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE 4246
Abg. Dieter Ehret FDP/DVP 4247
Abg. Franz Untersteller GRÜNE 4250
Ministerin Tanja Gönner 4251

Beschluss 4256

b) **Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Soziales**

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3609 4257

Abg. Wilfried Klenk CDU 4257
Abg. Katrin Altpeter SPD 4259
Abg. Ursula Haußmann SPD 4260
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE 4261
Abg. Bärbl Mielich GRÜNE 4262
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 4263
Ministerin Dr. Monika Stolz 4266

Beschluss 4270

c) **Einzelplan 06: Finanzministerium**

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3606

d) **Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung**

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3612

e) **Staatshaushaltsgesetz 2009** – Drucksache 14/3600

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3616 4271

Abg. Klaus Herrmann CDU 4271
Abg. Dr. Nils Schmid SPD 4275, 4291
Abg. Eugen Schlachter GRÜNE 4279
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 4281
Minister Willi Stächele 4285
Minister Dr. Ulrich Goll 4290

Beschluss 4291

2. **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zum Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2008 bis 2012** – Drucksachen 14/3615, 14/3913 . . 4295

Beschluss 4295

Nächste Sitzung 4295

Protokoll

über die 60. Sitzung vom 13. Februar 2009

Beginn: 9:34 Uhr

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 60. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen und die Türen zu schließen.

Dienstlich verhindert ist Herr Abg. Mack.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Stratthaus erteilt.

Krank gemeldet sind Herr Abg. Palm, Herr Abg. Reichardt und Herr Staatssekretär Wacker.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Ministerpräsident Oettinger, Herr Minister Professor Dr. Reinhart, Herr Minister Hauk und Herr Staatssekretär Fleischer entschuldigt.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 (Staatshaushaltsgesetz 2009 – StHG 2009)

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

Einzelplan 10: Umweltministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3610

Berichterstatterin: Abg. Dr. Gisela Splett

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 10 – Umweltministerium – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Scheuermann für die Fraktion der CDU das Wort.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Auftakt!)

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich hatte schon verschiedene Male die Ehre, hier zum Haushalt des Umweltministeriums sprechen zu dürfen. Das war oft nicht vergnügungssteuerpflichtig, und zwar aus dem einfachen Grund, dass hinter unseren guten Absichten und Plänen nicht die entsprechenden Finanzmittel standen. Heute fühle ich mich in einer besseren Position,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

nämlich einmal durch eine gediegene Ausstattung des Haushalts des Umweltministeriums, über den wir gerade reden, aber auch dadurch, dass aus den beiden Konjunkturprogrammen des Bundes und des Landes ordentliche Geldströme für die Umweltpolitik fließen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gut so!)

Ich bin fast versucht zu sagen: Die Umweltpolitik ist vom Rand in das Zentrum der Landespolitik gerückt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ui! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Meine Damen und Herren, wem haben wir das zu verdanken?

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Der Umweltministerin!)

Wir haben das erstens einem gestiegenen Umweltbewusstsein zu verdanken. Daran haben wir alle einen mehr oder weniger großen Anteil.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Thomas Knapp SPD und Franz Untersteller GRÜNE)

Wir haben das zweitens einer mehr als gediegenen Arbeit unserer Umweltministerin zu verdanken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben das drittens einem ordentlichen und kameradschaftlichen Klima sowie dem loyalen Umgang im Umweltausschuss zu verdanken. Ich höre immer: Wenn es in anderen Ausschüssen auch so gut wäre wie im Umweltausschuss,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut!)

dann wäre vielleicht manches besser.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut! Das gilt besonders für den Innenausschuss!)

Meine Damen und Herren, es wird Sie verwundern: Wir haben das viertens auch der Tatsache zu verdanken, dass unser Ministerpräsident einstmals Mitglied im Umweltausschuss dieses Landtags gewesen ist.

(Winfried Scheuermann)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein!)

Lassen Sie mich nun zu ein paar ganz aktuellen Themen der Umweltpolitik Stellung nehmen. In den letzten Tagen und Wochen stand ja bundesweit nur ein Thema im Vordergrund: Das war das Scheitern des Umweltgesetzbuchs. Ich weiß gar nicht, wie ich mich ausdrücken soll. Das Frustrierende daran ist, dass man eigentlich gar nicht ganz genau weiß, warum es gescheitert ist. Offensichtlich sind Gründe, die mit der Sache nichts zu tun haben, gewichtiger als sachliche Argumente.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das stimmt! – Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Wenn 15 Bundesländer – egal, von wem sie regiert werden – sagen, das Umweltgesetzbuch sei ein Fortschritt und bringe vor allem auch weniger Bürokratie, und dann ausgerechnet ein 16. Bundesland sagt: „Nein, das bringt mehr Bürokratie“, dann vertraue ich zunächst einmal den 15 anderen Ländern, zumal dazu auch Baden-Württemberg und somit auch unsere Umweltministerin gehören.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Genau!)

Das Streitthema war immer, dass sich mehrere Genehmigungen, die man für bestimmte Anlagen braucht, auf eine reduzierten, wenn wir das Umweltgesetzbuch bekommen hätten. Dazu dürfen wir in Baden-Württemberg wenigstens sagen: Mehrere Genehmigungen kommen bei uns in Baden-Württemberg aufgrund der Verwaltungsreform jetzt wenigstens aus einem Haus. Auch das ist eine Erleichterung. Auf jeden Fall ist es viel besser, als wenn die Genehmigungen aus verschiedenen Häusern kommen müssten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, ein Umweltthema, das in der Zukunft noch viel stärker in den Vordergrund rücken wird, ist die Bekämpfung des Lärms. Wir haben z. B. für Neubauten von Verkehrsanlagen und im Bauplanungsrecht Vorschriften über die Lärmimmissionen, die wir ertragen müssen. Aber ich sage ausdrücklich: Das ist nur ein Anfang und längst nicht ausreichend.

Aufgrund einer EU-Richtlinie haben wir jetzt an den Brennpunkten des Lärms sogenannte Lärmkarten. Aber wenn die Lärmkarten nicht „l’art pour l’art“ bleiben sollen, müssen Konsequenzen gezogen werden. Das heißt, der Bund muss sich bereitfinden zu sagen, ab welcher Schwelle von Lärmimmissionen aufgrund gesetzlicher Vorschriften etwas gegen den Lärm getan werden muss. Um das erfolgreich tun zu können, brauchen wir erstens diese ordnungsrechtlichen Vorschriften und zweitens Geld.

Ein zweiter Schwerpunkt. Immer wieder sage ich gebetsmühlenhaft: Unser erfolgreicher ÖPNV ist gleichzeitig auch ein Erfolg der Umweltpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Jede ersparte Autofahrt, weil ich zu Fuß gehe, weil ich mit dem Rad fahre oder weil ich den ÖPNV benutze, ist ein Beitrag zur Reduzierung der CO_2-Emissionen. Deswegen gehört die erfolgreiche ÖPNV-Politik auch unter das Kapitel „Erfolgreiche Umweltpolitik“.

Aber auch hier war es so: Durch eine gesetzliche Vorschrift ist die Zuständigkeit für den Schienenpersonennahverkehr auf die Länder übertragen worden, und mit den Regionalisierungsmitteln haben die Länder so viel Geld in die Hand bekommen, dass sie im ÖPNV etwas Vernünftiges bewirken konnten. Das war die Ursache unseres Erfolgs.

Meine Damen und Herren, nächster Schwerpunkt: Hochwasserschutz. Hierfür fließt nun tatsächlich Geld. Aus den beiden Konjunkturprogrammen des Bundes und des Landes kommen zusätzlich zum Ansatz in unserem Haushalt 44 Millionen € hinzu. Bisher sind wir mit den relativ geringen Mitteln ausgekommen, weil wir z. B. beim Integrierten Rheinprogramm Gott sei Dank wenige baureife Projekte hatten. Oder, anders gesagt: Wir konnten mit der Verwirklichung jedes baureifen Projekts beginnen. Mittlerweile haben wir in einem größeren Umfang baureife Projekte, oder wir werden sie in naher Zukunft bekommen. Deswegen sind wir froh, dass wir auf diesem Gebiet eine deutlich höhere finanzielle Ausstattung haben, um die baureifen Projekte dann auch zeitnah umsetzen zu können.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Klimaschutz oder sind – ich kann es auch anders ausdrücken – unsere Bemühungen, den Ausstoß der für das Klima schädlichen Gase zu reduzieren. CO_2 und Methan sind hier die wesentlichsten.

Wir haben im Land für das Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ sowohl Haushaltsmittel als auch Mittel aus dem Kommunalen Umweltschutzfonds. Auch hier kann ich vermelden, dass aufgrund der Konjunkturprogramme der Haushaltsansatz um 4 Millionen € erhöht wird. Das ist zugegebenermaßen bescheiden, aber immerhin.

Ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt im Rahmen der CO_2-Reduzierung sind die alternativen Energien und unsere Bemühungen um Energieeffizienz. Wir sind bei Ihnen, Herr Kollege Untersteller, wenn Sie sagen: Biomasse einfach zu kompostieren ist vielleicht nicht mehr die modernste Art und Weise. Lasst uns diese Geschichte so behandeln, dass Methangas entsteht, mit dem wir Strom erzeugen können. Außerdem können wir die dabei anfallende Wärme verwenden. Auf jeden Fall ist diese Methode sehr viel moderner und sehr viel fortschrittlicher, und sie ist vor allem ein größerer Beitrag – überhaupt ein Beitrag – zur CO_2-Reduzierung.

Damit bin ich bei den alternativen Energien. Ich möchte sie stichwortartig nennen.

Bei Strom aus Wasserkraft sind wir in Baden-Württemberg spitze; wir sind sehr gut. Bei der Solarenergie sind wir gut, und bezüglich der Windenergie muss man jetzt einmal ein paar Fragezeichen setzen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Aber: Jeder Fortschritt bei den alternativen Energien – darauf lege ich Wert – hängt damit zusammen, dass wir vernünftige ordnungsrechtliche Vorschriften haben und für deren Umsetzung gleichzeitig Geld zur Verfügung stellen; ich nenne als Stichwort nur das Erneuerbare-Energien-Gesetz.

(Winfried Scheuermann)

Nun zur Windenergie. Eigentlich müsste man sagen: Jeden, der sich auf diesem Gebiet in vernünftiger Weise engagieren möchte, sollten wir das auch tun lassen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Leider ist das nicht so einfach. Vielleicht werde ich mir damit den Groll des einen oder anderen Kollegen meiner Fraktion zuziehen, aber ich will hier ganz einfach einmal meine persönliche Meinung kundtun.

(Zuruf von der CDU: Wir stehen hinter dir! – Abg. Thomas Knapp SPD: Das halten Sie aus!)

Ich kann jedoch hinzufügen: Das ist auch die Meinung aller Kollegen des Arbeitskreises Umwelt meiner Fraktion. Ein Ansatz, um hier weiterzukommen, ist die Frage: Muss es so sein, dass das Repowering nach unserem Landesplanungsgesetz nur in einem ausgewiesenen Vorranggebiet möglich ist? Ich meine, dort, wo schon jetzt eine Windkraftanlage steht – egal, ob das in einem Vorranggebiet ist oder nicht –, muss das Repowering doch möglich sein, und zwar unabhängig davon, ob die Anlage nun 80 oder 100 m hoch ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und des Abg. Dieter Ehret FDP/DVP)

Das interessiert draußen doch kaum jemanden. Wir vom AK Umwelt der CDU-Fraktion wollen alle Energie daransetzen, um zumindest auf diesem Gebiet einen kleinen Schritt nach vorn machen zu können.

Meine Damen und Herren, bei allen Schwerpunkten, die ich bisher erwähnt habe, …

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Winfried Scheuermann CDU: … hing der Erfolg damit zusammen, dass wir zum einen vernünftige ordnungsrechtliche Vorschriften hatten und dass wir zum anderen für das, was wir für erforderlich hielten, finanziell eine mehr oder weniger ordentliche Ausstattung bereitgestellt haben. Nur auf einem Gebiet – und das ist ein ganz wesentliches umweltpolitisches Gebiet ausschließlich für unser Land Baden-Württemberg –, nämlich beim Flächenverbrauch, meinen wir, das ginge von allein. Abgesehen von einigen kleineren Programmen, mit denen sich das Land auch finanziell etwas engagiert, haben wir in Baden-Württemberg zur Reduzierung des Flächenverbrauchs bislang nichts anderes gemacht, als fromme Appelle und Argumente zu äußern.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine Damen und Herren, das reicht nicht. Warum soll ausgerechnet beim Flächenverbrauch etwas anderes gelten als beim Klimaschutz, beim Hochwasserschutz oder beim Lärmschutz? Hier brauchen wir ordentliche ordnungsrechtliche Vorschriften, und wir brauchen dazu auch Geld.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Auch hier gilt natürlich: Rom wurde nicht an einem Tag erbaut. Aber ich meine, wir könnten Fortschritte erzielen, wenn wir bezüglich einer Konzentration der Genehmigungen auf die vier Regierungspräsidien vorankämen. Darüber reden wir auch schon seit über einem Jahr; passiert ist jedoch nichts. Ich finde, hierauf sollten wir verstärkt unser Augenmerk legen.

(Beifall der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Des Weiteren überlege ich mir, ob es nicht für unsere Verwaltung ohne irgendeine Gesetzesänderung möglich wäre, zu sagen: Ein Flächennutzungsplan wird nur noch dann genehmigt, wenn die entsprechende Einheit genaue Rechenschaft über die vorhandenen Baulücken abgelegt hat.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

Wenn man über die Baulücken nicht Bescheid weiß, kann man nach meinem Dafürhalten auch keinen vernünftigen Flächennutzungsplan aufstellen. Das Wirtschaftsministerium ist hier jetzt nicht vertreten.

(Zurufe: Doch! – Unruhe)

– Entschuldigung!

(Heiterkeit)

Herr Drautz, dann stellen Sie einmal Ihren Einfluss als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium unter Beweis, und initiieren Sie einen Erlass, wonach Genehmigungen von Flächennutzungsplänen ohne den Ausweis von Baulücken nicht mehr erteilt werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Meine Damen und Herren, wenn ich schon die Baulücken erhoben habe, dann stellt sich natürlich sofort die Frage: Wie komme ich an die Baulücken heran? Hier hat unsere Ministerin schon oft den Vorschlag gemacht: Lasst uns doch die Grundsteuer spreizen, je nachdem, ob jemand Grundstücke hortet oder ob es sich um bebaute Grundstücke handelt. Dazu brauche ich allerdings den Bund.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir helfen mit! – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn ich hier so in die Runde blicke, weiß ich natürlich schon, wo Bremser sitzen. Die sitzen auch in meiner Fraktion.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, so viel zu den Schwerpunkten, wie wir sie sehen.

(Winfried Scheuermann)

Ein Schlusssatz: Ich habe zu Beginn gesagt: Die Umweltpolitik ist vom Rand in das Zentrum der Landespolitik gerückt. Meine Bitte an uns alle wäre: Tun wir alles, damit die Umweltpolitik auch in Zukunft im Zentrum der Landespolitik bleibt! Ich glaube, dass ich jetzt die Zustimmung aller Kollegen meiner Fraktion habe, wenn ich sage: Wir von der CDU wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass es tatsächlich so kommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp für die Fraktion der SPD.

(Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: Der weiß gar nicht, was er sagen soll! – Heiterkeit – Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: Halten Sie es knapp!)

Abg. Thomas Knapp SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kompliment, Kollege Scheuermann. Kompliment!

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Sie mussten über 71 Jahre alt werden, um es zu schaffen, hier mehr Beifall von den Oppositionsfraktionen zu bekommen als von der eigenen Fraktion.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie, Kollege Scheuermann, haben es heute wirklich geschafft, die Themen, die wir schon seit Jahren bearbeiten, Ihrer eigenen Fraktion auf eine Art und Weise rüberzubringen, in der Sie – unbeeindruckt vom missmutigen Gesicht des Kollegen Döpper

(Heiterkeit)

und von der Abstrafung, keinen Beifall von den Kollegen der eigenen Fraktion zu erhalten – wirklich gesagt haben, was hier Sache ist.

(Abg. Werner Raab CDU: Wo waren Sie in der letzten halben Stunde?)

Ich möchte Ihre Ausführungen, Herr Kollege Scheuermann, jetzt noch in einigen Punkten ergänzen. Ich möchte von Hans im Glück reden.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Machen Sie es kurz!)

Wenn Sie das Märchen von Hans im Glück kennen, wissen Sie: Er bekommt nach der Arbeit einen Klumpen Gold. Er tauscht es – ich will es nicht im Detail vortragen – gegen ein Pferd, das er reiten kann, er tauscht das Pferd gegen eine Kuh, die Kuh gegen ein Schwein, das Schwein gegen eine Gans, und für die Gans bekommt er einen Wetzstein, der ihm schließlich in den Brunnen fällt. Er kommt zu Hause bei der Mutter an und ist der glücklichste Mensch auf Erden, obwohl er am Anfang einen Klumpen Gold hatte.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich möchte heute das Märchen von Tanja im Glück neu schreiben.

(Heiterkeit der Ministerin Tanja Gönner)

Tanja im Glück fängt ganz anders an. Sie hat im Haushalt, Kollege Scheuermann, nicht so, wie Sie sagen, wahnsinnig viel an Mitteln, sondern hat im Grunde, was in der Umweltpolitik in der Vergangenheit üblich war, relativ wenig darin, um nicht zu sagen, fast nichts. Jetzt kommt der glückliche Zufall, dass es in Berlin einen SPD-Finanzminister gibt, Peer Steinbrück,

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD – Unruhe)

der Tanja im Glück für ihren Bereich in diesem Jahr oder jetzt initiiert fast eine Milliarde nach Baden-Württemberg schiebt.

Ich möchte Ihnen an einem Beispiel deutlich machen, wie das funktioniert hat. Nehmen wir das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, das wir am 7. November 2007 hier beschlossen haben. Wir haben gesagt: Wir stimmen dem Gesetz nicht zu – obwohl es im Ansatz gut war –, weil landeseigene Immobilien darin nicht beinhaltet sind. Sie sind nach wie vor darin nicht beinhaltet. Deshalb haben wir das Gesetz ganz klar abgelehnt.

(Zuruf von der CDU)

– Der Kollege Scheuermann hat es mit seinem Hinweis auf das Thema Umweltgesetzbuch schon gesagt: Hätten Sie oder Frau Gönner auf die CSU in Bayern und den abgehalfterten Michael Glos, der nichts bewegt hat, ein bisschen Einfluss genommen, dann wäre dabei etwas ganz anderes bewegt worden.

(Beifall bei der SPD)

2007 hat man gesagt, man stelle ein Programm auf, das landeseigene Immobilien mit einbezieht. Weil Sie, Frau Gönner, von den Finanzpolitikern Ihrer Fraktion eingebremst wurden,

(Zuruf von der CDU: Hören Sie doch mit diesen Märchen auf!)

hat das Finanzministerium einen schönen Hochglanzprospekt „Konzept zur energetischen Sanierung und zum Einsatz erneuerbarer Energien bei landeseigenen Liegenschaften“ herausgebracht.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Was ist mit den Altbauten im Bundesgesetz?)

Herausgekommen ist: Man würde 2,5 Milliarden € in 20 Jahren – bis 2030 – brauchen, um die Landesimmobilien halbwegs durchzusanieren. Hier schreibt man noch und beschließt am 2. Dezember 2008 im Ministerrat – das ist jetzt zwei Monate her –, ab 2010 solle es jährlich 25 Millionen € geben. Demnach dauert es bei 2,5 Milliarden €, die wir brauchen, 100 Jahre, bis wir mit der Sanierung der Landesimmobilien halbwegs irgendwo hingekommen sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wahnsinn!)

Und dann kam Peer, SPD, Berlin,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wer ist das?)

und hat im Zukunftsinvestitionsprogramm allein für Hochschulen und Universitätsklinika 246 Millionen € nach Baden-Württemberg gegeben,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ganz persönlich!)

wobei das Land hier nur 25 % bezahlen muss. Das heißt, wir haben in einem Jahr schon mehr als 10 % dessen erreicht, was man in dieser Hochglanzbroschüre von vor zwei Monaten noch als völlig unmöglich und nicht darstellbar aufgezeigt hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dank SPD!)

– Dank Peer, dank Steinbrück! Dank der SPD in Berlin!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

Dazu kommen noch die Mittel, die an die Kommunen fließen, …

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich weiß, es ist der dritte Tag mit einer Plenarsitzung, aber darf ich trotzdem um Ruhe bitten. Sonst kann auch der parlamentarische Dienst nicht mehr mitarbeiten.

Abg. Thomas Knapp SPD: … 499 Millionen € für Schulen und Sportstätten – mit dem Schwerpunkt der energetischen Sanierung.

Bei den erneuerbaren Energien, Kollege Scheuermann, kann man auch sagen: Tanja im Glück. Wenn es das EEG nicht gäbe, würde sich da relativ wenig bewegen. Wir sind nicht dafür, die EEG-Förderung aufzustocken und zu sagen, da müsse man noch etwas dazugeben. Vielmehr müssen wir im Land dort, wo wir länderspezifische Schwerpunkte haben – z. B. bei der Biomasse, der Wasserkraft, der Fotovoltaik –, Hürden abbauen. Sie haben mit der Windkraft einen Teil geöffnet,

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

und jetzt muss es möglich sein, das Schwarz-Weiß-Denken bei der Windenergie in Baden-Württemberg aufzuheben. Oder man sagt: „Dort, wo man es will, müssen auch Windkraftanlagen entstehen können“, denn da sind wir absolut weit hinten.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Theresia Bauer GRÜNE und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Wasserkraft wird zwischen MLR, Umweltministerium und Wirtschaftsministerium „zerrieben“. Wir erhalten im Land keine zusätzlichen Genehmigungen für den Ausbau der Wasserkraft. Der Ausbau stockt, es könnte sehr viel mehr gehen. Das Ganze wird immer hin- und hergeschoben wie eine heiße Kartoffel, und der Ausbau geht nicht voran.

Das Fatalste, Frau Umweltministerin – das muss ich jetzt wirklich sagen –, ist die Tatsache, dass Sie die Atomkraft oft als den Anker, den Rettungsring der Energieversorgung bezeichnen, dass Sie sagen, wir brauchten die Kernenergie aus Klimaschutzgründen.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Um bei dem Märchen zu bleiben: Die Kernenergie, das sind Wackersteine – wie sie beim Wolf und den sieben Geißlein dem Wolf einverleibt werden – für die Energieversorgung.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Knapps Märchenstunde!)

Das ist der eigentliche Bremsklotz für den Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der SPD)

Tanja im Glück gilt genauso beim Hochwasserschutz. Da können wir Ihnen nur mitgeben – Kollege Scheuermann hat es auch schon angesprochen; es ist toll, einen solchen Vorredner von der CDU zu haben –: Es muss schnell dafür gesorgt werden, dass diese zusätzlichen Mittel, die zu einem großen Teil der Bund bereitstellt, für Hochwasserschutzmaßnahmen eingesetzt werden können. Das haben wir im Finanzausschuss auch bei Hochbaumaßnahmen schon gesagt.

Damit das Geld auch abfließen kann, müssen die entsprechenden Planfeststellungsbeschlüsse und Baufreigaben vorliegen. Es darf dieses Mal nicht passieren – wie nach dem Oder-Hochwasser –, dass man zwar den Ansatz erhöht, aber von vornherein weiß, dass das Geld nicht abfließt. Es darf nicht sein, dass das Geld zu einer stillen Reserve wird und die Gelder aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm nicht abgezogen werden. Das wäre fatal. Da muss man jetzt dafür sorgen, dass es umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Tanja im Glück bei der Luftreinhaltung. Man muss wirklich sagen: Die Lärmkartierung ist ein erster Schritt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „Tanja im Feinstaub“!)

Es wurde angesprochen, dass man jetzt auch für eine Umsetzung sorgen muss, und zwar durch Festlegung von Grenzwerten, wobei wir auch klare Grenzwerte haben, die nicht überschritten werden dürfen. Das kriegen wir bei Straßenbauten auch immer alle mit. Jetzt geht es darum, die wenigen Mittel, die für den angesprochenen Bereich im Zukunftsinvestitionsprogramm enthalten sind, auch einzusetzen.

Ich sage Ihnen: Auch hier hilft Ihnen der Bund mit der Abwrackprämie. Es wird zwar manchmal so getan, als würde sie unserer baden-württembergischen Industrie – mit Porsche, mit Mercedes, vielleicht auch mit den großen Audis – wenig bringen. Das mag ja alles in einem gewissen Maß so sein.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist so!)

Aber die Abwrackprämie – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – sorgt wahrscheinlich dafür, dass in drei, vier Monaten – bis dahin werden die 1,5 Milliarden € verbraucht sein – 600 000 Fahrzeuge und damit 1,5 % des Fahrzeugbestands – und zwar die alten „Kisten“, ohne Katalysator, ohne Dieselrußpartikelfilter – ersetzt werden.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

(Thomas Knapp)

Teilweise werden auch größere Fahrzeuge durch Kleinwagen mit modernster Technik ersetzt. Das hilft Ihnen beim Klimaschutz, bei der Luftreinhaltung und beim Lärmschutz.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das hilft den Japanern und den Koreanern!)

Also – das kann man wirklich sagen – fast auf ganzer Front gilt: Tanja im Glück.

Aber es gibt natürlich viele Märchen, die nicht glücklich enden.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Hans im Glück?)

Das Märchen Tanja im Glück, das ich heute neu beschrieben habe, hat auch ein schreckliches Ende. Denn damit komme ich, Kollege Scheuermann, zum Flächenverbrauch. Hier kann man nur sagen: Tanja und Günther – wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute – reden, aber tun nichts.

Ich glaube, es ist auf Dauer nicht mehr akzeptabel, dass wir pro Tag zwischen 8 ha – wenn die Wirtschaft schlecht läuft, wenn es uns „schlecht geht“ – und 12 oder 13 ha Fläche umnutzen. Ich sage bewusst „umnutzen“, weil wir sie ja nicht verbrauchen. Da spürt man immer wieder, dass bei Ihnen, meine Damen und Herren von der FDP/DVP, das Thema noch in keinster Weise angekommen ist. Vielleicht bildet der Kollege Ehret eine gewisse Ausnahme; wir werden ja nachher sehen, was Sie dazu sagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir haben im Wirtschaftsausschuss zum Landesplanungsgesetz gesagt: Wir wollen eine Begrenzung – nicht auf die Nettonull, Herr Kollege Scheuermann, die Ihr Ministerpräsident einmal genannt hat – auf den halben Verbrauch in den nächsten fünf Jahren. Das wurde freiweg abgelehnt. Diese Begrenzung wäre zumindest ein erster Schritt, ein Einstieg gewesen. Wir wissen auch, dass man den Verbrauch nicht von jetzt auf nachher auf null setzen kann. Aber wir müssen doch einmal beginnen, genau den Weg zu gehen, den der Kollege Scheuermann beschrieben hat, den er auch – das muss ich ehrlich sagen – im Wahlkreis und überall, wo er auftritt, immer propagiert.

Frau Umweltministerin, liebe Frau Gönner,

(Oh-Rufe – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: „Liebe Tanja“!)

wir werden Sie bei allen Ihren Bemühungen, die Sie in diese Richtung unternehmen, unterstützen. Sie können da auf uns zählen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Splett für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Anspruch, dass die Umweltpolitik im Zentrum angekommen ist, ist nicht ganz neu. Ich erinnere mich an die Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode. Auch da waren Umweltthemen zentral platziert. Es ging um die drei E: Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare. Zur Reduzierung des Flächenverbrauchs wurde ein ehrgeiziges Ziel gesetzt und die Nachhaltigkeitsstrategie angekündigt.

Sind diesen Worten auch Taten gefolgt? Der Flächenverbrauch ist gestiegen. Zu diesem Thema brauche ich gar nichts mehr zu sagen; Herr Scheuermann hat hierzu das Richtige und Notwendige gesagt. Beim Klimaschutz – dazu wird mein Kollege Untersteller noch reden – sind wir weit von dem Notwendigen entfernt. Die Nachhaltigkeitsstrategie hat sich im Klein-Klein von Arbeitskreisen und Projekten verloren – ohne sichtbare Auswirkungen auf das Regierungshandeln insgesamt.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Zu diesem Gesamtbild passt, dass im Bereich des Umweltministeriums erneut gespart wird. Das Umweltministerium hat einen Anteil von nur 1 % an den Ausgaben des Landes, und das mit sinkender Tendenz. Die Einsparvorgaben, die das Umweltministerium erhalten hat, wirken sich auf praktisch alle Bereiche aus, in denen die Mittel nicht zweckgebunden und in ihrer Höhe fixiert sind. Gespart wird an allem, mit Ausnahme der Landesmittel für den Hochwasserschutz.

Wir freuen uns, dass sich Herr Scheuermann heute wohlfühlt. Aber wenn ich mir den Haushalt des Umweltministeriums ansehe, kann ich das leider nicht ganz nachvollziehen.

Gespart wird beispielsweise an der Umweltforschung, obwohl genau hier verstärkt investiert werden müsste. Eine Kürzung in diesem Bereich in Zeiten der Klimakrise und der Wirtschaftskrise ist absolut kontraproduktiv.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr richtig!)

Gespart wird an den Zuweisungen für die LUBW. Darüber, auf welche Arbeitsbereiche sich die Kürzungen auswirken werden, sind dem Haushaltsplan keine Informationen zu entnehmen. Zu befürchten ist aber, dass hier konzeptionelle und zukunftsorientierte Aufgaben auf der Strecke bleiben.

Gespart wird an der Luftreinhaltung und am Lärmschutz. Dabei bezeichnet das Umweltministerium den Lärmschutz selbst als Aufgabenschwerpunkt. Die Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie kann man jedoch nicht allein den Kommunen überlassen. Hier ist auch das Land gefordert. Doch was tut das Umweltministerium? Statt die Umgebungslärmrichtlinie zu nutzen, um den Lärmschutz im Land konsequent voranzutreiben, betätigt sich das Umweltministerium als Bremser. Es werden hohe Schwellenwerte und Mindestbetroffenenzahlen für die Aufstellung von Lärmaktionsplänen definiert. Dafür gibt es keine rechtliche Grundlage, und wir brauchen diese Schwellenwerte nicht. Landesbehörden legen Kommunen Steine in den Weg, wenn die Kommunen Lärmschutzmaßnahmen umsetzen wollen, z. B. Geschwindigkeitsbeschränkungen auf viel befahrenen Straßen.

Notwendig ist auch mehr Geld statt weniger für die Luftreinhaltung. Es ist schon bezeichnend, wenn Kommunen darüber klagen, dass sie keine Luftmessstationen erhalten, oder wenn

(Dr. Gisela Splett)

Kommunen Messstationen selbst aufstellen, um Grenzwertüberschreitungen zu dokumentieren. Eine Politik nach dem Motto „Wenn wir nicht messen, dann müssen wir anschließend auch nicht tätig werden“ tragen wir nicht mit.

(Beifall bei den Grünen)

Eine nicht ausreichende Mittelausstattung sehen wir Grünen auch im Bereich der Altlastensanierung. Unser Ziel ist es, dass so viel Mittel bereitgestellt werden, um alle bekannten Altlastenfälle bis 2025 nachhaltig sanieren zu können. Der Sanierungsbedarf bei Altlastenfällen wie beispielsweise den Bohlinger Schlammteichen macht deutlich, dass die vorgesehenen Mittel nicht ausreichen und wir hier im zweistelligen Millionenbereich drauflegen müssen. Das hat im Übrigen auch mit dem Thema Flächenverbrauch zu tun. Denn wer will eine Fläche recyceln, die noch eine Altlast birgt?

Ich habe vorhin gesagt, dass – als einziger Bereich – die Hochwasserschutzmittel des Landes vom Streichkonzert ausgenommen wurden. Das ist auch gut so. Natürlich ist der Hochwasserschutz eine wichtige Aufgabe, und wir brauchten hierfür eigentlich noch mehr Geld, als im Haushaltsplan ausgewiesen ist. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass diesem Bereich auch aus dem Konjunkturprogramm Mittel zufließen werden. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass Hochwasserschutz und Ökologie Hand in Hand gehen müssen. Technischer Hochwasserschutz greift zu kurz, meine Damen und Herren. Wir müssen Überschwemmungsgebiete konsequenter als bisher von der Bebauung frei halten. Wir müssen den Gewässern wieder Raum geben und die natürliche Retention fördern.

(Beifall bei den Grünen)

Ich habe den Eindruck, dass da die Schwerpunkte noch nicht richtig gesetzt werden. Millionenbeträge fließen in den technischen Hochwasserschutz. Die Ökologie bleibt auf der Strecke, beispielsweise beim Integrierten Rheinprogramm, wo selbst mit den Mitteln des Konjunkturprogramms kein Geld für ökologische Maßnahmen bereitsteht.

Deswegen ist es auch notwendig, für die Aufwertung von Gewässern Mittel bereitzustellen. Für den Neckar haben wir einen Antrag eingebracht, ebenso die Regierungsfraktionen. Wir sind uns einig, dass wir diese Mittel brauchen. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass wir entsprechende Mittel nicht nur für den Neckar brauchen, sondern auch für die anderen Gewässer im Land.

Nur noch wenige Worte zum Konjunkturprogramm, denn meine Redezeit geht zu Ende. In diesem Konjunkturprogramm stecken einige umweltpolitisch sinnvolle Maßnahmen – Stichwort „Tanja im Glück“.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Allerdings sind darin auch völlig kontraproduktive Maßnahmen wie die Abwrackprämie enthalten. Das Konjunkturprogramm wird uns nicht weiterhelfen, wenn es um zukünftige Umwelthaushalte geht.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Deswegen erfüllt es mich mit Sorge, dass im Umweltbereich wieder Mittel gekürzt werden. Denn es wird uns in zukünftigen Haushalten sehr schwerfallen, diese Kürzungen wieder zurückzunehmen und die notwendigen Aufstockungen – wir wollen deutlich mehr Mittel, als bisher im Haushalt enthalten sind – vorzunehmen. Deshalb können wir diesen Einzelplan 10 – Umweltministerium – nicht mittragen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Schade!)

Wir halten es für einen Fehler, dass in diesem Haushalt gekürzt wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ehret für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Scheuermann, ich habe mir Ihre Rede sehr interessiert angehört.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Gut so!)

Ich bin noch ein Neuling und bei Weitem noch nicht so oft bei Haushaltsdebatten dabei gewesen. Aber ich habe mich genauso wie Sie darüber gefreut, dass wir in diesem Jahr viele Maßnahmen – ob durch den Haushalt oder durch die Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes ermöglicht – durchführen können. Diese Maßnahmen sind sinnvoll, und die Gelder dafür sind sehr gut angelegt.

Ich muss eines grundsätzlich sagen: Sowohl die Umweltpolitiker in ihrem Ressort als auch die anderen Politiker in ihren Ressorts könnten immer mehr Geld brauchen. Wir tragen aber auch die Verantwortung dafür, dass keine neuen Schulden gemacht werden.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Unser Fraktionsvorsitzender hat einmal den schönen Spruch geäußert: „Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! Sehr gut!)

Das ist auch Nachhaltigkeit, wobei mir sehr bewusst ist, Frau Dr. Splett, dass wir gerade den Klimaschutz und die Folgen auch im Geldwert vergleichen müssen.

Herr Scheuermann, ich möchte wie Sie den Dank erst einmal an die Kollegen des zuständigen Arbeitskreises der CDU, aber auch an alle Kollegen der anderen Fraktionen im Umweltausschuss richten. Auch wenn wir uns manchmal ein bisschen kabbeln, wollen wir in der Sache doch in dieselbe Richtung. Herzlichen Dank auch an Sie, Frau Ministerin Gönner, und an Ihren Mitarbeiter Herrn Bauer und seine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte hier eines vorausschicken: Für die Landtagsfraktion der FDP/DVP möchte ich grundsätzlich bekräftigen, dass

(Dieter Ehret)

die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise bei uns nicht zulasten der Umwelt gehen darf und wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Kollege Knapp hat vorhin angeschnitten, dass wir Stellen brauchen, dass wir Ingenieure brauchen, um die Konjunkturprogramme und Gelder sehr schnell sinnvoll umzusetzen. Darauf möchte ich gleich direkt erwidern: Wir haben das von Anfang an gefordert. Auf unserer Klausurtagung habe ich dazu den Antrag eingebracht, keine Stellen bei den RPs zu streichen

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

und in allen Bereichen – ob Straßenbau, energetische Sanierung – verstärkt Aufträge an freie Ingenieure und Architekturbüros

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

zu vergeben. Wir sollten hier sehr schnell tätig werden. Das ist ökologisch und ökonomisch sehr sinnvoll.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Jawohl! Gut!)

Ich glaube, wir sind uns einig: Nirgends ist das gemeinsame Handeln wichtiger als im Umweltbereich. Deutschland nimmt für sich in Anspruch – das unterstützen wir auch –, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in der Umweltpolitik in Europa und auf der Welt eine Führungsrolle einzunehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Baden-Württemberg auch in Sachen Umweltschutz seine tragende Position unter den Bundesländern behält.

Ein gutes Beispiel, ein guter Beleg ist für uns – Herr Knapp, Sie haben es angesprochen – das Erneuerbare-Wärme-Gesetz des Landes. Das war bundesweit das erste Gesetz in diesem sehr wichtigen Bereich der Wärmeenergie. Wir haben mit diesem Gesetz eindeutig bewiesen, dass Ökologie und Ökonomie sowie soziale Aspekte – das ist auch wichtig – gut miteinander vereinbar sind. Ich denke bei dem sozialen Aspekt an die Härtefallregelung bei der Finanzierbarkeit. Im Übrigen entspricht es unserem ganzheitlichen Denken, diese drei Komponenten stets zu berücksichtigen.

Wir haben mit diesem Gesetz, welches vielfältige Möglichkeiten eröffnet, um die Anforderungen zu erfüllen, einen sehr starken Impuls in Richtung Berlin gegeben. Ich bin sehr froh darüber, dass sich nach anfänglichem Dissens Landes- und Bundesgesetzgebung mittlerweile zum Wohl der Bürger und zum Wohl der Umwelt ergänzen.

Meine Damen und Herren, schon vor den Beratungen zu diesem Wärmegesetz habe ich stets darauf gedrängt – das sage ich jetzt sehr deutlich, weil es hier Kritik gab – und hat die FDP/DVP-Fraktion die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf daran gekoppelt, dass die Liegenschaftsverwaltung des Landes in puncto energetische Sanierung der landeseigenen Gebäude mit gutem Beispiel vorangeht,

(Beifall bei der FDP/DVP)

und zwar deswegen, weil wir die Vorbildwirkung des Gesetzgebers sowie aller öffentlichen Träger für entscheidend halten. Die energetische Sanierung an den landeseigenen Gebäuden wird nun in die Wege geleitet, Herr Knapp. Sicher hätte man noch mehr machen können – ich verweise auf meine Vorrede. Aber wir werden auch in Zukunft die energetische Sanierung weiter ausbauen. Sicher ist richtig, dass dies erfreulicherweise durch zusätzliche Mittel aus dem Konjunkturprogramm des Bundes unterstützt wird.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus besteht gerade bei der energetischen Sanierung noch dringender Handlungsbedarf beim Bund, z. B. im Mietrecht. Noch immer haben Vermieter kaum Anreize, in langfristig sinnvolle Energiesparmaßnahmen zu investieren. Der Bund war bisher nicht in der Lage, ein Mietrecht im Sinn unserer Umwelt zu schaffen. Hier besteht wirklich noch dringender Handlungsbedarf.

Ich komme zum Umweltgesetzbuch, meine Damen und Herren. Weniger Staat bedeutet nicht automatisch weniger Umweltschutz.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Mit dem Scheitern des Umweltgesetzbuchs hat die Große Koalition wie zuvor auch Rot-Grün leider die große Chance vertan, bundesweite Standards für den Umweltschutz zu entwickeln und gleichzeitig den Umweltschutz zu entbürokratisieren und zu vereinfachen.

(Zuruf: Bayern! – Zurufe der Abg. Ulrich Lusche CDU und Johannes Stober SPD)

Baden-Württemberg und auch alle anderen Bundesländer hätten die dadurch eingesparten Mittel gut einsetzen können, und zwar dort, wo in sinnvollen Projekten aktiver Umweltschutz vor Ort geleistet wird. Unsere deutliche Kritik an diesem Vorgehen wird auch von Ihnen, Frau Ministerin Gönner, geteilt und geht, wie von uns auch sehr deutlich geäußert – das ist offensichtlich –, in Richtung Bayern.

Ich danke Ihnen, Frau Gönner, für Ihr Engagement und für diese Kritik. Ich möchte meinen Dank an Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die ganzjährige offene und gute Zusammenarbeit wiederholen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ein Schwerpunktthema, meine Damen und Herren, ist der Lärm. Das ist eines der größten Umweltprobleme und eine ernsthafte Gefahr für die Gesundheit. Ich nenne ein Beispiel: Bei uns im Rheintal steht mit dem Ausbau der Bahnstrecke zwischen Karlsruhe und Basel ein Jahrhundertprojekt an. In unseren zeitlichen Denkräumen ist das im Grunde genommen ein Projekt „auf ewig“, welches massive Auswirkungen für alle nachfolgenden Generationen mit sich bringt.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wir alle müssen dafür sorgen, dass in Zukunft mehr Güter mit der Bahn transportiert werden. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen – hier ist der Bund gefordert –, und wir müssen auch dafür sorgen, dass mehr Personen die Bahn für ihre Reisen benutzen. Die Bahn muss eine echte Alternative zum Flugzeug werden.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

(Dieter Ehret)

Damit werden unsere Straßen und die Umwelt deutlich entlastet. Dies gilt allerorts, vor allem aber auf der schon derzeit sehr stark frequentierten Rheintalbahnlinie.

Meine Damen und Herren, Jahrhundertbauwerke dürfen aber nicht anhand von Standards aus dem Zeitalter der Dampflokomotive gebaut werden.

(Beifall der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Deshalb fordere ich die Landesregierung, aber auch alle Mandatsträger dieses Hauses auf: Machen Sie weiterhin Ihren Einfluss geltend, damit die Bahn bei künftigen Trassenführungen – das gilt nicht nur für die Rheintalbahn – nur solche Maßnahmen umsetzt, die menschen- und umweltverträglich sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Christoph Bayer SPD)

Darüber hinaus müssen die Investitionen für Verbesserungen am rollenden Material sofort beginnen. Der Schienenbonus, der keinerlei Rechtfertigung mehr hat, muss abgeschafft werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Diese Forderungen werden von uns und sollten auch von Ihnen weiterhin deutlich in Richtung Berlin erhoben werden. Ich möchte an dieser Stelle Ihnen, Herr Minister Rech, dafür danken, dass Sie die berechtigten Forderungen und die Verbesserungsvorschläge der Region zum Projekt „Baden 21“ letzte Woche auf einer Veranstaltung in Freiburg öffentlich so eindeutig anerkannt und als Forderung des Landes Baden-Württemberg übernommen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir jedenfalls werden uns weiterhin für optimierte Trassen und für optimalen Schallschutz zugunsten aller Betroffenen einsetzen.

Meine Damen und Herren, ein weiteres wichtiges Thema ist der Hochwasserschutz; er wurde von allen Rednern angesprochen. Seit Jahren wird der Hochwasserschutz in Baden-Württemberg an vielen Gewässern mit unterschiedlichen Lösungsansätzen umgesetzt. Dem Schutz und der Sicherheit der Menschen wird dabei oberste Priorität eingeräumt. Auch in diesem Jahr haben wir die entsprechenden Mittel erneut deutlich aufgestockt. Herr Scheuermann hat die Zahlen genannt. Aber ich sage, dass diese Mittel natürlich sinnvoll eingesetzt werden müssen.

Folgendes muss allen Beteiligten bewusst gemacht werden: Nur ökologisch verträglicher Hochwasserschutz ist langfristig ökonomisch durchzuhalten und damit auch nachhaltig. Ich erinnere an die Unterhaltungskosten, die in allen Bereichen des Bauens berücksichtigt werden müssen.

Ich komme zum IRP. Der Versuch der Gewöhnung bzw. des Umbaus der Natur im Rahmen des IRP ist und bleibt aus unserer Sicht ein gewagtes Experiment. Zwingend müssen Probleme vor Ort mit den Betroffenen angegangen und gelöst werden. Zwingend müssen gute Vorschläge, gute Alternativplanungen, wie z. B. in unserem Raum die erweiterte ökologische Schlutenlösung, intensiv geprüft werden. Zwingend muss in allen Polderräumen ein Monitoring wie im Raum Breisach durchgeführt werden. Das sind wir den Menschen und der Natur schuldig.

Schließlich noch eine Feststellung, die immer getroffen werden muss: Die Menschen bei uns am Oberrhein leisten ihren Beitrag zum Hochwasserschutz und sagen Ja zu einem vernünftigen und ökologisch verträglichen Hochwasserschutz.

Meine Damen und Herren, besonders unterstreichen möchte ich in diesem Zusammenhang die Maßnahmen der Landesregierung zum schrittweisen Aus-, aber auch Rückbau des Neckars. Das ist auch schon angeklungen. Bereits vor Jahren – bei der ersten Auflage des Umweltplans des Landes – hat die FDP/DVP-Fraktion darauf gedrängt, die Renaturierung des Neckars in die Umweltplanung aufzunehmen.

Wir wissen, dass dies eine Mammutaufgabe sein wird. Wir werden unser Ziel nur dann erreichen, wenn wir jetzt die Initiative ergreifen. Das haben wir getan. Wir haben im Haushalt den Betrag von 2 Millionen € eingestellt. Dazu kommen Mittel aus dem Städtebau und aus dem ELR.

Dass auch die Schifffahrt auf dem Neckar ihre Berechtigung findet, zeigen der geplante Schleusenausbau und vor allem auch die ökologischen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Schleusenausbau.

Meine Redezeit ist leider fast zu Ende, aber mir ist es ganz wichtig, noch auf zwei Themen einzugehen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Zurufe der Abg. Thomas Knapp SPD und Winfried Scheuermann CDU)

– Herr Scheuermann, Sie haben sehr deutliche Worte zum Thema Windenergie gefunden, und ich möchte mich Ihnen anschließen. Sie wissen auch, dass ich, dass wir dazu initiativ geworden sind, im Kreistag und auch im Regionalverband Südlicher Oberrhein. Wir haben dort einen AK Windenergie gegründet, der sehr gute Vorschläge macht.

Im Sinn des Klimaschutzes, aber auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten – Jobsicherung, Wertschöpfung in der Region – wollen wir grundsätzlich die bestmögliche Förderung aller erneuerbaren Energien. Windenergie wird dabei mit Wasserkraft – ich nenne Rheinfelden; Gambsheim und Iffezheim müssen folgen – und Biomasse eine entscheidende Rolle spielen. Neben den Onshoreanlagen schlagen dabei natürlich die Offshoreanlagen gewaltig zu Buche.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: Ich bin sicher: Gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister, den Regionalverbänden und den Regierungspräsidien müssen und werden wir tragbare Lösungen finden, um die Windkraft bei uns deutlich voranzubringen. Herr Scheuermann, da müssen Sie auch in Ihrer Fraktion mitarbeiten. Wir werden nicht bremsen. Meine Position ist eindeutig. Ich möchte, dass das Repowering auch außerhalb von Vorranggebieten möglich wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Winfried Scheuermann CDU, Johannes Stober SPD und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Johannes Stober SPD: Stimmen Sie beim nächsten Mal zu!)

Die Mehrheit bei uns wird hier nicht bremsen. Auch der Wirtschaftsminister wird nicht bremsen. Das haben Sie seiner letzten Pressemitteilung eindeutig entnehmen können. Wir werden auch versuchen, dass durch Zielabweichungsverfahren ermöglicht wird, mit der Windkraft voranzukommen.

Schlusssatz: Herr Scheuermann, auch die Fraktion der FDP/DVP ist ganz klar dafür, dass Baden-Württemberg flächenschonend weiterentwickelt wird. Innenentwicklung muss vor Außenentwicklung gehen. Dazu stehen wir.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich an die festgelegte Redezeit zu halten.

Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: Ja, Frau Präsidentin. Ich bin aber zu einer Stellungnahme zum Thema Flächenverbrauch aufgefordert worden, und wir stellen uns diesem wichtigen Thema.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Untersteller für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Scheuermann, mein Respekt für Ihre Rede! Um es deutlich zu sagen: Ich finde, wir brauchten mehr „Scheuermänner“ in diesem Haus,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

die auch einmal bereit sind, gegen den Strom der eigenen Fraktion zu schwimmen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ha ja!)

Das sei ausdrücklich an alle Fraktionen gesagt, meine Fraktion eingeschlossen, Kollege Noll.

(Beifall der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Fangen Sie doch an! – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Zu dem heutigen Thema: Ein ganz zentraler Punkt – Herr Kollege Scheuermann hat das auch schon angesprochen – ist in den kommenden Jahren die Frage, wie wir mit dem Klimaschutz umgehen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, bitte bewahren Sie doch Ruhe.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Die Anforderungen, die es gibt, sind eigentlich klar: Senkung der Treibhausgasemissionen um 80 % bis zum Jahr 2050. Mancher und manche ist vielleicht geneigt zu sagen, das sei noch lange hin. Ich erinnere aber einmal daran: Die Wiedervereinigung ist 20 Jahre her. Es ist also gerade noch einmal doppelt so lang bis 2050. Ich glaube, das, was man bislang im Klimaschutz auf den Weg gebracht hat – nicht alles davon ist schlecht; das will ich auch sagen –, und das Tempo, das wir anlegen, reichen nicht aus, um dieses Ziel auch tatsächlich zu erreichen.

Im Hinblick auf die bisherigen Maßnahmen, Herr Kollege Knapp, hätte ich mir bei Ihnen ein bisschen Scheuermann gewünscht. Ich meine das Thema Erneuerbare-Wärme-Gesetz. Man kann den Streit jetzt natürlich weiter führen, wie Sie das gemacht haben. Aber eigentlich müssten wir über die Frage diskutieren: Wie gehen wir mit dem Gebäudebestand um?

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Sehr gut!)

Zum Gebäudebestand – das sind etwa 90 % der Gebäude, über die wir hier reden – sagt das Bundeswärmegesetz leider Gottes nichts.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Ganz genau!)

Daher war das, finde ich, nicht unbedingt ein gutes Beispiel.

Nun zu dem, was Herr Kollege Scheuermann angesprochen hat, nämlich zu der Frage: Wie gehen wir mit der Windenergie um? Obwohl wir die sogenannte Schwarz-Weiß-Lösung mit den Vorranggebieten früher immer kritisiert und immer abgelehnt haben, haben wir einen Kompromissvorschlag gemacht, der lautet: Lasst uns auf der Basis der Vorranggebiete so herangehen, dass wir erstens eine Lösung für die 120 Anlagen finden, die außerhalb der Vorranggebiete stehen, bei denen wir die Standorte sichern wollen. Zweitens sollten wir zukünftig auch der Frage der Windhöffigkeit einen höheren Stellenwert beimessen. Denn Fakt ist: Wir weisen heute Vorranggebiete an Stellen aus, an denen es sich für Investoren schlicht nicht rechnet, zu investieren. Dafür könnte ich Ihnen zig Beispiele nennen, etwa in den Regionen Südlicher Oberrhein, Mittlerer Oberrhein oder Bodensee-Oberschwaben. Hier haben eine ganze Reihe von Regionalverbänden Vorranggebiete an Stellen ausgewiesen, an denen es sich schlicht nicht rechnet.

Ich meine, dass wir in Sachen Klimaschutz zukünftig eine Schippe drauflegen müssen.

Lassen Sie mich neben der Windenergie noch einen weiteren Punkt ansprechen, bei dem wir meiner Meinung nach auch auf einem falschen Weg sind. Wir werden hier demnächst über die Landesbauordnung beraten. Auch da höre ich, dass wieder eine neue Hürde für die erneuerbaren Energien eingebaut werden soll. Ich meine die Regelung für Solarfreiflächenanlagen. Dazu sage ich Ihnen: Es ist nicht notwendig, dies zu machen, weil bereits das EEG einen Genehmigungsvorbehalt und ein Bebauungsplanverfahren vorschreibt. Da brauchen wir in Baden-Württemberg nicht noch eine neue Hürde in die Landesbauordnung einzuziehen. Dass diese Idee ausgerechnet aus dem liberal geführten Wirtschaftsministerium kommt, wundert mich mittlerweile nicht mehr.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Genau!)

(Franz Untersteller)

Zur Energieeinsparung hat Herr Kollege Knapp schon einiges gesagt. Da kommt jetzt – ich sage einmal: Gott sei Dank – ein Geldregen aus Berlin. Aber ich sage dazu: Unser Job sollte es auch sein, darauf zu achten, dass dieser Geldregen richtig eingesetzt wird. Es ist notwendig, darauf zu schauen, dass da, wo Energieeinsparung und energetische Sanierung draufstehen, dann auch energetische Sanierung drin ist. Das heißt für mich: Wir sollten auch Standards vorgeben, was im Rahmen energetischer Sanierung erreicht werden soll. Da könnte man beispielsweise vorschreiben: Die Anforderungen der Energieeinsparverordnung 2007 sind die Grundlage. Ich glaube, dass wir Standards vorgeben sollten, die wir auch erreichen können; sonst macht das Ganze wirklich keinen Sinn. Man muss anschließend auch über die Überprüfung dieser Standards nachdenken.

(Beifall bei den Grünen)

Noch ein weiterer Punkt. Herr Kollege Knapp hat auch auf diese Broschüre des Finanzministeriums hingewiesen, die jetzt vorliegt. Ich gebe Ihnen einmal den Tipp: Schauen Sie sich diese 60 Seiten durch. Darin sind eine Reihe von guten Ansätzen enthalten. Aber ich wundere mich manchmal schon: So etwas wie den Begriff „Contracting“ finden Sie darin gar nicht mehr. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Unsere Hochbauverwaltung – sie ist beim Finanzministerium und nicht beim Umweltministerium von Frau Gönner angesiedelt – muss man diesbezüglich auf Trab bringen. Dieses ganze Contracting wird bisher auf kommunaler Ebene gemacht, aber in der Landeshochbauverwaltung – das sage ich deutlich – hat man bis heute nicht kapiert, …

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist weit überschritten.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: … – ja –, welche Möglichkeiten wir mit dem Contracting haben, um privates Kapital zu mobilisieren.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Unterm Strich: Ich glaube, wir haben für die kommenden Jahre weiterhin eine große Aufgabe, um im Klimaschutz voranzukommen. Hier bleiben weiterhin offene Fragen, zu denen das Ministerium in den kommenden Jahren Konzepte vorlegen muss. Insbesondere glaube ich, dass es notwendig ist, das Klimaschutzkonzept 2010 fortzuschreiben, auch mit ambitionierteren Zielen, als sie bislang darin enthalten sind.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Gönner.

Umweltministerin Tanja Gönner: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Debatte in der vergangenen Stunde hat das gezeigt, was Winfried Scheuermann zu Beginn gesagt hat: Das Klima unter den Umweltpolitikern in diesem Haus ist gut. Uns verbindet vieles. Insbesondere verbindet uns, dass wir uns darüber freuen, dass die Umweltpolitik im Mittelpunkt angekommen ist, dass wir dort auch viele intensive Diskussionen führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auf die Punkte eingehen, die von den Fraktionen angesprochen worden sind.

Ich will mit dem Umweltgesetzbuch beginnen. Zunächst, lieber Herr Knapp, finde ich, dass Ihre Feststellung, wir hätten mehr Einfluss nehmen sollen, zeigt, dass Sie zwar gern so tun, als hätten Sie gute Kontakte nach Berlin, dass sich dann aber im Konkreten auch an dem, was Sie ausführen, feststellen lässt, dass dies nicht der Fall ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich führe aus, warum das so ist. Es gibt Punkte, bei denen man nicht immer glücklich ist, wenn man vom politischen Gegner gelobt wird. Das Loblied, das der Kollege Gabriel beim Umweltgesetzbuch auf mich zu singen begonnen hat,

(Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

bezog sich auf einen Punkt, an dem ich schon fast wieder Sorge bekommen habe. Aber – das nehme ich für diese Landesregierung und für das Umweltministerium Baden-Württemberg schon in Anspruch – Sie werden kaum jemanden finden, der sich so intensiv, im Übrigen gemeinsam mit dem Kollegen Gabriel, für das Umweltgesetzbuch eingesetzt hat wie Baden-Württemberg.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Bei der Koordinierung der A-Länder waren Sie nicht so erfolgreich!)

Wir haben das im Übrigen auch aus einer Situation der Stärke heraus getan, aus dem einen Grund – Winfried Scheuermann hat zu Recht darauf hingewiesen –, weil wir die formale Zusammenlegung durch die Verwaltungsreform bereits geschafft haben und es deswegen in unserem Interesse war, das auch materiell-rechtlich hinzubekommen. Gerade deswegen wissen wir aber auch, was dadurch möglich ist, dass man Verfahren zusammenlegt. Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt.

Ich habe mich auch in Interviews entsprechend geäußert, auch was die CSU angeht. Ich kann Ihnen sagen, dass wir auch sehr viel Arbeit in der eigenen Fraktion geleistet haben.

Der zweite Grund, weshalb wir uns dort nicht verstecken mussten, war im Übrigen ganz bewusst – –

(Zuruf von den Grünen)

– Ich würde bei den Grünen immer vorsichtig sein, weil sie in ihrer ganzen Regierungszeit auf Bundesebene noch nicht einmal den Versuch gestartet haben, ein Umweltgesetzbuch hinzubekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei den Grünen)

Also immer Vorsicht bei der Frage, ob man einen Zwischenruf macht!

Es gibt aber einen zweiten Grund, warum wir uns nicht verstecken mussten: Gerade beim Wasser- und beim Naturschutz-

(Ministerin Tanja Gönner)

recht haben wir in Baden-Württemberg hohe Standards, immer entlang einer 1:1-Umsetzung. Diese sind – das will ich auch sagen – so ausgestaltet, dass sie immer wirtschaftsfreundlich und eben keine Behinderung sind. Wir haben also mit dem, was in Baden-Württemberg gilt, einfach nachgewiesen, dass es funktioniert, dass es geht und dass es viele Vorteile bringen kann. Deswegen stehen wir zu diesem UGB-Entwurf, wie er vorliegt. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass dies so kommt. An diesem Punkt muss sich die Landesregierung von Baden-Württemberg keinen Vorwurf gefallen lassen, auch nicht bei der Frage, wie wir die Unterstützung auf Bundesebene vorgenommen haben. Wir stehen dazu und werden dies auch weiterhin so machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt zum Klimaschutz und zu den erneuerbaren Energien in all ihrer Breite. Wir freuen uns zunächst, dass es uns gelingt, das gut eingeführte „Klimaschutz-Plus“-Programm – im Übrigen finden Sie bundesweit kein Programm, das so an der Effizienz ausgerichtet ist wie unser „Klimaschutz-Plus“-Programm – fortzusetzen, und dass jetzt auch über die Konjunkturprogramme noch einmal die Möglichkeit besteht, hier nachzulegen, weil es eine Erfolgsgeschichte ist. Das zeigt, dass die Umweltpolitik im Mittelpunkt angekommen ist.

(Ein Handy klingelt. – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Telefon!)

– Gehen wir einmal davon aus, dass das ein Anruf und kein Wecker war.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Dass die Umweltpolitik im Mittelpunkt angekommen ist, zeigt sich auch an den Schwerpunkten, die im Konjunkturprogramm gesetzt wurden. Das ist zum einen die energetische Sanierung. Wir werden, Herr Untersteller, von unserer Seite den Kommunen die Kenntnisse des Landes und der Einrichtungen des Landes hinsichtlich der Standards für Maßnahmen gern anbieten und sie ihnen gern zur Verfügung stellen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Es geht darum, Standards festzuschreiben!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass sich dort auszahlt, dass wir hier seit mehreren Jahren ganz bewusst Energieagenturen auf regionaler Ebene eingeführt haben, dass wir sie eingerichtet und unterstützt haben. Denn diese werden jetzt in den Kreisen und für die Kommunen erste Ansprechpartner sein. Darüber werden auch entsprechende Standards umgesetzt werden. Wir werben dafür, und wir werden den Kommunen auch dieses Angebot machen, damit es hier tatsächlich zu sinnvollen Maßnahmen kommt.

Ein zweiter Punkt ist das Erneuerbare-Wärme-Gesetz. Ich war Ihnen, Herr Untersteller, ausgesprochen dankbar, dass Sie schon das Notwendige zum Kollegen Knapp gesagt haben. Ich will aber eines doch noch einmal festhalten: Die Aussage, Landesgebäude seien hiervon ausgenommen, wird durch Wiederholungen nicht richtiger.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Sie finden im Erneuerbare-Wärme-Gesetz des Landes nirgends einen Paragrafen, in dem steht: „Dieses Gesetz gilt nicht für Landesgebäude.“ Deswegen wäre ich Ihnen ausgesprochen dankbar, wenn Sie aufhörten, dies zu verbreiten. Denn das Entscheidende ist, dass das Gesetz bei uns für Wohngebäude gilt. Soweit das Land Eigentümer von Wohngebäuden ist,

(Abg. Johannes Stober SPD: Das ist aber halt fast nichts! – Abg. Thomas Knapp SPD: Tausend Wohnungen! Nicht mehr!)

gilt dieses Gesetz entsprechend. – Auch bei diesem Punkt haben wir schon mehrfach nachgewiesen, dass Ihr Vorwurf unzutreffend ist; wir sind tatsächlich an einigen Gesellschaften beteiligt, die in nicht unerheblichem Maße Eigentümer von Wohnungen sind. Das gilt etwa für Studentenwohnheime etc. Hier trifft das, was Sie sagen, einfach nicht zu. Deswegen wäre ich dankbar, wenn Sie damit aufhören würden.

(Beifall der Abg. Jörg Döpper und Winfried Scheuermann CDU)

Zweite Bemerkung: Auch hier gilt: Wir mussten kämpfen, und da hätte ich mir die eine oder andere Unterstützung durchaus gewünscht, auch vonseiten der SPD-Bundestagsfraktion. Ich spreche von der Frage, wie man mit dem baden-württembergischen Gesetz umgehen soll, die sich stellte, als auf Bundesebene über das Erneuerbare-Wärme-Gesetz diskutiert wurde. Das mussten wir alles alleine machen. Wie gesagt: Ich finde es „schön“, wenn man hier immer so tut, als hätte man Einfluss, wir zum Schluss aber doch alles alleine machen müssen.

Wir haben es jedoch geschafft. Darüber bin ich froh und dankbar, und ich bin auch glücklich, dass das gelungen ist. Denn natürlich wäre es ausgesprochen schwierig gewesen, wenn wir zwar bereit gewesen wären, mit gutem Beispiel – gerade, was den Altbau angeht – voranzugehen, dies dann jedoch auf Bundesebene nicht gelungen wäre. Es war die Leistung der Landesregierung, dass es dazu gekommen ist. Denn die Landesregierung hat dafür geworben, dass es vorangeht, und nicht irgendein anderer. Selbst den Kollegen Gabriel hatte ich nicht unbedingt als Kämpfer an meiner Seite; das hat er fein erst uns regeln lassen, bevor er selbst dazu bereit war.

Da Sie gerade Ihren Bundesfinanzminister so herausragend gelobt haben, möchte ich jetzt auch noch etwas zum Ministerkollegen Steinbrück sagen: Er war derjenige, der nach der Verabschiedung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes auf Bundesebene kurz einmal die Mittel für das Marktanreizprogramm deutlich reduzieren wollte –

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Aha!)

nicht im Hinblick auf das Volumen, sondern im Hinblick auf die Frage, was gefördert werden soll. Auch da muss ich sagen: Herzlichen Glückwunsch! Auch da war der Kollege auf Bundesebene wieder dankbar, die Unterstützung aus Baden-Württemberg zu erhalten.

Was schließen wir also daraus? Baden-Württemberg treibt in vielen Punkten den Kollegen an – er gehört keiner der Parteien an, die hier die Landesregierung bilden –, und das zeigt, dass Umweltpolitik auf Bundesebene eben auch deshalb funktioniert, weil wir hier in Baden-Württemberg konsequent vorangehen und zeigen, dass es funktioniert, und weil wir es

(Ministerin Tanja Gönner)

pragmatisch machen, und zwar so, dass es Erfolg hat. Wir werden dies auch in Zukunft tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zum Thema Wasserkraft. Erste Bemerkung: 94 % der Anträge, die in diesem Bereich gestellt werden, werden positiv beschieden, und zwar mit einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von unter sechs Monaten. Ich bin immer erstaunt, wenn man hin und wieder plötzlich gern den Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft der Wasserkraftwerke zitiert, über dessen Glaubwürdigkeit man sich jetzt, nach den Geschichten der vergangenen Monate, sein eigenes Urteil bilden kann,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

dessen Aussagen aber nicht richtiger werden. Sämtliche Einzelfälle, die bei uns moniert wurden, haben sich zwischenzeitlich in Luft aufgelöst, weil wir uns dieser Angelegenheiten angenommen haben.

Darüber hinaus machen wir eine Potenzialstudie dazu, wie groß die Potenziale der Kleinen Wasserkraft sind – übrigens entlang der Grundvoraussetzungen der Wasserrahmenrichtlinie und entlang der ökologischen Notwendigkeiten, die hier gegeben sind.

Davon zu sprechen, dass Wasserkraft in Baden-Württemberg in irgendeiner Weise behindert würde, entbehrt jeglicher Grundlage und wird auch durch Wiederholen nicht richtiger, sondern höchstens noch falscher. Das zeigt, dass der, der es zitiert, sich entweder zu sehr von dem einen oder anderen Lobbyvertreter beeinflussen lässt oder aber möglicherweise die Antworten auf die Anfragen, die wir jederzeit und immer wieder beantwortet haben – alle Jahre wieder –, nicht genau liest.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch einen Punkt aus meinem Haushalt ansprechen, der bisher noch von keinem angesprochen wurde, der mir aber wichtig ist, weil das eben auch ein wichtiger Teil der Umweltpolitik ist. Es geht um das Thema Marktüberwachung. Man möchte auf Anhieb wohl kaum meinen, dass das ein umweltpolitisches Thema ist, aber Marktüberwachung findet im Bereich des Umweltministeriums statt. Marktüberwachung ist im Übrigen Grundvoraussetzung dafür, dass einerseits für die Bürgerinnen und Bürger Produktsicherheit gegeben ist und dass zugleich andererseits auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und vor allem der baden-württembergischen Wirtschaft gewährleistet wird, indem dafür Sorge getragen wird, dass mangelhafte Produkte vom Markt genommen werden.

Hinzu kommt – auch das ist wichtig – das Chemikalienrecht, das ebenfalls über die Marktüberwachung läuft. Wir haben dort die Hausaufgabe, die REACH-Verordnung umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn dies nicht im Haushalt des Umweltministeriums ausgewiesen ist, ist es doch für uns wichtig, weil es die nachgeordneten Behörden betrifft: Im Bereich Marktüberwachung werden für das Haushaltsjahr 2009 insgesamt 36 neue Stellen ausgewiesen. Das geschieht ganz bewusst, um sicherzustellen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft gesichert werden kann.

Baden-Württemberg ist im Übrigen das erste Bundesland, das die Aufgaben der Marktüberwachung an einer Stelle bündelt. Wir werden bei den Regierungspräsidien neue Referate mit dem Titel „Chemikalien- und Produktsicherheit“ einrichten, um die Marktüberwachung zusammenzuführen und ganz bewusst auch zu zeigen: Das ist uns wichtig; hier kommt die ganze Kompetenz zusammen. Damit ermöglichen wir ein effizientes Handeln der Vollzugsbehörden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Ihren Redebeiträgen spielte auch der Hochwasserschutz eine große Rolle. Ich möchte ebenfalls darauf eingehen, wobei ich jetzt ganz bewusst eine Erweiterung auf die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie vornehme.

Zunächst einmal freue ich mich, dass uns das Konjunkturprogramm hilft, beim Hochwasserschutz deutlich nachzulegen, und bedanke mich ausdrücklich dafür, dass uns das gemeinsam gelungen ist. Dabei lege ich Wert auf die Feststellung, dass auch aus dem Konjunkturpaket des Landes, aus dem landeseigenen Programm, ein nicht unerheblicher Teil noch zusätzlich in den Hochwasserschutz geht. Wir werden alles daransetzen, diese Mittel jetzt entsprechend zu verteilen. Das gilt für Dammsanierungen. Es wird die Frage sein, inwiefern das Geld an einzelnen Punkten für eine Ökologisierung der Gewässer eingesetzt wird. Das Geld wird aber natürlich auch zur Aufgabenerledigung beim Integrierten Rheinprogramm und beim Integrierten Donauprogramm eingesetzt. Die Dammsanierungen entlang des Rheins habe ich schon angesprochen; die sind auch dringend notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren – auch darauf legen wir in Baden-Württemberg Wert –: Wir haben eine Hochwasserschutzstrategie, die aus drei Teilen besteht: technischer Hochwasserschutz, Hochwasservorsorge, Hochwasserflächenmanagement. Das geschieht ganz bewusst unter Einbeziehung all der Faktoren, die vor Ort notwendig sind.

Wir erstellen derzeit gemeinsam mit den Kommunen die Hochwassergefahrenkarten quer über Baden-Württemberg hinweg. Wir haben sie in vielen Bereichen schon vorgestellt, der Rest wird folgen. Wir bauen auf diesen Karten auf, um dann anschließend auch die Hochwasserrichtlinie der EU dort umsetzen zu können, wo es noch einer Risikoabschätzung bedarf, und wir bauen zudem die Hochwasserpartnerschaften aus. Im Zollernalbkreis wurde gerade eine solche Partnerschaft gegründet, und zwar nach einem außerordentlich schwierigen Hochwasservorkommnis im vergangenen Jahr, das uns alle bestürzt hat. Die Hochwasserpartnerschaften sind wichtig, damit diejenigen vor Ort, die im Falle des Hochwassers zusammenwirken müssen, erfolgreich zusammenarbeiten können.

Das ist wichtig. Es geht nicht nur um die Frage, wie viel Geld da ist, sondern es geht auch um die Frage: Ist das eine komplette Strategie? Dazu können wir als Land Baden-Württemberg, als Landesregierung und als die sie tragenden Fraktionen sagen: Wir haben diese Strategie, um entsprechend vorzugehen, um die Menschen zu schützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zur Wasserrahmenrichtlinie: Das ist einmal mehr eine große Aufgabe, die

(Ministerin Tanja Gönner)

uns von der europäischen Ebene gestellt wird – weniger mit der Frage „Wie bekommt ihr es hin?“ und weniger mit der Frage „Woher kommt das Geld?“, sondern nach dem Prinzip: „Hauptsache, ihr macht es in dem Zeitrahmen, den wir euch vorgeben.“

Wir haben rechtzeitig zum Ende des vergangenen Jahres die Veröffentlichung der Maßnahmenpläne vorgenommen. Wir haben in allen vier Regierungsbezirken dieses Landes eine Veranstaltung im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemacht, weil es uns wichtig ist, dass dieses Thema bei den Menschen ankommt, dass sie sich vor Ort für ihr Gewässer einsetzen und wir hier vorankommen. Natürlich wird es noch eine Herausforderung sein, auch die notwendigen finanziellen Mittel für die Gewässerökologie zur Verfügung zu stellen. Ich glaube aber, dass wir auch hier manchem Punkt entsprechen und dabei gemeinsam vorangehen können.

Es freut mich, was das Thema Gewässergüte angeht, besonders, dass wir über eine nochmalige Erhöhung der KIF-Mittel gemäß dem Konjunkturprogramm dafür sorgen können, dass die Kommunen ihre Abwasserbeseitigungsanlagen auf den neuesten Stand bringen können. Damit machen wir unsere Hausaufgaben. Allerdings – das sage ich hier ganz deutlich – wird das für 2015 anvisierte Ziel kaum erreichbar sein. Wir wollen bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie Qualität und nicht nur Masse, und deswegen gehen wir davon aus, dass wir in eine Verlängerung der Antragsfristen hineingehen, in eine Verlängerung hinsichtlich der Frage, bis wann wir das erfüllen können.

Zur Nachhaltigkeitsstrategie: Liebe Frau Dr. Splett, Sie sagten, dass die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes kaum noch erkennbar sei. Darüber bin ich sehr erstaunt,

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

denn all diejenigen, die sich daran beteiligen, werden Ihnen das Gegenteil sagen. 250 gesellschaftliche Gruppen in diesem Land arbeiten mit der Landesregierung gemeinsam an einer nachhaltigen Entwicklung für dieses Land.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Ich habe nicht die Projekte, sondern die fehlende Sichtbarkeit im Regierungshandeln kritisiert!)

Liebe Frau Dr. Splett, das Entscheidende ist: Wir arbeiten nicht theoretisch, wir arbeiten praktisch, und wir nehmen die Menschen mit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist der Unterschied! – Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: In dieser Debatte hat das Thema Nachhaltigkeitsstrategie keine Rolle gespielt! – Gegenruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Als Zwischenruf wird das auch nicht besser!)

– Sie sehen ja: Die Landesregierung nimmt dieses Wort in den Mund. Insofern können Sie nicht sagen, in dieser Debatte nähme es niemand in den Mund. Ich habe jetzt nur zu dem, was Sie fälschlicherweise gesagt haben, deutlich gemacht, dass wir uns hier nicht verstecken müssen.

Es gibt einen Katalog mit 80 gemeinsamen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg. Dieser wurde vorangebracht. Es gibt ganz bewusst auch ein Impulsprogramm der Landesregierung, um die Projektergebnisse, die zwischenzeitlich in einigen Bereichen vorliegen, hier umsetzen zu können.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Gerade Ihr Kollege Untersteller hat ja eine Anfrage zum Abfall eingebracht, bei der man den Eindruck hat, er hätte sich die Unterlagen aus der Nachhaltigkeitsstrategie angeschaut, nämlich das Projekt „Abfall als Ressource“.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Aber ich kann eins und eins zusammenzählen!)

Insofern sehen wir, dass die Nachhaltigkeitsstrategie lebt, dass sie mit Leben erfüllt ist, und dass es viele Menschen in Baden-Württemberg gibt, die bereit sind, diesen Weg mitzugehen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Aber bei der Landesregierung ist sie noch nicht angekommen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir ist es wichtig – deswegen haben wir das auch gemacht –, an einzelnen Beispielen aufzuzeigen, was nachhaltige Entwicklung bedeutet. Sie haben vorhin den Neckar genannt, Frau Dr. Splett. Der Neckar ist d e r baden-württembergische Fluss, er fließt durch alle vier Regierungsbezirke. Er entspringt in diesem Land, und er endet in diesem Land. Er war viele Jahre ein wirtschaftlich genutzter Fluss, und unsere Zielsetzung ist – ganz im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung –, diesen Fluss wieder für die Menschen erlebbar zu machen, wieder dafür Sorge zu tragen, dass er als Erlebnisraum in die Städte und Gemeinden des Landes hineinkommt. Deswegen bin ich ausgesprochen dankbar dafür, dass auf Initiative der Koalitionsfraktionen weitere Mittel in Höhe von 2 Millionen € in den Haushalt eingestellt worden sind, denn das ist ein Signal dafür, dass wir uns darum kümmern. Das wird noch ergänzt durch je 1 Million € aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum und aus der Städtebausanierung. Dafür ganz, ganz herzlichen Dank, weil wir damit dieses Thema besetzen, weil wir klarmachen, dass es uns darum geht, den Neckar wieder erlebbar zu machen. Das ist ein Zeichen dafür, wie wir Nachhaltigkeit praktisch und nicht theoretisch angehen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, die Debatte hat gezeigt, dass unter durchaus schwierigen Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Art, bei denen man sehr schnell auf die Idee kommen könnte, dass Umweltpolitik in den Hintergrund rückt, doch das Gegenteil der Fall ist: Umweltpolitik steht im Mittelpunkt, Umweltpolitik wird sicher auch in Zukunft im Mittelpunkt bleiben.

Dafür und für die gute Unterstützung möchte ich mich ganz herzlich bei meiner Fraktion, aber auch beim Koalitionspartner bedanken: nicht nur für die Unterstützung in den Haushaltsberatungen, sondern weit darüber hinaus bei all den Themen, die uns gemeinsam beschäftigen, bei denen wir auch gemeinsam um Ergebnisse ringen.

(Ministerin Tanja Gönner)

Lieber Winfried Scheuermann, ich bin ausgesprochen dankbar für Ihre Worte zur Fläche. Denn ich werde von den Bürgermeistern immer ziemlich übel angegangen, wenn ich für Flächensparen werbe. Ich erkläre dann immer, sie müssten wissen, noch sei ich die Abfederung gegenüber den Wünschen einiger, die meinen, wir sollten deutlich weiter gehen, und sie müssten sich überlegen, was passiert, wenn diese Federung herausgenommen wird. Insofern bin ich froh, dass ich das in Zukunft unterlegen kann durch den Text Ihrer Rede hier zum Haushalt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir müssen uns dieses Themas weiter annehmen. Wir müssen weiter dafür werben. Dafür trete ich auch ein, dafür bin ich unterwegs. Aber auch hier gilt eines: Die Nettonull beim Flächenverbrauch soll langfristig und entlang der demografischen Entwicklung erreicht werden. Das sind die Worte des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung gewesen. Ich werbe dafür, dass man entweder ganz oder gar nicht zitiert; denn nur so macht es Sinn.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Ich werbe dafür, dass wir dort entsprechend vorangehen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Es gibt ja sogar ein Nettominus, wenn man die demografische Entwicklung sieht!)

Ich weiß meine Fraktion und den Koalitionspartner auch in Zukunft an meiner Seite. Dafür bedanke ich mich.

Ich weiß, dass das Ziel unserer Bemühungen auch in Zukunft sein wird, dass die Umweltpolitik weiterhin im Mittelpunkt bleibt – einerseits, was die finanziellen Voraussetzungen angeht, andererseits aber auch, wenn es darum geht, das Thema immer wieder praktisch bei den Menschen anzudocken, anzubringen. Dafür werden wir weiter arbeiten.

Lieber Herr Knapp, manchmal gilt ja auch, dass man Glück erzwingen kann, nämlich das Glück des Tüchtigen. Das tun wir als Regierung gemeinsam.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Knapp für die Fraktion der SPD.

Abg. Thomas Knapp SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es ist gut, dass mir noch ein bisschen Redezeit übrig geblieben ist.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Winfried Scheuermann: Das werden wir noch sehen!)

Eines ist klar, Frau Ministerin: Ich habe nicht gesagt, woher das Glück kam. Ich habe gesagt, vieles von dem Glück kam aus Berlin.

(Lachen des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Es mag durchaus so sein, dass das Glück aus Ihrer Sicht das Glück des Tüchtigen ist. Sie sind sicherlich tüchtig.

(Beifall der Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das war doch ein Lob!)

Aber man muss auch sagen: Sie sollten bei den Reden wenigstens doch richtig zuhören. Ich möchte deswegen noch einmal ganz kurz drei Dinge ansprechen, die von Ihrer Seite falsch wiedergegeben werden – wahrscheinlich wider besseres Wissen, weil sie gerade reinpassen.

Vorweg möchte ich sagen: Der Kollege Untersteller hat gesagt, wir bräuchten mehr „Scheuermänner“. Absolut d’accord: Wir bräuchten mehr „Scheuermänner“. Wir bräuchten aber auch weniger „Seehöfer“, und wir hätten in der Vergangenheit sehr viel weniger „Glöse“ gebraucht.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Denn dann wären wir deutlich weiter gekommen bei dem, was ich jetzt anspreche.

Umweltgesetzbuch: Sie haben von unserer Fraktion keine einzige negative Meldung, keine Kritik an Ihrem Einsatz und am Einsatz des Ministerpräsidenten für das Umweltgesetzbuch gehört. Keine einzige! Es gab hieran keine Kritik. Wir haben Sie aber auch nicht gelobt; das geben wir zu.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Ministerin Tanja Gönner)

Aber Sie haben im Grunde recht: Wenn 15 Länder sagen, das sei der richtige Weg, dann kann es doch nicht sein, dass ein Seehofer sagt: „Das wollen wir alles nicht.“ Es kann doch nicht sein, dass die einen loben, es würden 1 100, 1 200, 1 500 Verordnungen und Gesetze eingespart bzw. zusammengefasst, es gebe klarere Strukturen, man bekomme es leichter hin, und dann einer sagt „Das wollen wir nicht“, und deshalb ein solches Gesetz nicht auf den Weg gebracht wird. Da haben Sie mich wirklich falsch zitiert. Das halte ich für nicht in Ordnung.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, fassen Sie sich bitte kurz.

Abg. Thomas Knapp SPD: Ich komme zum Schluss. – Sie können nicht nachweisen, dass wir dazu etwas Negatives gesagt hätten.

Zur Wasserkraft: Wir brauchen jetzt nicht noch einmal die Situation des Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ehemaligen!)

– des ehemaligen Präsidenten – vorzubringen. Aber ich kann Ihnen allein aus meinem Umfeld – 15 km Umkreis – zwei kleine Wasserkraftprojekte nennen,

(Zuruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU)

(Thomas Knapp)

die gar nicht erst in ein Genehmigungsverfahren gekommen sind, weil sie bereits in einer groben Vorabfrage, bei der man sich auf dieses und jenes Recht berufen hat, von den Behörden einfach weggewischt wurden. Ich sage Ihnen nur eines – der Kollege Bullinger nickt; er weiß es –: Wir sind der Meinung, dass wir hier etwas machen müssen. Wir wollen das gemeinsam tun. Wir dürfen die Wasserkraft nicht zwischen dem MLR, dem Umweltministerium und dem Wirtschaftsministerium „zerreiben"; denn ungeachtet des unsäglichen Präsidenten brauchen wir den Ausbau der Wasserkraft.

(Beifall bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Thomas Knapp SPD: Ich bin gleich am Ende meiner Ausführungen. – Letzter Punkt – jetzt bin ich bei den „Glösen" –: das Erneuerbare-Wärme-Gesetz. Eines muss man schon sagen: Wir haben nicht kritisiert, dass das Gesetz – der Einwand bezüglich der Landesimmobilien gilt nach wie vor – schlecht sei. Wir haben gefragt: Warum ist denn in Berlin der Bestand nicht hineingekommen? Da gab es Widerstände. Diese gab es auch bei uns, aber in keiner Weise so massiv, wie sie damals vom Wirtschaftsministerium in Berlin – schwarz-, dunkelschwarz-, CSU-geführt – kamen. Deshalb ist das nicht hineingekommen. Wenn man dann in dem Gesetz in Berlin regelt, dass nur dort Geld hineingegeben wird, wo es keine gesetzliche Vorgabe gibt, dann trifft das halt eventuell das Land insofern, als man hier eine gesetzliche Vorgabe hat und deshalb selbst mehr gemacht werden muss.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter!

Abg. Thomas Knapp SPD: Ich glaube, dass wir auf einem richtigen Weg sind. Da sind wir uns einig. Aber wir müssen schneller vorangehen, und Sie dürfen nicht immer so tun, als ob Sie hier alles toll machten und in Berlin gar nichts laufe. Da wird von Ihrer Seite blockiert, und das ist das Fatale.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 10 – Umweltministerium.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3610. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 1001

Ministerium

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1002

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1005

Wasser und Boden

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3910-2.

Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Kapitel 1005 – Wasser und Boden – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1006

Luftreinhaltung, Lärm, Arbeitsschutz

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1007

Umweltpolitik, Nachhaltigkeit, Abfallwirtschaft

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3910-1.

Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3910-3, auf. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 1007 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1010

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

Ich rufe unter dem **Tagesordnungspunkt 1** den **Buchstaben b** auf:

Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Soziales

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3609

Berichterstatterin: Abg. Heiderose Berroth

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 09 eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Klenk für die Fraktion der CDU das Wort.

Abg. Wilfried Klenk CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich heute feststelle, dass wir Sozialpolitiker der CDU-Fraktion mit dem Entwurf des Einzelplans 09 – Ministerium für Arbeit und Soziales – weitestgehend zufrieden sein können, und dies, obwohl zahlreiche, größtenteils sogar berechtigte Wünsche für mehr Mittel von Verbänden, Organisationen, Selbsthilfegruppen usw., die uns alle wohlbekannt sind, leider nicht berücksichtigt werden können

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Wieso seid ihr dann zufrieden? – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Zuhören!)

– ich habe gesagt: weitestgehend –, dann hat dies damit zu tun, unter welchen Vorzeichen wir in die Beratungen eingetreten sind. Die klare Ansage lautete: Einsparauflagen von 20 Millionen €; über 17 Millionen € GMA sind zu erwirtschaften.

Aus diesem Grund sind wir, wie gesagt, froh, dass wir heute keine Kürzungen der bisherigen Ansätze, die bei den Empfängern spürbar schmerzlich angekommen wären, vertreten müssen. So sind wir u. a. sehr froh darüber, dass die drohende Kürzung bei der Familienpflege abgewendet werden konnte. Die Mittel für die Landesförderung bleiben in der bisherigen Höhe. Es ist darüber hinaus sogar gelungen, neue, sinnvolle und unseres Erachtens auch notwendige Projekte bereits in der Planungsphase in den Haushaltsentwurf aufzunehmen.

Ich darf einige davon hier nennen: Konzeption zur Umsetzung der Aufgaben des Glücksspielstaatsvertrags. Da wissen wir natürlich alle, wo das Geld herkommt. Wenn wir auf der einen Seite als Staat daraus Geld einnehmen, dann müssen wir auf der anderen Seite natürlich auch etwas für Prävention tun.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber von denen, die daran verdienen!)

– Genau.

Wichtig sind aber auch die folgenden Projekte: Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in Baden-Württemberg, Fördermittel für mobile Jugendarbeit – zusätzliche Mittel im Vergleich zum Ansatz in Höhe von immerhin 600 000 € –, ein Sonderinvestitionsprogramm für den Rettungsdienst, das insbesondere zur Sicherstellung der Einhaltung der Hilfsfristen dienen soll. Daneben ist ein Kinderschutzkonzept geplant; dabei geht es insbesondere um Familienhebammen und um ein E-Learning-Modul zur Fortbildung unserer Jugendamtsmitarbeiter.

(Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP und Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Dann gibt es noch das Thema Familienhilfe und die Einrichtung eines Fonds für Opfer von Menschenhandel.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

– Da dürfen Sie gern alle klatschen; ich sage Ihnen auch gleich, warum: In der Anhörung zum Frauenplenartag wurde die Forderung nach einem Fonds für Opfer von Menschenhandel erneut formuliert. Die frauenpolitischen Sprecherinnen aller Fraktionen hatten sich dieser Forderung angeschlossen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jawohl! – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Gern sind wir deshalb dem Vorschlag unserer Kollegin Brunnemer gefolgt und haben dieses Anliegen unterstützt. Heute sind wir froh darüber, dass im Haushalt der Betrag in Höhe von 170 000 € eingestellt ist.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frauen sind spitze!)

Durchaus zufrieden können wir insgesamt sein, was die Familienpolitik im Land betrifft. Der bedarfsgerechte Ausbau der Kleinkindbetreuung schreitet gut voran. Spätestens im Jahr 2013 – vielleicht auch schon früher – werden wir das Ziel einer landesweiten Versorgungsquote von 34 % erreicht haben.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen der letzten beiden Tage wurde wieder einmal das Landeserziehungsgeld kritisch angesprochen. Dazu kann ich Ihnen sagen, dass wir die Beibehaltung und Anpassung nach der Einführung des Elterngelds im Jahr 2007 nach wie vor für konsequent und berechtigt halten. Ständig hören wir Klagen – die zum Teil durchaus berechtigt sind – über die Einkommenssituation junger Eltern.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Da stellen Sie eine zehn Monate währende finanzielle Unterstützung innerhalb entsprechender Einkommensgrenzen von immerhin über 200 € immer wieder infrage. Für mich ist das eigentlich unverständlich.

Die Umwidmung eines Teilbetrags in das Projekt STÄRKE seit letztem Herbst zeigt aber auch auf, dass wir uns aktuellen Entwicklungen anpassen. STÄRKE soll laut dem Ministerium für Arbeit und Soziales

> *den Stellenwert von Familien- und Elternbildung betonen, die Kooperation zwischen Jugendamt, Bildungsträgern und sonstigen professionellen Diensten fördern und zur Weiterentwicklung eines landesweit bedarfsgerechten Netzes von Familien- und Elternbildungsveranstaltungen beitragen. Außerdem sollen bei den Eltern Schwellenängste vor der Inanspruchnahme außerfamiliärer Hilfe abgebaut und die Teilnahme an Elterntreffs und -kursen finanziell ermöglicht bzw. erleichtert werden.*

(Wilfried Klenk)

Zu den Familienhebammen. Mit der Förderung der Familienhebammen wollen wir erreichen, dass junge Familien intensiver und länger durch Hebammen begleitet werden können, als dies bisher der Fall ist.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Gerade Hebammen sind in der Lage, einer Schwangeren und später dann der jungen Mutter mit ihrem Kind in ihrer besonderen Lebensphase seelische und körperliche Ausgeglichenheit zu vermitteln. Wir wollen deshalb die Ausbildung zusätzlicher Familienhebammen sowie deren erste 50 Einsatzstunden fördern, damit ein solches Angebot in Baden-Württemberg möglichst bald flächendeckend zur Verfügung steht. Beginnend mit diesem Jahr werden deshalb fünf Jahre lang jährlich rund 200 000 € zur Verfügung gestellt.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Aber nicht länger!)

Zum freiwilligen sozialen Jahr: Wir sind dankbar, dass es gelungen ist, Mittel aus dem Landeshaushalt, die im Planansatz noch nicht vorgesehen waren, für die Förderung des freiwilligen sozialen Jahres und die Gesundheitsprävention bereitzustellen. Mit den zusätzlichen Mitteln in Höhe von 175 000 € können 350 weitere Plätze im FSJ gefördert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wir halten Jugendfreiwilligendienste im Rahmen eines Orientierungs- und Bildungsjahrs für ein geeignetes Instrument, um dem Bedürfnis von Jugendlichen nach Orientierung, Bestätigung und Selbstständigkeit entgegenzukommen und um entsprechende Kompetenzen zu vermitteln, die für eine funktionierende Gesellschaft unverzichtbar sind.

Die FSJ-Träger bitten wir in diesem Sinne um Verständnis dafür, dass wir uns entschieden haben, die Zahl der Plätze insgesamt zu erhöhen, anstatt zum heutigen Zeitpunkt den Einzelbetrag zu erhöhen.

Wir beide, Kollege Noll und ich, sind gespannt, was heute in Berlin passiert. Sie wissen ja, dass Bundesfinanzminister Steinbrück das FSJ unter Umsatzsteuerpflicht stellen will. Gerade heute findet ein Gespräch zwischen den Staatssekretären im Bundesfamilienministerium und im Bundesfinanzministerium statt. Führt das nicht zu dem Ergebnis, das wir uns vorstellen, dann wird ein Teil der Mittel, die wir zusätzlich bereitstellen, nicht für weitere FSJ-Stellen zur Verfügung stehen, sondern muss für Steuerbelastungen der Träger aufgewendet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts einer immer höheren Lebenserwartung und mit Blick auf das Krankheitsspektrum unserer Gesellschaft kann es nicht mehr nur darum gehen, Krankheiten zu behandeln, wenn sie aufgetreten sind. Vielmehr gilt es, durch vorbeugende Maßnahmen zu verhindern, dass sie überhaupt ausbrechen können.

Für die CDU-Fraktion ist die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung, auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels, eine zentrale Aufgabe des Landes. Nicht erst heute, sondern bereits 2006 hat das Land mit den Trägern der Sozialversicherung Baden-Württemberg im Rahmen der Neuausrichtung der Vorbeugung einen Präventionspakt vereinbart.

Ebenso dankbar sind wir für die Zustimmung, dass die bei der Förderung der Ersatzschulen gegebenenfalls nicht benötigten Mittel stattdessen zum Nachteilsausgleich für die Förderung der Ergänzungsschulen verwendet werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Dr. Birgit Arnold und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Das klingt jetzt etwas kompliziert.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Für Insider! Gesundheitsberufe! Zukunft!)

Wie Sie wissen, gilt für die Privatschulen für nicht akademische Gesundheitsberufe, dass eine Schule kraft Gesetzes dann eine Ersatzschule ist, wenn im Land entsprechende öffentliche Schulen bestehen. Der Status der Schule hängt somit nicht von ihrer gesundheitspolitischen Bedeutung oder Qualität ab. Deshalb haben wir diese Änderung eingebracht.

Ebenso dankbar sind wir für die Zustimmung, dass für die Gewinnung ärztlichen Personals für den öffentlichen Gesundheitsdienst bei Neueinstellungen das Angebot einer Verbeamtung gemacht werden kann. Es kann nicht sein, dass der öffentliche Gesundheitsdienst bei uns darunter leidet, dass keine qualifizierten Bewerbungen mehr eingehen, weil der TVöD bzw. die besonderen Entgeltregelungen für Krankenhausärzte gegenüber dem TV-L, der kaum Aufstiegschancen vorsieht, deutlich bessere Vergütungen bieten. Wir versprechen uns durch diese neu geschaffene Flexibilität bei den Stellenbesetzungen, qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern ein attraktives Angebot unterbreiten zu können.

Wenn das Konjunkturprogramm des Bundes und das Infrastrukturprogramm des Landes in der angekündigten Form kommen, können auch erhebliche Mittel für vorgezogene investive Maßnahmen bei den Zentren für Psychiatrie eingesetzt werden. Das Ziel, damit Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu sichern, wäre im Grunde konterkariert worden, wenn die ursprünglich veranschlagte spezifische globale Minderausgabe von immerhin über 6 Millionen € aus den veranschlagten Investitionsmitteln der Zentren für Psychiatrie erwirtschaftet werden müsste.

Durch die Zustimmung zur Verlagerung auf die einzelplanspezifische GMA können die Mittel jetzt, wenn sie denn fließen, rasch und umfassend eingesetzt werden.

Lassen Sie mich zum Schluss meiner Ausführungen noch einen Punkt ansprechen. Am Montag dieser Woche hat der Ministerrat das Pflegeheimförderprogramm für das Jahr 2009 beschlossen. 2010 wird es letztmalig eine derartige Förderung geben. Dazu stehen wir, und das ist auch begründbar.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ja?)

Wir möchten jedoch schon heute auf die Notwendigkeit hinweisen, dass die frei werdenden KIF-Mittel nicht schon jetzt gedanklich irgendwo anders verteilt werden, sondern nach unserem Willen auf absehbare Zeit in die Krankenhausfinanzierung fließen müssen.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Dabei gehen wir davon aus, dass dies auch die Sichtweise zumindest des Städtetags und des Landkreistags ist.

(Wilfried Klenk)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das werden wir sehr genau beobachten!)

Es bleibt mir, den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den vielfältigen sozialen Diensten, aber auch den in diesen Bereichen hauptberuflich Tätigen Dank zu sagen.

Dank an das Ministerium, an der Spitze unsere Sozialministerin, für die Zusammenarbeit. Allein der heute zu verabschiedende Haushalt zeigt, dass, wenn man gemeinsam kämpft, dies durchaus zum Erfolg führen kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gute Rede!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Altpeter für die Fraktion der SPD.

Abg. Katrin Altpeter SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf unseren Freund der letzten Tage zurückkommen, auf den Elektromonteur Hans, der demnächst wohl Kultstatus erfährt, über dessen schaffige Art viel gesprochen und dessen Person oftmals aufgegriffen wurde, sodass man den Eindruck haben könnte, Hans sei der Einzige im ganzen Land.

Jetzt ist aber unser Hans nicht allein auf der Welt. Es gibt noch andere.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Eva! – Minister Ernst Pfister: Heinz!)

– Bei mir heißt er Hans.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Johanna!)

Es gibt in seiner Nachbarschaft Moni, eine alleinerziehende Frau mit zwei Kindern. Davon ist ein Kind unter drei Jahre alt. Sie ist berufstätig, sie arbeitet Teilzeit im Einzelhandel, Ladenöffnungszeiten bis 22 Uhr. Sie versucht, so gut es eben geht, in diesem unserem Land durchzukommen. Sie versucht, alles zu tun, um ihre Kinder in Anstand großzuziehen, um ein Einkommen zu erzielen, von dem man leben kann, und um selbst auch noch etwas Lebensqualität zu haben.

Nun ging das eine Weile ganz gut, bis vor einigen Monaten Monis Vater dement und damit pflegebedürftig wurde und sich nun die Frage stellt, ob er nicht in absehbarer Zeit in ein Pflegeheim umziehen muss, weil seine Versorgung zu Hause durch Moni mit den Kindern, mit der Arbeit und mit der Krankheit des Vaters nicht mehr im notwendigen Maß gewährleistet werden kann.

Wenn unsere Moni die Zeit fände, sich mit dem Haushaltsplan des Ministeriums für Arbeit und Soziales zu beschäftigen,

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

dann könnte sie darin jede Menge finden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich glaube, die könnte sich eine bessere Beschäftigung vorstellen! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Sie würde feststellen, dass dieser Haushalt zwar keine direkten Kürzungen, aber dennoch Auszehrungen enthält, dass er von der Substanz lebt, dass er wenig Aussagen darüber trifft, wie man mit der demografischen Entwicklung in unserem Land umgeht. Sie würde feststellen, dass die Verfügungsmittel der Ministerin und ihres Staatssekretärs um 25 bzw. 26 % erhöht werden, aber auf die Fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die sie in ihrem Alltag am dringendsten beschäftigen, erhielte sie keine Antworten.

(Beifall bei der SPD)

Sie erhält keine oder nur unzureichende Antwort auf die Frage, wie es gelingen kann, Familien zu unterstützen, damit sie Beruf, Familie und Pflege vereinbaren können. Sie erhält keine Antwort auf die Frage, die sie auch sehr umtreibt: Wie kann ein Kinderschutz wirklich umfassend erfolgen?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Sie erhält auch keine Antwort auf die Frage, wie Familien bei der Versorgung ihrer pflegebedürftigen Angehörigen unterstützt werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte auf die erste Frage zurückkommen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wissen ja, Moni hat ein Kind unter drei Jahren, sie ist berufstätig, das heißt, sie ist auf Betreuung, aber auch auf Förderung ihrer Kinder angewiesen.

Nun hat Moni ja schon oft in der Zeitung das Wort „Kinderland“ gelesen. Sie hat sich oft gefragt: Wie sieht das „Kinderland“ für mich eigentlich konkret aus? Sie weiß, dass im Bund zusammen mit den Bundesländern beschlossen wurde, dass bis zum Jahr 2013 für 35 % aller Kleinkinder ein Krippenangebot vorhanden sein muss. Sie hat ganz zufällig am Mittwoch im Fernsehen die Rede des Ministerpräsidenten gesehen, in der er gesagt hat: Wir sind auf dem Weg.

Mit Verlaub, meine sehr verehrten Damen und Herren: „Auf dem Weg“ heißt am Anfang eines Weges, und das mit dem Tempo einer Schnecke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Unlängst hat der Städtetag darauf hingewiesen, dass der Bedarf an Kleinkindbetreuungsangeboten schneller steigt als erwartet. Bereits im Jahr 2011 – nicht erst, wie eigentlich angenommen, im Jahr 2013 – sind für ein Drittel aller Kinder Betreuungsplätze erforderlich. Und dies, meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund, dass wir noch vor gar nicht langer Zeit in diesem Landtag Debatten darüber hatten, in denen insbesondere die männlichen Abgeordneten der CDU-Fraktion gesagt haben, es sei überhaupt nicht nötig, Kinderbetreuungsangebote auszubauen, die Kinder sollten daheim bei ihrer Mama bleiben und spielen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das war ein Originalzitat? – Abg. Wilfried Klenk CDU: Wer sagt so etwas?)

Insofern ist wirklich ein kleines Stück Weges beschritten worden. Aber wir brauchen die Mittel für den Ausbau des Kinder-

(Katrin Altpeter)

betreuungsangebots schneller, und wir brauchen mehr Mittel, um die Kommunen beim Ausbau nicht im Stich zu lassen, sondern sie im Gegenteil zu fördern, und zwar sowohl im Hinblick auf die Quantität, um die erforderlichen Plätze einrichten zu können, als auch – das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen – im Hinblick auf die Qualität. Hier geht es darum, Kinder nicht nur zu betreuen, sondern sie zu fördern. Es geht darum, dass ein Orientierungsplan nicht nur eine freiwillige Geschichte sein darf, sondern dass es einen Orientierungsplan auch für Kinder geben muss, die jünger sind als drei Jahre, und dass vor Ort die Voraussetzungen dafür zu schaffen sind, dass Erzieherinnen und Erzieher auch die Möglichkeit haben, diesen Orientierungsplan umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Da der Ausbau des Kinderbetreuungsangebots schneller vorangehen muss, haben wir beantragt, im Jahr 2009 die Mittel um 50 Millionen € aufzustocken, um dann bis zum nächsten Haushalt auf höhere Beträge für den Ausbau zu kommen, damit der Ausbau vor Ort auch bewältigt werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute war auch schon die Rede vom Kinderschutz. Wir alle wissen angesichts der Ereignisse, von denen wir in den letzten Jahren erfahren haben – es waren mehr als in den Jahren zuvor –, wie wichtig uns der Kinderschutz sein muss, weil wir kein Kind auf dem Weg verlieren dürfen, weil wir jedes Kind mitnehmen müssen und weil Kinder unseres besonderen Schutzes bedürfen. Wir möchten deshalb nicht nur Maßnahmen haben wie STÄRKE, wie eine weitere verbindliche Vorsorgeuntersuchung oder wie die mögliche Einführung von Familienhebammen, sondern ein umfassender Kinderschutz erfordert auch ein umfassendes Kinderschutzprogramm und ein ganzes Bündel weiterer Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen müssen, und nicht nur das Herausgreifen von einzelnen Maßnahmen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang ist für uns auch sehr wichtig, die Mittel für den Kinderschutzbund zu erhöhen. Denn der Kinderschutzbund erfüllt wichtige Aufgaben. Ich möchte sie nicht alle aufzählen, sondern nur beispielsweise das betreute Umgangsrecht nennen, für das bei uns im Land der Kinderschutzbund zuständig ist. Ich muss sagen: Für ein reiches Land wie unseres ist es schon ein Armutszeugnis, wenn der Kinderschutzbund hier pro 1 000 Einwohner 2,38 € bekommt. In Niedersachsen sind es 24,27 € und in Bayern 10,99 €.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

Wenn es uns also mit dem Kinderschutz ernst ist, dann brauchen wir neben einem Bündel von Maßnahmen und einem Gesamtpaket auch eine bessere institutionelle Förderung derer,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

die sich für die Belange der Kinder und für ihren Schutz engagieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte noch einmal zu Moni zurückkommen. Ich habe vorhin erwähnt, dass ihr Vater langsam dement wird. Das ist eine fortschreitende Krankheit. Es wird vermutlich so sein, dass er nicht mehr lange bei sich zu Hause, in seinem eigenen Haushalt bleiben kann. Moni muss sich mit der Frage des Umzugs in ein Pflegeheim auseinandersetzen.

Nun wurde hier ja angekündigt – Kollege Klenk hat es gesagt –, dass ab 2010 die Pflegeheimförderung des Landes nicht mehr weiter aufrechterhalten werden soll. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist wohl richtig, dass die Anzahl der Betten – ein Bett ist allerdings keine Wohnung –, die wir im Jahr 2010 im Land erreicht haben werden, vorläufig ausreichend ist. Aber angesichts der steigenden Zahl der Hochaltrigen und damit der steigenden Zahl der Pflegebedürftigen wird es auch hier zukünftig einen Bedarf geben.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Es wird den Bedarf einer Steuerung und einer Weiterentwicklung der Pflegeheimförderung geben, und zwar auch aufgrund der Tatsache, dass die Landesregierung eine Verordnung erlassen hat, die vorsieht, dass es – und das ist auch richtig – in Pflegeheimen nur noch Einbettzimmer geben soll.

Nur, wir haben immer noch genug Pflegeheime, die aus den Siebzigerjahren stammen und die Zweibettzimmer haben, die umgebaut, die saniert werden müssen, die den heutigen Gegebenheiten, den heutigen Bedarfen von Pflegebedürftigen angepasst werden müssen. Wir haben eine Zunahme an demenziellen Erkrankungen, bei denen die Patienten einen qualitativ anderen Bedarf haben, als die bauliche Substanz vieler Pflegeheime zu erfüllen geeignet ist. Ich finde, es wäre ein Zeichen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen in diesem Land, wenn man die Pflegeheimförderung weiterhin aufrechterhalten und wenn das Land seine Steuerungsfunktion entsprechend wahrnehmen würde.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, für Moni ist heute Morgen nicht sehr viel übrig geblieben.

(Zurufe: Für Ulla auch nicht! – Heiterkeit)

Zu unseren weiteren Anträgen wird Kollegin Haußmann sprechen. – Für die Ulla auch nicht, ja.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Haußmann. Sie haben noch eine Minute und 19 Sekunden. Ich bitte, die Redezeit einzuhalten.

(Unruhe)

Abg. Ursula Haußmann SPD: Nachdem Sie so viel Nachsicht mit Herrn Ehret hatten, Frau Präsidentin, hoffe ich, dass diese Nachsicht auch für mich gilt.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es darum geht, das Ehrenamt und das soziale Engagement in Sonntagsreden zu loben, sind die Kollegen von CDU und

(Ursula Haußmann)

FDP/DVP immer ganz schnell dabei und machen das in epischer Breite.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ist das falsch?)

Wenn es aber um Verbesserungen im Landeshaushalt für dieses Ehrenamt und für dieses soziale Engagement geht, muss ich für die SPD-Landtagsfraktion sagen: Leider Fehlanzeige!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bedaure, dass es der SPD-Fraktion nicht gelungen ist, die Situation der Aidshilfen zu verbessern. Seit 1995 – das muss man sich einmal vergegenwärtigen – sind die Zuschüsse aus dem Landeshaushalt nicht gestiegen. 1997 wurden diese Zuschüsse sogar gekürzt. Die Aidshilfen in Baden-Württemberg erhalten momentan gerade einmal 450 000 € für die wichtige Arbeit, die sie vor Ort leisten. Wir haben ja auch eine stark ansteigende Zahl von Neuinfektionen.

Ich will einmal einen Blick in andere Bundesländer werfen. Der Landesverband Aidshilfe Nordrhein-Westfalen bekam – nur zum Vergleich – 2006 eine pauschale Förderung in Höhe von 27 000 €. Die 32 regionalen Aidshilfen erhielten dort ca. 930 000 €. Das Projekt Youthwork wurde mit ca. 1 400 000 € gefördert, und für die zielgruppenspezifische Prävention erhielt die Aidshilfe Nordrhein-Westfalen nochmals etwa 780 000 € – und das bei einer Zahl von 703 Neudiagnosen.

Wir haben für die Aidshilfe, um bei der Förderung wieder den Zustand von 1995 bzw. von vor 1997 zu erreichen und die Kostensteigerungen der letzten Jahre auszugleichen, den geringen Betrag von 90 000 € beantragt. Leider muss ich sagen: Fehlanzeige. Die Kollegen von CDU und FDP/DVP sind uns hier nicht gefolgt. Ich halte das auch für eine Missachtung der wichtigen Arbeit, die bei den Aidshilfen in Baden-Württemberg geleistet wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Auch beim freiwilligen sozialen Jahr ist es uns leider nicht gelungen, den Mittelansatz zu erhöhen. Das wäre jedoch dringend erforderlich – so der Arbeitskreis Freiwilliges Soziales Jahr und die Liga der freien Wohlfahrtspflege –, weil der derzeitige Fördersatz von 500 € pro Teilnehmer auf 600 € aufgestockt werden soll, um das freiwillige soziale Jahr für junge Menschen attraktiv zu halten. Leider reicht die Erhöhung, die Sie angekündigt haben, lieber Herr Klenk, hierfür bei Weitem nicht aus.

Ein dritter Punkt – und auch der war uns sehr wichtig – war eine Verbesserung der Situation der Arbeitskreise Leben, die eine ganz wichtige Suizidprävention machen. Zur Zeit ist es leider so, dass von den zwölf Arbeitskreisen Leben in Baden-Württemberg nur ein Teil vom Land gefördert werden. Angesichts der Bedeutung der Arbeitskreise Leben für die Suizidprävention müssen aber alle Arbeitskreise endlich in die Landesförderung einbezogen werden. Die von der Landesregierung vorgesehene geringfügige Erhöhung ist bei Weitem nicht ausreichend. Es ist zudem nicht akzeptabel, dass diese Erhöhung durch Kürzungen bei den Selbsthilfegruppen chronisch Kranker finanziert wird.

Ich sage es noch einmal, und es ist ein sehr großes Anliegen der SPD-Landtagsfraktion: Gerade viele Jugendliche melden sich über das Internet bei den Arbeitskreisen Leben. Das sind Jugendliche, die enorme Probleme haben, und hier wird auf eine ganz hervorragende Art und Weise geholfen. Deshalb sollten die Haushaltsansätze hierfür dringend erhöht werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sozialpolitik braucht gute Rahmenbedingungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und ich wünsche mir, dass diese guten Rahmenbedingungen nun endlich auch in unserem reichen Land Baden-Württemberg vorzufinden sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen wurde viel über die Finanzkrise, über die Wirtschaftskrise und über die anstehenden Konjunkturprogramme geredet. Gerade in Krisenzeiten, in finanziell unsicheren Zeiten stehen bei den Menschen natürlich Themen wie soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherung im Mittelpunkt des Interesses. Sehr aufmerksam wird dabei verfolgt, wie schnell der Staat reagiert, wenn unser Finanzsystem in Gefahr ist und eine Wirtschaftsflaute droht. Deshalb ist es das zentrale Anliegen von uns Grünen, dafür zu sorgen, dass der soziale Bereich ausreichend finanziert ist und eine gute Qualität ermöglicht wird.

Was bedeutet dies nun für unseren Sozialhaushalt? Die Regierungskoalition – Kollege Klenk hat es vorhin angedeutet – feiert es schon als großen Erfolg, dass es diesmal keine großen Streichungen gab. Dies ist uns als Opposition, ist uns Grünen jedoch zu wenig. Der Status quo wird den neuen Herausforderungen nicht gewachsen sein.

Ich möchte einen Bereich herausgreifen, und zwar die Kinder- und Familienpolitik. Auf die anderen Bereiche wird meine Kollegin Bärbl Mielich nachher noch eingehen.

Beim Thema „Kinderland Baden-Württemberg“, bei der Kinder- und Familienpolitik spielt natürlich die Kleinkindbetreuung eine wichtige Rolle, nicht nur, weil die Kleinkindbetreuung das wichtigste Element zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf ist, sondern weil sie auch der Gefahr der Kinderarmut entgegenwirkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahlen wurden schon des Öfteren genannt; ich möchte sie jedoch wiederholen: Einer Erhebung des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe zufolge leben in Baden-Württemberg 150 000 Kinder von Sozialhilfe. Nach Angaben des Sozialministeriums sind 15,5 % der Kinder unter 16 Jahren von relativer Armut betroffen. Die Zahl der Kinder, der Jugendlichen und der Familien in prekären Lebenslagen hat gerade auch in Baden-Württemberg zugenommen. Anfang Januar hat eine Studie des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung festgestellt, dass vor allem Kinder von Alleinerziehenden und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund von Armut betroffen sind.

Man muss dafür sorgen, dass der Unterschied der Reichen und Armen sich möglichst ausgleicht.

(Brigitte Lösch)

Diesen Satz von Aristoteles würde ich gern als Leitspruch für unsere Sozialpolitik haben. Denn Armut ist keine Kalorienfrage, sondern eine Frage im Hinblick auf Teilhabe und Bildung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Teilhabe und Bildungschancen beginnen bereits in der frühkindlichen Bildung innerhalb der Kleinkindbetreuung. Da gehört das „Kinderland“ Baden-Württemberg, auch wenn man sagen muss, es hat sich in den letzten Jahren bemüht – aber Sie wissen ja, was „es hat sich bemüht“ heißt –,

(Abg. Werner Raab CDU: Erfolgreich, Frau Kollegin! Erfolgreich bemüht!)

nach wie vor nicht zu den Spitzenreitern. Wir brauchen einen schnelleren und besseren Ausbau bei der Kleinkindbetreuung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In dieser Forderung werden wir übrigens auch von den kommunalen Landesverbänden unterstützt, die feststellen, dass die von Bund und Land verabredete Vereinbarung zur Schaffung von Kleinkindbetreuungsangeboten und der anvisierte Rechtsanspruch zu einem Boom bei der Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kleinkinder geführt hat. Die Eltern nehmen eben keine Rücksicht auf das vom Land vorgegebene Zeitfenster, erst bis 2013 und 2014 für 34 % der Kinder einen Betreuungsplatz zu schaffen. Auf diesen individuellen Bedarf, den die Eltern haben – Moni und Hans, die vielleicht einmal ein Hänschen haben wollen –, muss das Land und müssen die Kommunen möglichst schnell reagieren.

Aus diesem Grund muss das Land den Kommunen mehr Geld zur Verfügung stellen und für eine bessere Qualität bei der Kleinkindbetreuung sorgen. Deshalb haben wir auch den Antrag eingebracht, 56 Millionen € mehr für 2009 zur Verfügung zu stellen. Wir haben dabei einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung gemacht – Kollege Klenk hat es vorhin schon erwähnt –: Wir wollen zur Gegenfinanzierung das Landeserziehungsgeld umwidmen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Könnte man das theoretisch überhaupt machen?)

– Kollege Noll, seit 2001 sage ich immer wieder und sage es auch heute noch einmal: Das Landeserziehungsgeld ist im Gegensatz zum Elterngeld keine Lohnersatzzahlung, und es ist auch kein Mittel gegen Armut.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Familienpolitisch erfolgreiche Länder investieren nicht in solche Transfers, sondern in Dienstleistungen für Familien wie Kinderbetreuung und Bildung.

Zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut fordere ich die Landesregierung auf, in Richtung Bund mehr Druck zu machen, damit die Kinderregelsätze für Hartz-IV-Empfänger endlich erhöht werden. Das Bundessozialgericht hat ja im Januar festgestellt, dass die jetzigen Kinderregelsätze verfassungswidrig sind. Da erwarte ich von der Landesregierung mehr Engagement, etwas gegen Kinder- und Familienarmut zu tun.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da müssen Sie sich erst einmal an die Kollegen vom Bund wenden und dürfen nicht uns anschauen! Da müssen Sie dort einmal nach links und nach rechts schauen!)

Abschließend möchte ich noch mein Unverständnis kundtun, dass unsere Anträge zur Erhöhung der Beiträge beim AKL, also dem Arbeitskreis Leben, und bei den Aidshilfen, vor allem aber beim Kinderschutzbund, liebe Kolleginnen und Kollegen, abgelehnt worden sind. Der Kinderschutz ist ein zentrales Thema für das „Kinderland“ Baden-Württemberg. Wir verabschieden ein Kinderschutzgesetz. Wir haben Modellprojekte, und wir haben einen ehrenamtlichen Verein, der für die Fortbildung und Schulung der Fachkräfte im Bereich des Kinderschutzes tätig ist. Diese 74 000 € dem Kinderschutzbund zu geben – gegenfinanziert aus den 600 000 €, die wir für E-Learning-Programme im Haushalt haben –,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist auch wichtig!)

wäre wirklich ein gutes Zeichen gegen Kinderarmut und ein Beitrag für einen besseren Kinderschutz gewesen! Deshalb appelliere ich an Sie, es sich noch einmal zu überlegen und dann wenigstens im nächsten Doppelhaushalt mehr für den Kinderschutz zu tun.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Mielich.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich lasse ihr wie immer den Vortritt!)

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Herr Noll ist einfach ein Gentleman. – Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Von den Kindern zu den alten Menschen. Meine Protagonistin heute heißt Claudia.

(Heiterkeit)

Ich erzähle heute die Geschichte von der Staatsrätin Professor Dr. Claudia Hübner,

(Heiterkeit der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

wie sie durch das Land reist und sich anschaut, was vor Ort mit den Menschen im Alter passiert, wie sie leben, welche guten Möglichkeiten es für sie gibt, z. B. in Mehrgenerationenhäusern zu leben.

Sie war in der letzten Woche auch in meinem Wahlkreis und hat sich da hervorragende Konzepte für Wohngruppen, beispielsweise für Menschen mit Demenz, angeschaut, Konzepte, die mit großem bürgerschaftlichen Engagement auf den Weg gebracht und finanziert worden sind. Man kann sagen, dass es kleinen Gemeinden wirklich gelungen ist, unter ganz starker Beteiligung solche Projekte auf den Weg zu bringen.

(Bärbl Mielich)

Dann gab es einen Bürgermeister, der zu Claudia sagte, er würde auch gern ein solches Projekt auf den Weg bringen, er hätte auch gern eine wohnortnahe Gruppe, in der alte Menschen, die pflegebedürftig und dement sind, leben können. Man habe da ein ganz tolles Haus, und er würde auch gern ein solches Projekt wie z. B. in Eichstetten machen. Da musste Claudia leider sagen, ob er dann Geld vom Land erhalte, sei zweifelhaft. Ob er die entsprechende Unterstützung erhalte, sei ebenfalls zweifelhaft, denn es gebe ein Landesheimgesetz, das für derlei Projekte in keinster Weise Unterstützung vorsehe.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ja!)

Das heißt, dass genau das, was man überall im Land auf den Weg bringen will und auch bringen soll, nämlich wohnortnahe kleine Einheiten, durch das Landesheimgesetz verhindert wird. Frau Ministerin Stolz, Sie haben am Anfang dieser Woche ganz deutlich gesagt, dass das auch in Zukunft so sein wird, wenn die Pflegeheimförderung fortfällt. Das kritisieren wir stark, denn wir hätten uns gewünscht, dass Sie den Sprung machen, den Bedürfnissen der Menschen zu entsprechen und zu schauen, dass Sie von der Förderung der großen Einrichtungen hin zur Förderung wohnortnaher kleiner Projekte kommen, also dafür Geld bereitstellen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das machen wir doch! – Zuruf des Abg. Wilfried Klenk CDU)

– Sie fördern kleine Modelle. Das ist aber viel zu wenig, Herr Klenk, und das wissen Sie auch.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ach was!)

Genau das wird eben nicht auf den Weg gebracht, und das ist ein großes Manko, was eine wohnortnahe Versorgung für Menschen mit Pflegebedarf betrifft.

Es ist ja nicht alles schlecht, was Sie machen; das muss man auch sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Bei uns Schwaben ist das das höchste Lob!)

– Ja, ich weiß das, obwohl ich keine Schwäbin bin.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Nicht getadelt ist gelobt genug!)

Das, was wirklich gelungen ist und was ich durchaus positiv bewerte, ist, dass die Pflegestützpunkte auf den Weg gebracht worden sind. Es ist für uns ein ganz wichtiges Signal, dass die ambulante Unterstützung wirklich gefördert wird, dass die Beratungsangebote für die Menschen vor Ort durchaus einen Schub bekommen. Wir wünschen uns, dass dieses Konzept jetzt anläuft, dass es umgesetzt wird; es ist ja nur ein Anfang. Dann müssen – möglicherweise im nächsten Haushalt – mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Wir haben uns bei unseren Haushaltsanträgen insgesamt sehr bescheiden verhalten und nur wesentliche Punkte herausgegriffen, bei denen wir gesagt haben: Da müssen wirklich Zeichen gesetzt und muss deutlich mehr Geld in die Hand genommen werden. Das machen wir bei der Krankenhausförderung. Mithilfe des Konjunkturpakets II sollen jetzt zusätzlich 130 Millionen € für Investitionen in Krankenhäuser bereitgestellt werden. Das begrüßen wir ausdrücklich. Dennoch haben wir einen Investitionsstau im Umfang von insgesamt 1,7 Milliarden €. Das heißt, es gibt nach wie vor einen Riesenstau an Maßnahmen, die planfestgestellt sind und dringend auf den Weg gebracht werden müssen; diese wollen wir jetzt noch stärker fördern.

Die Landesregierung stellt nun aufgrund des Konjunkturprogramms des Bundes 130 Millionen € zur Verfügung; gleichzeitig jedoch schrumpft im Infrastrukturprogramm des Landes das für die Krankenhausförderung vorgesehene zusätzliche Volumen von vormals 70 Millionen € um 45 Millionen € auf nur noch 25 Millionen €, sodass sich in der Summe der Betrag von 155 Millionen € ergibt. Die 130 Millionen € wollen wir wieder um die ganzen 70 Millionen € aufstocken. Die 70 Millionen € hatten wir bereits für den diesjährigen Haushalt beantragt. Die Mittel sollen in dieser Höhe aber ebenso für die nächsten beiden Jahre zur Verfügung stehen; denn wir denken, das ist ein wichtiger Punkt.

Gesundheit ist der Wirtschaftsfaktor Nummer 1 in Baden-Württemberg. Die Gesundheitsberufe sind auf dem Vormarsch. Die Aufgaben, die die Krankenhäuser zu bewältigen haben, um dem Wettbewerb standhalten zu können, wachsen immens. Dazu brauchen sie eine ganz deutliche, klare Unterstützung. Wenn sich Krankenhäuser beispielsweise entscheiden, zu einer gemeinsamen GmbH zu fusionieren, sich zusammenzuschließen, dann brauchen sie Unterstützung, um die investiven Veränderungen tatsächlich durchführen zu können, damit sie letztendlich auch wirtschaftlich wettbewerbsfähig sind.

Bei ganz vielen Krankenhäusern, die in den Siebzigerjahren gebaut wurden, gibt es einen riesigen Investitionsstau im energetischen Bereich. Hierauf wollen wir auf jeden Fall einen Schwerpunkt legen. Dafür brauchen wir Gelder. Mit diesen Maßnahmen wollen wir erreichen, dass wir letztendlich auch entsprechende Mittel bei den Betriebsausgaben kürzen können. Wir wollen, dass dort deutlich mehr Gelder hineinfließen. Da müssen wir ein klares Signal senden und der Bevölkerung sagen: „Uns ist es ernst damit, dass die Gesundheitsversorgung, die Grundversorgung vor Ort gesichert ist.“ Dafür stehen wir.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Etat des Sozialministeriums, einen Etat, dessen Anteil am Landeshaushalt vergleichsweise gering ist, der nämlich ziemlich genau 3,5 % beträgt. Trotzdem behaupte ich, dass gerade in der Sozialpolitik gilt: Ohne Geld geht natürlich nichts,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ohne Moos nix los!)

aber Geld ist nicht alles.

(Dr. Ulrich Noll)

Ich glaube, das Ministerium, über das wir heute reden, hat entscheidenden Einfluss darauf, wie sehr sich die Menschen in diesem Land durch ihre Teilhabe, ihre Mitwirkung gesellschaftlich akzeptiert und aufgenommen fühlen. Als Beleg dafür, dass Baden-Württemberg in dieser Hinsicht so schlecht nicht sein kann, darf man einfach einmal Zahlen des Statistischen Landesamts heranziehen: Baden-Württemberg ist ein Land, das immer noch Zuzug, und zwar insbesondere von jungen Familien mit Kindern, verzeichnen kann. Das darf man, glaube ich, schon einmal erwähnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da in der Sozialpolitik nicht alles nur über Geld läuft, sondern sehr, sehr vieles über den Zusammenhalt in der Gesellschaft, zwischen den Generationen, und über das zu Recht viel gelobte bürgerschaftliche Engagement, lassen Sie mich an den Anfang meiner Rede den Dank an all die Menschen stellen, die für dieses soziale Klima der Offenheit, Toleranz und Akzeptanz in Baden-Württemberg stehen, egal, ob sie im Gesundheitswesen, in der Pflege beruflich tätig sind oder ob sie sich ehrenamtlich, bürgerschaftlich engagieren. Dafür unser aller herzlicher Dank!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich darf mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion und natürlich auch beim Ministerium bedanken. Denn eines ist bei den Beratungen klar geworden: Alle Sozialpolitiker würden gern mehr tun. Es zeichnet uns vielleicht gegenüber den Mitgliedern der anderen Fachausschüsse aus, dass wir auch immer wieder einmal gemeinsame Initiativen starten.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich erinnere an das Thema „Opfer von Frauenhandel“. Da waren alle frauenpolitischen Sprecherinnen mit an Bord, als wir die Erhöhung der Mittel in diesem Bereich hinbekommen haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und die anderen Frauen im Landtag!)

Aber ich bedanke mich auch, dass wir gemeinsam mit dem Kollegen Klenk ein paar zusätzliche Schwerpunkte umsetzen konnten. Ich denke da insbesondere an die Maßnahmen bei den Familienhebammen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Ich darf mich selbstverständlich auch bei der Ministerin und dem Herrn Staatssekretär stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialministerium herzlich bedanken. Ich will an dieser Stelle einfach einmal sagen: Es ist nicht selbstverständlich – das muss ich in der parlamentarischen Arbeit leider immer wieder erkennen –, dass eine sehr offene Informationspolitik betrieben wird, dass man auch zu Fragen, die aus der Bevölkerung über uns an die Landesregierung herangetragen werden, rasch und kompetent Hilfe erfährt. Ich muss das einfach einmal loswerden.

Ich will jetzt, weil so viele Vornamen genannt worden sind, noch den Vornamen eines Mannes einbringen, nämlich Dieter – Hillebrand –, weil es in der Tat so ist: Ich erinnere mich gut – –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Dieter! Mein Gott Dieter!)

– Herr Staatssekretär Dieter Hillebrand. Ich nenne ihn deswegen: Als wir hier über die Verwaltungsreform im Bereich der Eingliederungshilfe diskutiert haben, waren insbesondere bei den Menschen mit Behinderungen die Ängste sehr groß, dass durch die Übertragung der Zuständigkeit von den Landeswohlfahrtsverbänden auf die Landkreise manche Menschen in ihren Rechten, die ja bundesgesetzlich festgeschrieben sind, beschnitten würden. Diese Befürchtungen haben wir ernst genommen. Ich habe damals gesagt: Wir brauchten eigentlich einen Ombudsmann für solche Fälle. Dann hat mir die Regierung gesagt: „Wir haben diesen Ombudsmann.“ Ich sage jetzt einfach einmal: Mit Dieter Hillebrand als Beauftragtem für die Menschen mit Behinderungen haben wir einen Ombudsmann, der sich tatsächlich um Einzelfälle kümmert. Die Verwaltung geht mit den Menschen nicht immer so um, wie es den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Ich muss das einfach einmal loswerden

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

und weise darauf hin: Wenn Menschen mit Behinderungen in diesem Land Probleme haben, haben wir hier einen Ansprechpartner, der sich um jeden Einzelfall kümmert. Oft sind es doch die vielen kleinen Dinge, die die Menschen viel mehr ärgern als die große Politik, über die wir hier diskutieren. Deshalb herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Jetzt komme ich wieder zu Moni und Hans. Da muss ich schon einmal sagen: Ich finde auch, dass in einem so reichen Land Kinderarmut zunehmend ein Problem wird. Das ist ein Skandal. Aber ich sage auch: Das Land ist nicht dazu da, Versäumnisse auf Bundesebene auszubaden.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Lenken Sie doch nicht ab!)

Die finanzielle Ausstattung von Familien und auch von Alleinerziehenden mit Kindern ist originäre Aufgabe des Bundes.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Herr Noll, hierbleiben!)

Es ist doch peinlich, dass das Gericht die SPD an dieser Stelle – Sie sind ja in Berlin für Hartz IV verantwortlich – sozusagen zwingen muss, einmal über die Regelsätze für Kinder und deren Erhöhung nachzudenken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Fragen Sie doch einmal Moni und Hans, was sie zu unseren milliardenschweren Konjunkturpaketen sagen. Sie fragen: Und was kommt bei mir an?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn bei ihnen etwas ankommen soll, dann müssen wir dafür sorgen, dass sie auch da, wo sie schon bei geringem Einkommen von der Steuer erfasst werden, verstärkt entlastet werden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

(Dr. Ulrich Noll)

Das beste Programm gegen Kinderarmut wäre, wenn man die Grundfreibeträge für Kinder genauso hoch ansetzen würde wie für Erwachsene.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Damit Sie nicht wieder den dummen Spruch bringen, von den Grundfreibeträgen hätten nur diejenigen etwas, die Steuern zahlen: Sie wissen ganz genau, dass dann, wenn der Grundfreibetrag angehoben wird, gesetzessystematisch natürlich auch das Kindergeld entsprechend angehoben werden muss. Es hätten also alle etwas davon, wenn Moni und Hans an dieser Stelle einmal entlastet würden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Die FDP wird das dann machen! Da sind wir einmal gespannt, was die FDP macht! Große Lippe, nichts dahinter!)

Wir haben im Land eine zentrale Aufgabe; das ist jetzt mehrfach diskutiert worden. Beim Thema „Armut von Kindern“ geht es in der Tat nicht nur um die Transferleistung; diese muss der Bund erbringen. Vielmehr müssen wir den Menschen ermöglichen, ihr Einkommen aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Das bedeutet Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Warum stimmt ihr dann gegen Mindestlöhne?)

Das ist der Schlüssel, um Armut von Familien zu verhindern. Da gebe ich Ihnen ja recht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Dazu gehört Kinderbetreuung!)

– Ganz ruhig! – Da ist der Schlüssel, dass wir verstärkt eine qualitativ gute und quantitativ ausreichende Kinderbetreuung anbieten. Auch dafür haben wir lange gekämpft.

Jetzt mag der Ausbau manchem zu langsam erfolgen. Aber immerhin haben wir in diesem Haushalt die Mittel für Kinder unter drei Jahren von 18,8 Millionen auf 72,8 Millionen € erhöht. Jetzt mag jemand sagen: „Das ist noch immer zu wenig.“ Ja, wir werden noch mehr Mittel brauchen. Aber wir haben ja einen Stufenplan für den Ausbau. Der Ministerpräsident selbst hat als Grenze definiert, dass wir in Zukunft in die Gegend von 50 % kommen müssen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Von sehr niedrigem Niveau!)

Aber auch da gilt für mich bei allem Schimpfen, dass zu wenig getan worden sei, eines. Ich glaube, uns muss man keinen Vorwurf machen. Wir haben immer wieder gedrängt, und wir sind ja froh, dass wir jetzt einen großen Schritt vorangekommen sind. Aber wir müssen auch einmal daran denken: Wir brauchen ja all die Menschen, die nachher für die Betreuung, und zwar auch die erzieherische Betreuung, die Bildungsbetreuung, notwendig sind.

Da bin ich bei dem Thema „Qualifizierung von Erzieherinnen, Neugestaltung der Ausbildung von Erzieherinnen“.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann macht das doch endlich einmal!)

– Liebe Ulla Haußmann, wir machen das.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ihr schwätzt und schwätzt und schwätzt, und passieren tut nichts!)

Wenn Sie jetzt nicht wahrnehmen, dass wir gerade im Erzieherinnenbereich zusammen mit den Kommunen eines der größten Fortbildungsprogramme mit Landesgeld gemacht haben, dann sehen Sie einfach die Realität nicht. Es waren immerhin 20 Millionen €, die wir da eingesetzt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Lassen Sie mich zum Thema „Kindergarten als Bildungsstätte“ sagen: Ich bekomme schon auch direkt aus der Bevölkerung und von den Erzieherinnen und Erziehern mit, dass durch die von uns ja gewollte rasche Einführung von Sprachstandsdiagnosen, von kindbezogener Aufzeichnung von Entwicklungsfortschritten, aber auch -defiziten, manch eine und manch einer schon etwas stöhnt und fragt: Was sollen wir eigentlich noch alles leisten? Das weiß ich wohl. Aber deswegen dürfen wir nicht glauben, wir könnten alles auf einen Schlag regeln, sondern wir müssen die Erfahrungen, die wir vor Ort sammeln, einarbeiten und dann zu einem vernünftigen, qualitativ guten Ausbau kommen.

Die „Stiftung Kinderland Baden-Württemberg“ und die Landesstiftung haben im Bereich der Sprachförderung – die Diagnose machen wir als Land, die Sprachförderung betreiben wir über die Landesstiftung – viele Erfahrungen, die man am Anfang machen musste, gesammelt. Diese gilt es weiter auszubauen. Das wird über kurz oder lang selbstverständlich nicht ausschließlich über Stiftungsmittel möglich sein. Das ist klar. Seien wir doch froh, dass das, was möglich ist,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Gemacht wird!)

jetzt aus Stiftungsmitteln – das sind übrigens im Grunde auch Landesmittel – geleistet werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Richtig!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle einmal den Justizminister loben.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Hoi!)

Jetzt wundern Sie sich, was er mit Sozialem zu tun hat. Er hat darauf gedrängt – wir konnten das bei der Verhandlung über die Fraktionsschwerpunkte gemeinsam vereinbaren –, dass wir zumindest an einer Stelle – das wird voraussichtlich aber an zwei Stellen der Fall sein – für Bedienstete des Landes – in diesem Fall im Wesentlichen für Bedienstete der Justiz, weil der Minister es vorangetrieben hat – Vereinbarkeit von Familie und Beruf konkret ermöglichen können,

(Beifall der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel und Dietmar Bachmann FDP/DVP)

indem wir Räume mietfrei überlassen und für diese Kinderbetreuungseinrichtungen Zuschüsse des Landes über das Sozialministerium vergeben können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema „Ältere Menschen“ ist bei der demografischen Entwicklung zu Recht immer wieder in den Fokus der Landespolitik gerückt. Das

erfolgte aber leider zu wenig unter dem Aspekt der Chancen, die wir durch die zunehmende Zahl von älteren Menschen haben, die, wie wir wissen, in aller Regel zum einen häufig mehr Zeit haben und zum anderen die Verantwortung in sich spüren, sich für die Gesellschaft zu engagieren. Trotzdem müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass es bei diesen Menschen natürlich auch Befürchtungen und Ängste für den Fall gibt, dass sie hilfebedürftig, pflegebedürftig werden. Dafür müssen wir gute Strukturen schaffen. Ich bin sehr froh, dass wir an dieser Stelle im Bereich des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes jetzt eine Landeslösung gefunden haben – die wir übrigens auch noch mit etwas Geld unterstützen –, um den Ausbau der bisherigen Informations- und Anlaufstellen zu den sogenannten Pflegestützpunkten bedarfsgerecht hinzubekommen.

Ganz wichtig war auch das Heimgesetz, liebe Kollegin Mielich. Das Heimgesetz ist kein Fördergesetz, sondern ein Verbraucherschutzgesetz, damit Menschen geschützt werden, wenn sie sich in Pflege begeben müssen.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Wenn Sie die Mehrgenerationenhäuser in dieses Gesetz aufnehmen würden, dann – das sage ich Ihnen voraus – gäbe es diese Häuser nicht. Wissen Sie, warum? Nach dem Gesetz muss ein Heim immer hohe Standards erfüllen. Die Erfüllung dieser Standards ist für jemanden, der in einem Mehrgenerationenhaus Wohnraum Menschen zur Verfügung stellt, die eine Wohnung und keinen Heimplatz suchen, finanziell überhaupt nicht mehr darstellbar. Deswegen ist es richtig, dass wir den Heimbegriff wirklich auf die Heime begrenzen und ansonsten flexible Lösungen ermöglichen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Beim Heimgesetz ist uns auch wichtig: Wir wollen den Schutz der Verbraucher. Wir wollen, dass Heime richtig kontrolliert werden. Deshalb geben wir übrigens auch Geld in das System, um dafür zu sorgen, dass das Personal, das auf kommunaler Ebene die Heimaufsicht ausübt, nicht nur aus Verwaltungskräften, die nicht wissen, worauf sie schauen müssen, wenn sie ein Pflegeheim begutachten, sondern auch aus qualifizierten Pflegefachkräften besteht. Ich glaube, das ist ein viel konkreterer und wichtigerer Ansatz als vieles andere,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das eine schließt das andere doch nicht aus!)

durch den man mit wenig Geld das eine oder andere wirklich verbessern kann.

Lassen Sie mich zum Abschluss zum Thema Gesundheitswesen kommen. Das würde jetzt leider viel Zeit in Anspruch nehmen. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, dass die Menschen hier in Baden-Württemberg durch die unsägliche Gesundheitsreform massiv belastet werden. Das konnte jeder wissen. Allzu viele hier drin haben das zu lange schöngeredet.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Ich glaube, da müssen wir die Klagen aller – der Versicherten, der Krankenkassen, aber auch der Ärzte, die in ihren Möglichkeiten, Patienten zu behandeln, derzeit wirklich massiv eingeschränkt werden – ernst nehmen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Kassenärztliche Vereinigung, lieber Uli Noll!)

Ich fordere gerade auch die Ministerin auf, die Selbstverwaltungsorgane – so, wie schon geschehen – massiv zu unterstützen, um an dieser Stelle die gröbsten Fehler auszubügeln.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie wollen doch den Vorsitzenden loswerden! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Da tanzt der Bär bei denen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Der steht immer aufseiten der Zahnärzte!)

Lassen Sie mich als Allerletztes zum Thema Rettungsdienst kommen. Manchmal wird einem etwas übel genommen. Ich habe vor einiger Zeit nachgefragt, in welchem Umfang die gesetzlichen Hilfsfristen in Baden-Württemberg eingehalten werden. Dabei kam heraus, dass die gesetzlichen Hilfsfristen von 15 Minuten in vielen Fällen seit Jahren nicht eingehalten werden. Da waren manche böse, dass so etwas angesprochen wurde. Wenn dies aber jetzt dazu geführt hat, dass wir zusätzlich dreimal 1 Million € z. B. zur Beschaffung von zusätzlichen Notarztwagen geben, dann werden, glaube ich, viele nicht mehr so böse sein.

Ähnlich sehe ich das übrigens bei der Initiative meines Kollegen Wetzel, bei der es um die Einsätze von Hubschraubern im Notfallrettungsdienst geht. Da wollen wir gemeinsam dranbleiben, um im schlimmsten Fall der Fälle – wenn jemand in Not gerät – auch hier in Baden-Württemberg sagen zu können: Wir tun das Bestmögliche.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich der Ministerin für Arbeit und Soziales, Frau Dr. Stolz.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Aufstellung des Sozialhaushalts ist ebenfalls von dem erfolgreichen Bemühen geprägt, einen Haushalt aufzustellen, der ohne neue Schulden auskommt. Wir haben unsere Einsparauflagen erfüllt, und ich bin allen dankbar, die dazu beigetragen haben.

Dankbar bin ich auch für die Bemerkung des Kollegen Noll, dass es in der Sozialpolitik natürlich auch auf das Geld ankommt, dass es aber gerade im sozialen Miteinander nicht nur darauf ankommt. Oft ist eine gute Organisation des sozialen Miteinanders effektiver, als es irgendwelche „Gießkannenausgaben“ sind.

Deswegen haben wir auch in diesem Haushalt inhaltliche Akzente und Schwerpunkte gesetzt. Wir sehen aber auch finanzielle Verbesserungen vor, um das soziale Miteinander zu fördern – was ja eine Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte ist. Da sollten wir uns von Landesseite auch nicht überheben wollen; da sind viele gefragt. Wir sind zuständig, in vielen Bereichen sind es aber auch die Kommunen. Wir werden die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen und begleiten und auch als Land unseren Beitrag leisten.

(Beifall des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Was Schwerpunkte und finanzielle Verbesserungen betrifft, will ich zunächst einmal auf den Ausbau der Kleinkindbetreuung eingehen. Das ist in der Tat ein zentrales Thema – sei es hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sei es hinsichtlich der Kinderarmut oder der Chancengleichheit. Es ist ein ganz wichtiges Thema.

Was die Landesförderung für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren betrifft, die im Jahr 2008 noch 17,8 Millionen € betrug, so konnten wir den Ansatz im Haushalt 2009 jetzt auf 60 Millionen € erhöhen. Das ist mehr als eine Verdreifachung. Zusammen mit den Bundesmitteln stehen den Trägern, den Kommunen 73 Millionen € zur Verfügung.

Diese Mittel werden im Jahr 2014 gemeinsam mit den Bundesmitteln auf 274 Millionen € angewachsen sein. Das heißt, wir können 50 000 zusätzliche Betreuungsplätze schaffen. Das ist keine vom Land festgelegte Quote, sondern beruht auf einem Ausbauplan, der gemeinsam mit den Kommunen vereinbart wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Wenn es hier heißt, wir würden beim Ausbau hinterherhinken, so gibt es dazu unterschiedliche Stellungnahmen. Der Gemeindetag sagt, er würde den Ausbau gar nicht so schnell schaffen. Wir haben sowohl die Quote als auch den Ausbauplan mit den kommunalen Landesverbänden vereinbart. Ende dieses Jahres werden wir bei einer Betreuungsquote von etwa 17,4 % angelangt sein und damit auch in finanzieller Hinsicht einen großen Schritt getan haben.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Verteilung des Geldes werden wir nach dem Grundsatz „Das Geld folgt den Kindern“ auf eine neue Grundlage stellen. Das werden wir in der nächsten Woche auch gesetzlich verankern. Mit dieser Neuregelung wird dem Wunsch- und Wahlrecht der Eltern, was Betreuungseinrichtungen betrifft, noch mehr Genüge getan. Auch der Einrichtung von betrieblichen und gemeindeübergreifenden Kinderbetreuungseinrichtungen wird damit ein leichterer Weg gebahnt. Mit einem kräftigen Batzen Landesunterstützung befinden wir uns dabei auf einem guten Weg.

Wir unterstützen die Kommunen bei vielen Themen. „Kinderland“ und die Schaffung familienfreundlicher Bedingungen sind Themen, die sich vor Ort in unseren Städten und Gemeinden abspielen. Auch hier stehen wir unseren Kommunen zur Seite, etwa mit unserer Initiative „Schritt für Schritt ins Kinderland“, um gute Beispiele für familienfreundliche Kommunen voranzubringen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: „Schritt für Schritt“ ist gut!)

Wir wollen die Eltern bei ihrer wichtigen Erziehungsaufgabe unterstützen. Wir wollen ihnen diese Aufgabe nicht abnehmen, sie aber nach Kräften unterstützen. Mit der Rahmenvereinbarung, die wir zum Programm STÄRKE unterzeichnet haben, ist das Land gegenüber den kommunalen Landesverbänden und einer Vielzahl von Familienbildungsveranstaltern auch die Verpflichtung eingegangen, von 2009 bis 2013 jährlich 4 Millionen € zur Stärkung elterlicher Erziehungskompetenz zur Verfügung zu stellen. Die Jugendämter und die Träger vor Ort arbeiten im Moment mit sehr viel Engagement an der Umsetzung des Programms. Wir machen mit einem Gutschein allen Eltern ein Angebot und sorgen dafür, dass sie gerade im ersten Lebensjahr des Kindes Unterstützung finden.

Darüber hinaus ist uns beim Programm STÄRKE auch die Unterstützung von Familien in besonderen Lebenssituationen ein ganz wichtiges Anliegen. Hier stellen wir 4 Millionen € zur Unterstützung der Kommunen zur Verfügung.

Das Thema Kinderschutz ist in der Tat wichtig. Auch hierbei wollen wir die Familien begleiten und unseren Beitrag leisten. Das ist ein gesellschaftliches Anliegen vieler Kräfte. Es ist aber auch kein neues Thema. Wir haben bereits 1995 die Konzeption der kreisbezogenen Hilfesysteme für misshandelte Kinder entwickelt und auf den Weg gebracht. Mit unserem Projekt „Guter Start ins Kinderleben“ bauen wir auf diesen vorhandenen und sehr guten Vor-Ort-Strukturen weiter auf. Wir wollen Kinder schützen, indem wir bereits die Eltern von Säuglingen und Kleinkindern – also in einer frühen Phase – stärken und ihnen helfen. Das beginnt mit einer Vielzahl von Maßnahmen. Wir werden als neue Maßnahme zu unserem Kinderschutzkonzept eine gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen einführen. Auch das wird Thema unseres Plenartags in der nächsten Woche sein.

Ich bin auch sehr froh, dass mir für die Ergänzung des Kinderschutzkonzepts zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Mit den Mitteln werden wir ein E-Learning-Modul zur Förderung der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften entwickeln. Es ist ein Bedürfnis, dass alle diejenigen, die in vielen Bereichen hinschauen müssen, auch ausreichend qualifiziert sind. Das entspricht einem Wunsch der Fachleute; die Mittel sind nicht etwa ein unnötiger Geldsegen. Auch hier sind wir dabei.

Außerdem werden wir durch ein neues Förderkonzept mit Landesmitteln dazu beitragen, dass im Rahmen eines flächendeckenden Betreuungsangebots durch Familienhebammen die Versorgungsnetze der frühen Hilfen bis zum Jahr 2014 ausgebaut werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Auch hier stehen wir an der Seite der Kommunen. Ich darf mich bei den Kreisen bedanken, die schon an dem Thema Familienhebammen arbeiten. Wir wollen dieses Konzept aber auch in der Fläche verwirklicht sehen und dazu als Land einen unterstützenden Beitrag leisten.

Auch das Thema Jugend ist für uns in diesem Haushalt wichtig. Gerade in schwierigen Zeiten, auch was den Arbeitsmarkt betrifft, wollen wir unseren Beitrag leisten. Die im Juli 2007 von Ministerpräsident Günther Oettinger mit den Landesverbänden der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung abgeschlossene Vereinbarung über ein „Bündnis für die Jugend“ leistet hier einen wichtigen Beitrag zur Sozialisierung und Bildung von Kindern und Jugendlichen.

Wir wollen uns auch auf das Thema Integration konzentrieren. Im Rahmen der Integrationsoffensive werden wir hier Projekte zur Verbesserung der Situation benachteiligter Kinder und Jugendlicher unterstützen und auch die mobile Ju-

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

gendarbeit fördern, die wichtig ist, um Jugendliche zu erreichen, die durch andere Netze nicht erreicht werden. Hier können wir die Zahl der geförderten Sozialarbeiterstellen in Einrichtungen der mobilen Jugendarbeit landesweit von 120 auf 180 erhöhen. Wir haben hierfür Mittel in Höhe von 1,5 Millionen € in den Haushalt eingestellt.

Die Chancengleichheit ist ebenfalls ein wichtiges Thema unseres Ressorts. Beim Thema Chancengleichheit spielt natürlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer wieder eine Rolle. Diese Vereinbarkeit hat viele Facetten, und das ist nicht nur die Facette der Kinderbetreuung. So haben wir im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes ein Kompetenzzentrum „Beruf und Familie“ eingerichtet. Dessen Aufgabe ist es, allen Arbeitgebern Information, Beratung und Unterstützung für praxisnahe Lösungen zu geben und Initiativen zu vernetzen. Denn „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ ist eben auch ein Thema der Arbeitswelt und nicht nur ein alleiniges Thema der Landespolitik. Da brauchen wir die Wirtschaft und die Arbeitswelt. Auch hier wollen wir einen unterstützenden Beitrag leisten.

Dabei geht es nicht nur um die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf, sondern zunehmend auch um die Vereinbarkeit der Berufstätigkeit mit Aufgaben der Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen. Ich denke, da müssen wir in den nächsten Jahren an verschiedenen Stellen wirklich zu Lösungen und zu Verbesserungen kommen. Denn zwar haben nicht alle Beschäftigten Kinder, aber sie haben eben doch auch Eltern. Aber ohne die Arbeitswelt geht das nicht.

Der Schutz von Opfern häuslicher Gewalt ist schon angesprochen worden. Ich bin sehr dankbar für die Initiative, durch die ein Fonds für die Opfer von Menschenhandel eingerichtet werden konnte. Mit diesem Fonds können wir rasche Hilfe leisten, die die betreffenden Frauen dringend brauchen.

Das bürgerschaftliche Engagement ist ebenfalls schon angesprochen worden. Es ist ein Herzstück unseres Landes und auch des sozialen Miteinanders. In keinem anderen Land gibt es mehr bürgerschaftlich und ehrenamtlich engagierte Menschen als in Baden-Württemberg.

Teil dieses bürgerschaftlichen Engagements sind auch die Freiwilligendienste, z. B. das freiwillige soziale Jahr und der Freiwilligendienst aller Generationen. Mit diesem Freiwilligendienst aller Generationen sollen z. B. arbeitslose Menschen oder Migrantinnen und Migranten, aber auch noch mehr ältere Menschen für ein freiwilliges Engagement gewonnen werden. Deshalb werden wir das Programm des Bundes auch mit Landesmitteln in Höhe von 300 000 € jährlich begleiten.

Wir können – auch dank der Initiative der Regierungsfraktionen – auch mehr Stellen beim freiwilligen sozialen Jahr fördern.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wir können jetzt 5 350 FSJ-Stellen im Land unterstützen. Das ist im Ländervergleich – auch wenn Sie das nicht gern hören – spitze.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nach dem Motto „Plätze statt Sätze“!)

Ich sehe das aber auch als Dank an die Träger, die solche Plätze zur Verfügung stellen, denn die brauchen wir auch.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Genau! – Abg. Werner Raab CDU: So ist es! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich könnte mir aber vorstellen, die Träger waren anderer Meinung, Frau Ministerin! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nicht die Sätze erhöhen, wie ihr es wolltet, sondern die Zahl der Plätze!)

Ich will noch ein Thema ansprechen, nämlich die Gefährdetenhilfe, bei der wir auch einen zusätzlichen Beitrag leisten. Im Jahr 2007 wurden erstmals bestehende Angebote und Versorgungsstrukturen von kommunaler Seite erhoben und auch in einer Angebotslandkarte dargestellt. Bei der Versorgung wohnungsloser Frauen wurde ein ergänzender Bedarf deutlich. Wir haben sofort reagiert und ein einmaliges Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von 1 Million € auf den Weg gebracht, mit dem auch diese Hilfen ausgebaut werden können.

Es ist mir ein Anliegen, auch auf das Thema Behindertenhilfe einzugehen.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

In Baden-Württemberg leben über 750 000 schwerbehinderte Menschen. Eine tragende Säule der Sozialpolitik der Landesregierung ist es, Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da müssen wir aber noch Gas geben!)

Dabei ist der Beauftragte der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen, Herr Staatssekretär Hillebrand, diesen und ihren Angehörigen und allen Selbsthilfeverbänden in allen Fragen ein Ansprechpartner und Fürsprecher. Ich darf ihm an dieser Stelle für seine Arbeit danken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Mit den von ihm im Jahr 2008 gemeinsam mit den Verbänden und Organisationen durchgeführten Tagen der Menschen mit Behinderungen wurde das Thema „Selbstbestimmte Teilhabe“ in über 300 Veranstaltungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da würden wir gern auch einmal ein paar barrierefreie Wohnungen sehen und nicht nur Sprüche hören!)

Dabei gibt es noch zu viele Barrieren,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, eben! Wo sind denn die barrierefreien Wohnungen? – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wo war denn Herr Schmiedel?)

nicht nur an Bordsteinen und nicht nur an Bahnsteigen, sondern auch in den Köpfen, Herr Kollege Schmiedel. Barrierefreiheit ist daher die Zielvorgabe für alle Lebensbereiche. Im Einzelfall geht es da auch um ganz konkrete Teilhabe, z. B.

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

um die Übernahme von Kosten für Gebärdensprachdolmetscher für gehörlose Eltern im Kontakt mit der Schule, um Möglichkeiten der Befreiung von Hochschulgebühren für behinderte Studierende und um die Förderung der Barrierefreiheit im Wohnungsbau.

Ein wichtiger Meilenstein ist hierbei, dass es auch aufgrund des persönlichen Einsatzes des Behindertenbeauftragten gelungen ist, in allen 44 Stadt- und Landkreisen Behindertenbeauftragte und besondere Ansprechpartner einzusetzen. Auch im Landesforum „Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg“ sitzen die verschiedenen Reha-Träger, die kommunale Seite, die Leistungserbringer gemeinsam mit den betroffenen Menschen an einem Tisch. Ich denke, das ist auch in Zukunft der Schlüssel für gelebte Integration.

Das Thema Pflege ist natürlich auch eine Herausforderung für die Zukunft – mit verschiedenen Facetten. Hierbei spielt die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung eine große Rolle. Es ist uns mit einer Bundesratsinitiative gelungen, das bürgerschaftliche Engagement in der Pflege nachhaltig zu stärken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wichtig ist auch, dass die Pflege gestärkt wird! Das ist enorm wichtig!)

Hier werden bundesweit insgesamt 30 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt. Das sind für Baden-Württemberg fast 4 Millionen € zusätzlich. Mit einem Landesbeitrag von 125 000 € wollen wir 2009 gemeinsam mit den Pflegekassen und den Kommunen 100 Pflegebegleiterinitativen und Seniorennetzwerke mit jeweils 5 000 € fördern und einen Anschub für den weiteren Ausbau dieses ehrenamtlichen Engagements geben.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wir haben in der Tat mit der Pflegeheimförderung unser Netz der stationären Angebote intensiv ausgebaut, und zwar, liebe Frau Kollegin Mielich, wirklich dezentral und wohnortnah. Damit fangen wir nicht erst jetzt an. Das sind schon seit Langem die Förderkriterien, sodass wir kaum noch weiße Flecken haben, und die noch bestehenden weißen Flecken werden wir im Laufe dieses Jahres abarbeiten.

Das Förderkriterium, dass diese neuen Angebote demenzspezifisch auszugestalten sind, ist für uns eigentlich eine Selbstverständlichkeit und – ich sage es jetzt einmal so – gelebte Realität unserer Förderung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Arbeitsmarktpolitik ist sicherlich ein Thema, dessen Entwicklung in diesem Jahr schwer vorauszusehen ist. Wir haben ein sehr erfolgreiches Jahr 2008 hinter uns gebracht. Natürlich ist die Arbeitsmarktpolitik im Kern Aufgabe des Bundes; wir werden aber wie bisher flankierende Maßnahmen durchführen und die Bundespolitik unterstützen.

Dabei geht es uns vor allem darum, Maßnahmen für die Jugend begleitend zu unterstützen. Das berufspraktische Jahr, ein erfolgreiches Kooperationsmodell mit der Wirtschaft, wird weitergeführt werden, und wir werden hierfür auch 3,4 Millionen € aus dem ESF zur Verfügung stellen können, weil wir hier ein Projekt haben, das mit einer Eingliederungsquote von 86 % wirklich für die Jugendlichen, die Hilfe brauchen, zur Verfügung steht.

Die Gesundheitspolitik ist ebenfalls ein Thema.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da machen wir eine Aktuelle Debatte!)

Die Ärztehonorierung ist kein Thema des Landeshaushalts. Insofern können wir dieses Thema heute auch etwas beiseite legen. Nur eines dazu: Wir können in diesem Jahr das Landeskrebsregister starten und eine entsprechende Pilotphase beginnen. Wir gehen davon aus, dass dieses Krebsregister im Jahr 2011 abgeschlossen ist. Mit der Verknüpfung von klinischem und epidemiologischem Krebsregister haben wir eine Krebsregistrierung, die einmalig in Deutschland ist. Ich bin sehr froh, dass wir dies nach zähen Verhandlungen in diesem Jahr auf den Weg bringen können.

Der Rettungsdienst ist erwähnt worden. Der Rettungsdienst erfordert nachhaltige Anstrengungen. Gefordert sind hier nicht nur die Kassen als Kostenträger im Rettungsdienst, sondern gefordert ist auch das Land im Rahmen seiner Verantwortung für die Ausstattung des Rettungsdienstes mit ausreichenden Fördermitteln zum Bau von Rettungswachen, aber auch zur Förderung der Spezialorganisation der Berg- und Wasserrettung.

Wir stellen im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms Rettungsdienst in den Jahren 2009 bis 2011 zusätzliche Fördermittel in Höhe von 3 Millionen € bereit.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Mit diesem Sonderförderprogramm kann insbesondere in Rettungsdienstbereichen im ländlichen Raum mit weiten Fahrstrecken die erforderliche infrastrukturelle Nachverdichtung des Netzes der Rettungswachen in Angriff genommen werden. Wer die Hilfsfristdiskussion in den zurückliegenden Monaten verfolgt hat, weiß, welche zentrale Bedeutung dieser Maßnahme zur Stärkung der Versorgungssicherheit des Rettungsdienstes als Bestandteil der Daseinsvorsorge auch im ländlichen Raum zukommt.

An dieser Stelle darf ich allen danken, die hier dazu beigetragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden auch bei der Suchtprävention, bei der wir mit unseren Suchthilfenetzwerken vor Ort eine vorbildliche Struktur aufgebaut haben, weiter voranschreiten. Wir werden diese guten Strukturen weiter stärken können, da uns aus dem Glücksspielstaatsvertrag im Jahr 2009 1,2 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, um die Suchthilfenetzwerke weiter zu stärken, sodass wir, was das Glücksspiel betrifft, keine Doppelstrukturen aufbauen müssen, sondern das Thema Sucht intensiv und mit erhöhter Qualifikation bearbeiten können.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie konnten an den genannten Beispielen sicher erkennen,

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

dass das Ziel der Landesregierung eine verlässliche Familien-, Gesundheits-, Arbeits- und Sozialpolitik ist, mit der wir die Verantwortung für unsere Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sehen wir aber ganz anders! Schöne Worte und nichts dahinter!)

Wir greifen vorhandene Missstände und neu entstehende Problemlagen auf und begegnen ihnen mit zielgerichteten, wirksamen und strukturellen Maßnahmen und auch mit einem klaren Blick für die finanzielle Machbarkeit und die geteilten Verantwortlichkeiten. In diesem Sinne, denke ich, bildet der Entwurf, den wir Ihnen vorlegen, eine gute Grundlage für die weitere Arbeit.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb nun zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 09 – Ministerium für Arbeit und Soziales.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3609. Wir kommen zunächst zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung.

Ich rufe auf

Kapitel 0901

Ministerium

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0902

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0903

Arbeitsförderung und Berufsbildung

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0904

Gesetzliche Unfallversicherung im Landesbereich

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das Kapitel ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0905

Hilfen für behinderte Menschen

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0913

Versorgungsämter und Gesundheitsämter

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0917

Wohlfahrtspflege und Bürgerschaftliches Engagement

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3909-2, vor. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0917 abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0918

Jugendhilfe

Hier lasse ich zunächst über den hierzu vorgelegten Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3909-3, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 0918 – Jugendhilfe – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0919

Familienhilfe

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3909-8. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3909-4, auf. Wer diesem Änderungsantrag zu-

stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Mehrheitlich ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3909-5, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Mehrheitlich ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 0919 – Familienhilfe – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich ist diesem Kapitel zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0920

Altenhilfe

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich ist dieses Kapitel angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0921

Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern

Wer dem Kapitel zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich ist diesem Kapitel zugestimmt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nicht gegendert!)

Ich rufe jetzt

Kapitel 0922

Gesundheitspflege

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3909-6, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3909-7, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Mehrheitlich ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3909-1, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Mehrheitlich ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Enthaltung!)

– Entschuldigung. Bei einigen Enthaltungen ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Heiterkeit)

Ich lasse jetzt über das Kapitel 0922 abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich ist das Kapitel angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0930

Zentren für Psychiatrie

Wer diesem Kapitel zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Mehrheitlich ist das Kapitel angenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch über den Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3609, abzustimmen. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Abschnitt II ist einstimmig angenommen.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 09.

Meine Damen und Herren, ich rufe von **Tagesordnungspunkt 1** die **Buchstaben c bis e** auf:

c) Einzelplan 06: Finanzministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3606

Berichterstatter: Abg. Hans Georg Junginger

d) Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3612

Berichterstatter: Abg. Manfred Groh

Berichterstatter für den Bereich Kommunaler Finanzausgleich: Abg. Dr. Stefan Scheffold

e) Staatshaushaltsgesetz 2009 – Drucksache 14/3600

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3616

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

Das Präsidium hat für die Beratung von Punkt 1 Buchst. c bis e eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Die Berichterstatter wünschen das Wort nicht.

Dann erteile ich in der Allgemeinen Aussprache Herrn Abg. Herrmann das Wort.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach zwei Wochen Beratungen im Finanzausschuss und einer Woche Beratungen hier im Plenum gilt es nun, Bilanz der Haushaltsberatungen 2009 zu ziehen. Wir haben viele Anträge der Opposition beraten. Manche Mehrausgabenwünsche der Opposition sind durchaus diskutabel und durchaus auch gerechtfertigt, aber wir konnten deshalb nicht zustimmen, weil die Gegenfinanzierung nicht unseren Vorstellungen entspricht

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

(Klaus Herrmann)

bzw. unseriös ist. Ich werde das noch an einigen Beispielen darlegen.

Ich habe hier in den letzten Tagen auch viele Forderungen gehört, wo überall mehr Geld ausgegeben werden soll. Änderungsanträge, die Mehrausgaben in Höhe von 600 Millionen € begehrten, kamen von der SPD, Anträge für Mehrausgaben in Höhe von 800 Millionen € kamen von den Grünen. Ich habe aber nie etwas darüber gehört, wo eingespart werden kann,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Na, na, na!)

um künftige Generationen nicht zusätzlich zu belasten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es wurde viel geredet von Hans, von Heinz – nicht von Hans Heinz –, von Moni, aber es hat niemand über die einjährige Sofie oder über den kleinen Benjamin gesprochen, die in Jahrzehnten einmal all das zurückzahlen müssen, was Sie heute zusätzlich ausgeben wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Die Deckungsvorschläge der SPD sind teilweise unseriös oder praktisch nicht umsetzbar. Ich will dazu ein paar Beispiele nennen: Sie wollen 318 Millionen € aus der Rücklage für Steuermindereinnahmen und sonstige Haushaltsrisiken entnehmen. Mit dieser einmaligen Entnahme aus der Rücklage werden aber Daueraufgaben finanziert. Sie haben im Finanzausschuss erklärt, die Haushalte 2010 ff. müssten eben so strukturiert sein, dass das finanziert werden kann. Das ist eine auf ein Jahr bezogene Finanzierung, und wie es danach aussieht, haben Sie nicht gesagt.

Zweites Beispiel: Sie fordern zusätzlich 100 Planstellen und 100 Anwärterstellen bei der Betriebsprüfung in der Finanzverwaltung.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sehr guter Vorschlag!)

Kosten: 4 Millionen €. Gleichzeitig schreiben Sie aber schon als Gegenfinanzierung in den Antrag hinein, dass diese Mitarbeiter, die noch gar nicht eingestellt sind, 10 Millionen € Mehreinnahmen erbringen. Das ist finanzpolitisch unseriös.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es! – Zuruf von der SPD: Nein!)

Oder die Schuldendiensthilfe Flughafen Stuttgart: Fast 6 Millionen € weniger Ausgaben des Landes wären es, wenn man darauf verzichten würde. Wir sind aber nach einem Vertrag aus dem Jahr 2003 verpflichtet, bis 2015 jährlich 6 Millionen € zu bezahlen. Hier können wir gar nicht aussteigen. Sie bringen das trotzdem als Deckungsvorschlag.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Unglaublich!)

Oder das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung: Sie schreiben, dass die Effizienzrendite in Höhe von 4 Millionen € erbracht werden müsse. Das ist richtig. Deshalb haben wir das bereits im letzten Jahr in den Haushalt eingestellt. Der Zuführungsbetrag wurde damals um diese 4 Millionen € gekürzt, und jetzt wollen Sie noch einmal kürzen. Dieser Antrag grenzt an das faktisch Unmögliche und ist deshalb unseriös.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Oder der Verkauf der Darlehensforderungen an die Landeskreditbank: Einnahmen in Höhe von 100 Millionen €, die uns in Zukunft zustehen, wollen Sie schon heute ausgeben.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Das entspricht nicht der Generationengerechtigkeit. Die Einnahmen fehlen dann später, und Sofie und Benjamin hätten nur noch Schulden zu verwalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: 40 Milliarden €!)

Der Gipfel aller Anträge ist, dass Sie wollen, dass Lehramtsanwärter mit einer Einstellungszusage für das kommende Schuljahr bereits zum Ende des alten Schuljahres eingestellt werden. In der Sache könnte man darüber reden. Aber das kostet halt 28 Millionen €. Weil Sie dafür keine Deckung gefunden haben, haben Sie einen Entschließungsantrag gestellt, damit nicht auffällt, dass Ihr Antrag finanzpolitisch unseriös ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb kann man zusammenfassend sagen: Sie wollen alle möglichen Interessengruppen befriedigen. Die Schmiedel-SPD würde sogar noch die Luft über dem Landtag verkaufen und das als Einnahmedeckungsvorschlag einbringen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So schlechte Luft verkaufen wir nicht! Das wäre ja Betrug! – Unruhe)

Da Ihre Deckungsvorschläge weitgehend unseriös und teilweise sogar vertragswidrig sind, können wir nicht nur denen, sondern auch den Mehrausgaben, die Sie beantragt haben, nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nun zu den Grünen: Die Grünen haben auch Mehrausgaben von 800 Millionen € beantragt. Ich möchte hierzu allerdings ausdrücklich sagen: Die Deckungsvorschläge der Grünen sind zwar finanztechnisch seriös, aber politisch völlig falsch. Beispiel: Verzicht auf Stuttgart 21.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn man darauf verzichtete, hätte man unstrittig weniger Ausgaben. Wir wollen aber Stuttgart 21, weil wir das für das Land Baden-Württemberg als notwendig und richtig erachten. Deshalb heißt es auch Baden-Württemberg 21 und nicht, wie Sie immer sagen, Stuttgart 21.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Alles Propaganda! – Weitere Zurufe)

Aus diesem Grund kann dieser Deckungsvorschlag von uns politisch nicht mitgetragen werden.

(Klaus Herrmann)

Allerdings hat Herr Wölfle bei der Beratung des Innenetats im Finanzausschuss gesagt, dass es ihm trotz intensiven Suchens nicht gelungen sei, etwas zu finden, was die Landesregierung irgendwo im Haushalt versteckt hätte. Nun sind wir immer davon ausgegangen, dass die Landesregierung bei der Aufstellung des Haushaltsplans Wahrheit und Klarheit zum Maßstab macht und nichts versteckt. Wenn das sogar von der Opposition anerkannt wird, ist das ein besonderes Lob für die gute Aufstellung des Haushaltsplans.

Sie haben noch einen weiteren Punkt in Ihrem Deckungskonzept, nämlich den Verzicht auf die Schuldentilgung in Höhe von 350 Millionen €. Wir wollen auch auf diese Schuldentilgung verzichten, nehmen das Geld aber zur Gegenfinanzierung des Landesinfrastrukturprogramms, das wir in der nächsten Woche im Finanzausschuss und dann hier im Landtag beraten.

(Zuruf von der SPD)

Wir können auf diese Schuldentilgung nicht zweimal verzichten. Wir halten es für richtig, mit diesen Mitteln die Konjunktur anzukurbeln und nicht Ihr Sammelsurium von Anträgen gegenzufinanzieren.

Der Sonderfonds Bildungspakt, den die Grünen wollen, ist in Wirklichkeit ein Nebenhaushalt mit Schattenschulden. Sie wollen jetzt mehr Schulden machen und das durch diesen Bildungspakt verschleiern. Auch das können wir so nicht mittragen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Nein! Gar nicht! Wir verschleiern gar nichts!)

Ein Antrag der Grünen hat mich schon sehr nachdenklich gestimmt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nur der eine!)

Sie wollen bei den Pensionären des höheren Dienstes, des gehobenen Dienstes und des mittleren Dienstes die Beihilfesätze von 70 auf 50 % senken. Damit wollen Sie den Personen, die heute schon Versorgungsempfänger sind, die Beihilfe kürzen. Das ist in hohem Maße unsozial und kann von uns nicht mitgetragen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr wahr! – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das ist rechtlich gar nicht zulässig!)

Nun zu den Schwerpunkten der CDU: Praxis ist es, dass die CDU-Landtagsfraktion mit der Landesregierung in engem Schulterschluss den Haushaltsentwurf berät und in vielen Bereichen abstimmt. Deshalb sind unsere politischen Schwerpunkte im Haushaltsentwurf enthalten.

Zu diesen Schwerpunkten gehört zum einen der Bildungsbereich. Wir starten im Jahr 2009 eine Qualitätsoffensive Bildung im Umfang von insgesamt 530 Millionen €. Diese Qualitätsoffensive läuft über einen längeren Zeitraum. Wir schaffen 1 500 neue Lehrerstellen. Die Privatschulen bekommen wegen steigender Schülerzahlen 37 Millionen € mehr. Für das Programm „Hochschule 2012“ werden in diesem Haushalt 65 Millionen € mehr veranschlagt. Ferner haben wir durch Änderungsanträge im Finanzausschuss zusammen mit der FDP/DVP und den anderen Fraktionen, die hier zugestimmt haben, die Beförderungsmöglichkeiten für Technische Lehrer verbessert.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Alles in allem ist die Bildungspolitik ein Schwerpunkt der Landespolitik. Das schlägt sich auch im Haushalt 2009 nieder.

Der zweite Schwerpunktbereich ist die innere Sicherheit. Wir haben bei der Polizei einen Einstellungskorridor von 800 Stellen geschaffen. Wir haben in diesem Haushalt Beförderungsmöglichkeiten für 350 Personen im Polizeivollzugsdienst. Wir haben durch einen Hebungsantrag erreicht, dass künftig sowohl alle Leiter der Polizeidirektionen als auch der Finanzämter so besoldet werden können, wie ihr Amt bewertet ist. Außerdem haben wir im Bereich der Polizei 43 Millionen € Mehrausgaben zur Modernisierung der Informationstechnik veranschlagt. Sie sehen also, dass auch die innere Sicherheit ein Schwerpunkt unserer Landespolitik ist.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Ein dritter Schwerpunkt sind die Bereiche Verkehr und Infrastruktur. Im Bereich Landesstraßenbau sind insgesamt 146 Millionen € veranschlagt. Hinzu kommen 70 Millionen € aus dem Konjunkturprogramm, das in der nächsten Woche beraten wird. Auch in diesem Bereich werden wir im Jahr 2009 eine deutliche Verbesserung erreichen. Wünschenswert wäre hier durchaus noch mehr, aber es ist eben nicht alles Wünschenswerte finanzierbar.

Zum Bereich „Kinderland Baden-Württemberg“: Die Kleinkindbetreuung schlägt in diesem Haushalt mit 60 Millionen € Zuschüssen an die Kommunen und freien Träger zu Buche. Der Zuschussbetrag wird bis 2014 jährlich um 23 Millionen € ansteigen. Das sind richtige, sinnvolle und finanzierbare Ausgaben, die wir – wir haben vorhin darüber diskutiert – als richtig und als einen Schwerpunkt unserer Landespolitik ansehen.

Auch Klimaschutzmaßnahmen bei landeseigenen Gebäuden im Umfang von über 12 Millionen €, die zusätzlich zur energetischen Optimierung der Gebäude beitragen, sind in diesem Haushalt eingebracht.

Das sind alles Schwerpunkte unserer Landespolitik.

Der für uns wesentliche Punkt ist aber, dass wir nun zum zweiten Mal seit über 35 Jahren keine neuen Schulden aufnehmen und dass wir mit den Einnahmen auskommen, die die Steuerzahler dem Land über ihre Steuern zur Verfügung stellen. Dass die Generationen von Sofie und Benjamin auch in etlichen Jahren noch eine Zukunft und finanzpolitische Spielräume haben, ist uns wichtiger, als heute alle Wünsche zu erfüllen.

(Beifall der Abg. Dr. Stefan Scheffold und Katrin Schütz CDU)

Wir haben im Finanzausschuss noch einige weitere Umschichtungen vorgenommen. Wir haben für die Fahrzeugbeschaffung im Katastrophenschutz, für die Spezialeinsatztechnik der Polizei und für die Telekommunikation in den Überwachungs-

(Klaus Herrmann)

labors beim Landeskriminalamt zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Das Naturschutzzentrum Wollmatinger Ried wird bezuschusst, die Naturparke im Verdichtungsraum werden gefördert, und die Verbraucheraufklärung wird zusätzlich unterstützt. Der Hochwasserschutz im Projekt „Unser Neckar“ wird mit zusätzlich 2 Millionen € bedacht. Wir fördern durch zusätzliche Zuschüsse Kommunaltheater, freie Theater sowie Kinder- und Jugendchöre, um dort die durch die gestiegenen Personalkosten entstandenen Mehrausgaben abzudecken.

In diesem Haushalt wirken sich jetzt auch in der Vergangenheit beschlossene strukturelle Einsparungen aus. Die Verwaltungsreform schlägt hier mit 120 Millionen € jährliche Einsparung deutlich zu Buche, und zwar nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in künftigen Jahren. Sie waren dagegen. Wäre es nach Ihnen gegangen, hätten wir diese strukturelle Einsparung nicht erzielt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Stimmt doch gar nicht! Viel mehr nach unserem Konzept!)

Wir setzen auch in diesem Haushaltsjahr Personaleinsparungen im Bereich der Landesverwaltung fort. Das ist in vielen Ministerien schwierig, aber machbar. Auch das ist ein richtiger Weg, wie wir die Haushalte dauerhaft entlasten können und strukturelle Einsparungen erreichen.

Durchaus überrascht hat mich allerdings, dass das Justizministerium zunächst überzeugend dargelegt hat, dass die Personaleinsparungen nicht zu erbringen seien, dann aber plötzlich über 40 Stellen gefunden hat, die doch eingespart werden können. Das hätte man auch im Rahmen der üblichen Personaleinsparungen machen können.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Harte Attacke gegen die FDP/DVP!)

Aber insgesamt erreichen wir im Haushaltsjahr 2009 im Großen und Ganzen eine deutliche strukturelle Entlastung des Haushalts durch Personaleinsparungen.

Zur mittelfristigen Finanzplanung, die bei diesem Punkt ebenfalls auf der Tagesordnung steht: Wir gehen bei den Steuereinnahmen von Mehreinnahmen von jeweils 3 % in den Jahren 2010, 2011 und 2012 aus. Das wird sicherlich im Lauf dieses Jahres korrigiert werden müssen. Ebenso werden die Sachkosten mit den Werten des Jahres 2008 ohne inflationsbedingte Steigerung fortgeschrieben. Weiter sind die Personalausgaben in der mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2010 mit 2 % linearer Steigerung und 0,5 % struktureller Steigerung und in den Jahren 2011 und 2012 mit je 1,5 % linearer Steigerung veranschlagt. Ob das in Wirklichkeit so eintrifft, ist eher fraglich. Es ist auf jeden Fall klar, dass die Forderung, die heute zu dieser Stunde von ver.di auf dem Schlossplatz erhoben wird – 8 % mehr –, jenseits von jeglicher Realität ist und auch nicht realisiert werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Hierzu muss man auch sagen: Der öffentliche Dienst hat mit Sicherheit auch bei der Besoldung einen Nachholbedarf. Wir müssen hier auch sehen, dass man in den letzten Jahren dem öffentlichen Dienst vieles zugemutet hat. Aber 8 % in der jetzigen Zeit zu fordern, wenn andere entlassen werden oder um ihren Arbeitsplatz fürchten, was niemand im öffentlichen Dienst tun muss, ist nicht arbeitnehmerfreundlich

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Völlig unverständlich!)

und widerspricht jeglicher Realität.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

In der mittelfristigen Finanzplanung ist neben den von mir genannten Risiken im nächsten Jahr eine Deckungslücke von 1,2 Milliarden €, im Jahr 2011 von 1,8 Milliarden € und im Jahr 2012 von 1,6 Milliarden € enthalten. Wir wollen erreichen, dass wir diese Deckungslücken in den nächsten drei Jahren schließen. Das wird schwer werden. Aber wir wollen an dem Ziel festhalten, die Haushalte der nächsten Jahre ohne Aufnahme neuer Schulden zu fahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr richtig!)

Ein Punkt, der uns besonders drückt, ist der Länderfinanzausgleich. Wir bezahlen in diesem Jahr 2,65 Milliarden € an andere Bundesländer. Der Länderfinanzausgleich ist bis zum Jahr 2020 festgeschrieben. So lange ist nichts änderbar.

Gestern hat die Föderalismuskommission II eine Einigung über den Weg erzielt, wie finanzschwachen Ländern geholfen werden kann, sich zu sanieren. Ich sage aber auch dazu, dass in den Haushalten dieser Länder strukturelle Veränderungen vorgenommen werden müssen, damit diese Sanierung auf Dauer wirken kann. Dafür gibt es aus Baden-Württemberg über einen Zeitraum von neun Jahren jährlich 50 bis 60 Millionen €. Es gibt also zusätzlich zum Länderfinanzausgleich noch weiteres Geld. Wenn aber bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts erreicht wird, dass die Länderhaushalte auch in strukturschwachen Bundesländern ohne Aufnahme neuer Schulden gefahren werden können, dann ist es auch möglich, dass unsere Ausgaben in den Länderfinanzausgleich sinken. Das würde dann auch Baden-Württemberg helfen, den Bürgerinnen und Bürgern hier und insgesamt in unserem Land, um in der Bundesrepublik Deutschland zu einer größeren Generationengerechtigkeit beizutragen.

Eine weitere Bemerkung: Wir werden in der nächsten Woche noch einige Änderungsanträge beraten, die den NATO-Gipfel betreffen, die das Schloss Salem betreffen und die insbesondere das Konjunkturprogramm betreffen. Unser Landeskonjunkturprogramm, das das Bundesprogramm ergänzt, ist seriös gegenfinanziert. Diese 350 Millionen € nehmen wir, indem wir auf die Schuldentilgungen, die im letzten Jahr vorgesehen waren, verzichten. Die Grünen würden das Geld bereits heute ausgeben. Wir werden auch im KIF Mittel vorziehen, aber nicht so viel, wie ursprünglich erwartet, sondern nur so viel, wie mit den Komplementärmitteln der Kommunen verarbeitet werden können.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Genau!)

Herr Schmiedel, wenn Sie sagen, man müsse alles so rasch wie möglich ausgeben, dann muss ich Ihnen sagen, dass dies auch noch durch die Gemeinderäte gehen muss.

(Klaus Herrmann)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Man muss erst einmal die Dächer decken, damit es nicht länger hereinregnet!)

Das kann nicht alles pauschal laufen, ohne dass ein Verwendungsnachweis erfolgt. Deshalb machen wir dies nicht über Schlüsselzuweisungen, wie Sie es vorgestern vorgeschlagen haben, sondern wir machen das überlegt durch eine zusätzliche Pauschalförderung. Aber alles Weitere werden wir dann in der nächsten Woche am Montag im Finanzausschuss und am Mittwoch hier im Plenum beraten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Fragen Sie einmal die Bürgermeister! Reden Sie einmal mit den Bürgermeistern!)

Ich bin zuversichtlich, dass Ihre Vorschläge von vorgestern, Herr Schmiedel, vielleicht schon in der nächsten Woche auch in Ihrer Fraktion der Vergangenheit angehören.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Verzögerungstaktik! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, bei aller sachlichen und politischen Auseinandersetzung, die ich in einer Demokratie für wichtig, notwendig und richtig halte, möchte ich mich aber bei allen Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss für die sachbezogene, faire, aber in der Sache trotzdem klare und harte Auseinandersetzung dort bedanken. Alles in allem haben wir im Finanzausschuss einen kollegialen, fairen und sachbezogenen Umgangsstil. Allen Kolleginnen und Kollegen, an der Spitze dem Vorsitzenden des Finanzausschusses, dem Herrn Kollegen Rust, möchte ich dafür Dank sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Zuruf von der SPD: Guter Mann!)

Mit diesem Haushalt haben wir das Notwendige verwirklicht, dies auch seriös finanziert, aber nicht alles Wünschenswerte erfüllt, meine Damen und Herren. Wir haben den Stopp der Neuverschuldung fortgesetzt. Wir geben damit den jungen Menschen in unserem Land auch künftig Zukunftschancen. Mit diesem Haushalt gehen wir auf einer soliden finanziellen Basis in eine konjunkturell schwieriger werdende Zeit. Unsere Fraktion stimmt diesem Haushalt einmütig zu.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die beste Haushaltsrede der vergangenen drei Tage! Die hatte Hand und Fuß!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid das Wort.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratungen des Haushalts 2009 sind geprägt von der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Die Unsicherheit, die Wirtschaft und Gesellschaft erfasst hat, wirkt sich auch auf den Haushalt aus. Selten war eine mittelfristige Finanzplanung so wackelig wie diese.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Zeiten wie diesen ist ein handlungsfähiger Staat notwendiger denn je. Nach Jahrzehnten der Deregulierung und der Mäßigungsappelle an den Staat merken wir jetzt: Wir brauchen einen schlanken, schlagkräftigen Staat und keinen fetten Staat, der wie ein Krake in alle Lebensbereiche eindringt

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Hagen Kluck FDP/DVP)

oder der gar in Allmachtsfantasien ausbricht, wenn es darum geht, einzelne Unternehmen zu retten. Wir brauchen einen Staat, der für sich reklamiert, dort zu helfen, wo Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Bildungsinvestitionen sowie Beschäftigung und Wachstum gesichert werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ein solcher Staat, meine sehr verehrten Damen und Herren, setzt aber voraus, dass die finanzielle Basis stimmt und dass die Steuerbasis nicht weiter erodiert. Die Finanzierung öffentlicher Aufgaben durch Steuern und Abgaben – ein jeder trage dazu nach seiner Leistungsfähigkeit bei – ist der Kern des handlungsfähigen Staates. Deshalb fordert die SPD-Landtagsfraktion seit Jahren eine Stärkung der Steuerverwaltung in diesem Land.

In den letzten zwölf Jahren wurden in der Steuerverwaltung über 1 770 Stellen abgebaut – 11 % des ursprünglichen Bestands. Selbst nach Auskunft des Rechnungshofs ist eine gleichmäßige Besteuerung nicht mehr gewährleistet. Mit dem vorliegenden Haushaltsplan 2009 wird dieser Abbau zum ersten Mal gestoppt. Wir begrüßen, dass Sie einsichtig sind.

Aber trotzdem sind die Beförderungssituation und die Einkommensverhältnisse in dieser wichtigen Verwaltung schlecht. Wartezeiten von über zehn Jahren sind die Regel. Auch diejenigen, die in Besoldungsstufe A 6 neu anfangen, müssen zehn Jahre lang warten, bis sie ein paar Euro mehr pro Monat verdienen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Unglaublich!)

Deshalb fordern wir Sie erneut auf, in der Steuerverwaltung mehr Stellen vorzusehen und endlich einen Einstellungskorridor aufzumachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Eine starke Steuerverwaltung ist aber auch wichtig, damit in diesem Land Steuergerechtigkeit herrscht.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir brauchen eine Landesregierung, die offensiv gegen Steuerhinterziehung vorgeht. Sie sollte das Austrocknen von Steueroasen nicht bekämpfen – wie Sie, Herr Stächele, das tun –, sondern Herrn Steinbrück dabei unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Sie, lieber Herr Stächele, scheinen mir ein armer Tropf zu sein. Sie sind in dieser Koalition der FDP/DVP ausgeliefert, die seit Jahren eher der Handlanger der Steuerverkürzer ist,

(Zurufe von der SPD – Unruhe bei der FDP/DVP)

anstatt Steuerhinterziehung kraftvoll zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jetzt haben Sie es uns aber gezeigt! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, der handlungsfähige Staat muss auch ein schneidiger Rechtsstaat sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Der handlungsfähige Staat beweist sich aber auch in Krisenzeiten, indem er Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzt. Während sich die Landesregierung noch in Schockstarre befand, hat die SPD schon Anfang Dezember 2008 als erste Partei Vorschläge für ein Konjunktur- und Investitionspaket für Baden-Württemberg vorgelegt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So war es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Da hat Herr Herrmann noch geschlafen! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Denn eines ist klar, sehr verehrte Damen und Herren: Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir als Staat agieren? Wir müssen die Rücklagen anpacken, die wir für schlechte Zeiten zurückgelegt haben. Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir Reserven heben, um Impulse für Investitionen und Beschäftigung im Land zu setzen?

(Beifall bei der SPD)

Wir liegen da gar nicht so weit auseinander, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP/DVP. Sie selbst nehmen, wenn Sie so wollen, eine Rücklage bzw. eine Reserve in die Hand,

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es! Richtig!)

nämlich 350 Millionen € aus der Nichttilgung von Schulden.

(Abg. Ingo Rust SPD: Ja! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist doch gut!)

Das wäre ansonsten eine Reserve für künftige Jahre. Sie nehmen sie in die Hand, um ein Konjunkturpaket zu finanzieren. Herzlich willkommen im Klub!

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Einmalige Ausgabe! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Wetzel?

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Nein.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Danke! – Zurufe der Abg. Karl Zimmermann CDU und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Sie haben Rücklagen für eine Bildungsoffensive gebildet, um mehr für die Bildung im Land zu tun. Sehr gut! Wir schlagen Ihnen vor, diese Rücklage jetzt anzuzapfen; denn jetzt brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben kritisiert, dass wir Darlehensforderungen für den Wohnungsbau vorzeitig verkaufen würden, um jetzt in den Wohnungsbau zu investieren. Man sollte, wenn man im Glashaus sitzt, nicht mit Steinen werfen, Herr Herrmann. Es war Ihre Regierung, die Forderungen des Landes gegen die LBBW auf Jahre hinaus veräußert hat, nur um Haushaltslöcher zu stopfen und nicht etwa, um zu investieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bei den Bauern genauso!)

Wir freuen uns, dass auch diese Landesregierung erkannt hat: Man kann – wenn auch begrenzt – mit gezielten Maßnahmen die Konjunktur jetzt stützen. Wir sind mit dem Infrastrukturprogramm, das die Landesregierung vorgelegt hat, weitestgehend einverstanden. Sie folgen den Vorschlägen, die wir in der vergangenen Woche gemacht haben, wie dem einer Pauschalzuweisung an die Kommunen, beispielsweise im Bildungsbereich.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Oje!)

Wir müssen jetzt nur noch klären, wie die Umsetzung auf der kommunalen Ebene zügig geschehen kann.

Eines müssen wir auch klären, liebe Kolleginnen und Kollegen und werte Mitglieder der Landesregierung, sofern sie noch da sind: Wie wird sich Baden-Württemberg im Bundesrat verhalten?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da bin ich einmal gespannt! – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Es stimmt zu!)

Es gibt dazu ganz unterschiedliche Wasserstandsmeldungen. Herr Noll sagt, die FDP würde nicht im Wege stehen; es würde eine Zustimmung geben. Frau Homburger lässt sich zitieren, man müsse das offenhalten. Herr Goll als stellvertretender Ministerpräsident – er ist gerade vor der Tür – sagt, der Fisch sei noch nicht geputzt.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Vielleicht putzt er ihn gerade. Ich weiß es nicht.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich sage an die FDP/DVP im Landtag von Baden-Württemberg gerichtet: Es geht nicht mehr darum, den Fisch zu putzen, sondern es geht darum, ihn zu kochen und Maßnahmen zu ergreifen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Reinhold Gall SPD sowie Hagen Kluck und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sehr verehrte Damen und Herren, an dieser Frage entscheidet sich die Regierungsfähigkeit der FDP im Bund, die Handlungsfähigkeit dieser Landesregierung und nicht zuletzt die Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten, der das Geld des Bundes schon jetzt mit „großen Händen“ hier verteilt.

Sehr verehrte Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass das Konjunkturpaket des Landes Ergänzungen bedarf. Ich habe schon darauf hingewiesen: Wir wollen mehr für den Wohnungsbau tun. Der Wohnungsbau in Baden-Württemberg

(Dr. Nils Schmid)

liegt danieder. Wir wollen durch Factoring 100 Millionen € mobilisieren und jetzt mehr Wohnraum schaffen, weil die Wohnungsnot in den großen Städten jetzt da ist und nicht erst in 20 Jahren kommt.

Wir wollen – auch da waren wir die Ersten, die das gefordert haben – ein spezielles Landesarbeitsmarktprogramm in Ergänzung der Maßnahmen der Bundesregierung innerhalb des Konjunkturpakets.

Wir sind der Auffassung, wir sollten – wie in den Neunzigerjahren – für die Menschen, die jetzt in Kurzarbeit stecken, Weiterbildung organisieren und auch eigenes Geld des Landes in die Hand nehmen, um dies in Abstimmung mit den Tarifparteien voranzubringen. Ich freue mich, dass dieser Vorschlag aufgegriffen wurde. Auch hier zeigt sich wieder einmal, wer der Motor der Landespolitik ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Er kriegt noch nicht einmal die rote Plakette! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ein wichtiger Aspekt wird von der Landesregierung bislang vernachlässigt. Das ist die finanzielle Sonderbelastung von Familien in Baden-Württemberg durch Kindergarten- und Studiengebühren. Wir werden heute noch einmal beantragen, diese abzuschaffen, wie es in Rheinland-Pfalz und Hessen bereits geschehen ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Wir wollen Ihnen auch nicht durchgehen lassen, dass Sie uns im Rahmen des Konjunkturpakets jetzt irgendeine Lösung für Salem unterjubeln wollen. Wir wollen erst Klarheit über alle Komponenten eines möglichen Vertragswerks mit dem Haus Baden. Wir wollen eine saubere Darstellung des Verhandlungsergebnisses, was die Klosteranlage Salem und ihren Ankauf, die notwendigen Sanierungskosten und auch die zukünftige Regelung der Nutzungsrechte des Landes in Salem anbelangt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und der alte Markgraf muss raus! Zwangsräumung!)

Außerdem wollen wir eine Klärung, welche Kunstgegenstände dem Land gehören und welche so notwendig und wichtig sind, dass sie, obwohl sie dem Haus Baden gehören, vom Land angekauft werden müssen. All dies muss geklärt sein, bevor irgendeine Geldsumme an das Haus Baden fließt.

(Beifall bei der SPD)

Auch hier gilt der alte Spruch: Sorgfalt vor Schnelligkeit. Ich warne Sie davor, Interessen des Landes leichtfertig an den Adel in Baden zu verkaufen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Der handlungsfähige Staat ist – dies hat die Bankenkrise belegt – die letzte Instanz, die in Zeiten von Wirtschafts- und Finanzmarktkrise Vertrauen genießt. Deshalb ist es aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion wichtig,

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

dass sich das Land zu seiner Verantwortung für die Landesbank Baden-Württemberg bekennt.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Gegenruf von der CDU: Lassen Sie doch den Kollegen ausreden!)

Wir haben gemeinsam mit Kräften aus der CDU-Landtagsfraktion und deren Vorsitzendem durchgesetzt, dass für die notwendige Kapitalerhöhung eine eigene Landeslösung gewählt wurde. Wir halten dies nach wie vor für den vorzugswürdigen Weg. Denn wenn die Eigentümer selbst Geld in eine Bank einlegen, dann ist das ein unglaublicher Vertrauensbeweis und kann nicht durch irgendwelche Bundesmittel ersetzt werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir sind auch der Auffassung, dass das Land dann, wenn einzelne Sparkassen nicht bereit sind, ihren Teil der Kapitalerhöhung zu tragen, diese Anteile mit übernehmen sollte. Wir sind zudem der Auffassung, dass eine solche Kapitalerhöhung klar im Landeshaushalt abgebildet und nicht über Schattenhaushalte abgewickelt werden sollte. Dies ist nicht nur eine Frage von steuerrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Berechnungen, sondern auch eine Frage von Haushaltswahrheit und -klarheit. Deshalb fordern wir Sie auf, eine Lösung zu finden, die diese rentierlichen Schulden im Landeshaushalt abbildet,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die berühmten „rentierlichen Schulden“! Die Rentierlichkeit muss man erst einmal noch abwarten! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

und zwar so, wie auch schon in den vergangenen Jahren eine stille Einlage abgebildet worden ist. Die FDP/DVP hatte vor ein paar Jahren keine Einwände gegen die stille Einlage, die schuldenfinanziert wurde. Es wundert mich, weshalb das jetzt so schlimm sein sollte. Wer das über eine Zweckgesellschaft abbildet, der täuscht die Leute, weil die Zweckgesellschaft dann natürlich Schulden aufnehmen müsste, die auch Schulden des Landes wären.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber deutlich wäre das auch!)

Wir sind auch der Auffassung, dass diese Kapitalstärkung mit einer klaren Ausrichtung des Geschäftsmodells der LBBW in Richtung einer Stärkung als Mittelstandsbank über die bisherige Geschäftsregion hinaus verknüpft sein sollte. Für uns ist auch klar, dass in der jetzigen Krise keine überhasteten Fusionen mit der Landesbank von Bayern oder anderen Landesbanken infrage kommen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr verehrte Damen und Herren, die Handlungsfähigkeit des Staates muss aber auch auf Dauer gesichert werden. Wenn der Staat stark und schneidig in der Krise Geld in die Hand nimmt, um die Krise zu bekämpfen, dann muss er in guten Zeiten konsolidieren.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Konsumgutscheine für Weihnachten!)

(Dr. Nils Schmid)

Deshalb steht die SPD-Landtagsfraktion für eine Schuldenbremse ein. Allerdings sind die Details der bisherigen Ergebnisse der Föderalismuskommission II enttäuschend. Wir haben in diesem Landtag gemeinsam beschlossen, dass es einen Dreiklang geben muss, der neben einer Schuldenbremse und möglichen Hilfen für schwache Länder auch die Steuerautonomie vorsieht. Diese Steuerautonomie ist bei den Kompromissverhandlungen der letzten Tage völlig unter die Räder gekommen. Vor allem dann, wenn jetzt vorgesehen ist, dass die Länder gar keine Kredite mehr aufnehmen dürfen, ist es wichtig, dass mehr Spielräume auf der Einnahmeseite eröffnet werden.

(Unruhe – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sagt einmal! Stoppt doch einmal die Bande!)

Denn wenn unter dem Strich nur übrig bleibt – –

(Anhaltende Unruhe)

– Hätten Sie die Güte, zuzuhören? Ansonsten können diejenigen, denen das zu viel ist, auch hinausgehen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Jawohl, Herr Präsident! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn Sie sich vor Augen halten, dass wir jetzt einerseits in verfassungsrechtlich fragwürdiger Manier in die Verfassungsautonomie des Landes eingreifen wollen, indem der Bund uns eine Nullneuverschuldung vorschreibt, und wir andererseits zusätzliche Leistungen an andere Länder zahlen müssen,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

dann frage ich mich, worin für Baden-Württemberg der Mehrwert dieses Kompromisses liegen soll. Wir sind der Auffassung, dass der Landtag und die Landespolitik Manns genug sind, eine funktionierende Schuldenbremse aufzustellen. Wir sind auch bereit, daran mitzuwirken. Wir brauchen keinen Zwang des Bundes; der soll sein eigenes Grundgesetz in Ordnung bringen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist auch unser Grundgesetz! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sagt das Ihr Vertreter in der Föderalismuskommission auch?)

Wer aber Nullneuverschuldung als Leitlinie vorschlägt, der muss auch in den anbrechenden Monaten des Bundestagswahlkampfs darauf verzichten, allgemeinen Steuersenkungen das Wort zu reden, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Denn es geht nicht, hier im Landtag die „Nullverschuldungsradikalinskis“ zu spielen und gleichzeitig in Wahlversammlungen allgemeine Steuersenkungen zu versprechen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der begreift gar nichts! Er begreift überhaupt nichts! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Das kann man auch nicht begreifen!)

In den nächsten Jahren sind aufgrund der Belastungen der vorherigen Jahrzehnte und aufgrund der zusätzlichen Belastungen durch das Konjunkturpaket Konsolidierungsmaßnahmen vorrangig. Wir können bei der Steuerpolitik viel zur Vereinfachung beitragen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir können auch die unteren und mittleren Einkommen entlasten. Wir können aber nicht jedem versprechen, dass es allgemeine Steuersenkungen gibt, sondern wir müssen auch darüber reden, wie wir die Wohlhabenden in diesem Land stärker für das Gemeinwohl zur Verantwortung ziehen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Kollege Schmid, wo beginnt der Wohlhabende bei Ihnen? – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Kalte Progression!)

Die SPD-Landtagsfraktion hat in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, eine Vermögensteuer einzuführen. Wir haben schon vor Jahren vorgeschlagen, eine Vermögensteuer auf Länderbasis einzuführen, um wichtige Aufgaben in den Bereichen Bildung und Kinderbetreuung aus dieser Vermögensteuer zu finanzieren. Leider ist das jetzt in der Föderalismuskommission nicht aufgenommen worden.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Sehr verehrte Damen und Herren, Sie sehen: Die Herausforderungen sind groß. Sie sehen aber auch, dass die Politik jetzt gefordert ist wie nie zuvor. Die Politik muss darauf drängen, dass der Staat Handlungsfähigkeit beweist, dass die Kräfte zurückgedrängt werden, die nur darauf setzen, dass der Staat ausgehöhlt wird.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wie die SPD! Die höhlt sich auch aus!)

Wir setzen darauf, dass der handlungsfähige Staat in dieser Phase über eine notwendige Verfassungsänderung auch in Zukunft diese Handlungsfähigkeit bewahrt.

Deshalb ist für die SPD-Landtagsfraktion klar: Konjunkturprogramm und Schuldenbremse sind beides Seiten einer Medaille. Wir werden deshalb in den nächsten Monaten die Umsetzung dieser Schuldenbremse parlamentarisch sehr aufmerksam verfolgen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir aber auch! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Der Herr Vizepräsident auch!)

Sehr verehrte Damen und Herren, die Gesellschaft wird in den nächsten Monaten darüber zu diskutieren haben, welches Leitbild von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sie haben wird. Die Sozialdemokratie hat sich klar für Folgendes entschieden: Wir brauchen einen effizienten Marktmechanismus, wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, wir brauchen eine selbstlose Bürgergesellschaft in den Kommunen und in den Verbänden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das sind alles schöne Überschriften! Diese Überschriften tragen wir leicht mit!)

(Dr. Nils Schmid)

Das ist unser Bild, und wir werden Sie in der Zukunft mit der Frage konfrontieren, ob Sie dieses Bild teilen oder weiterhin auf Deregulierung und Schwächung des Staates setzen wollen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schlachter das Wort.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu fortgeschrittener Stunde in wirtschaftlicher Zeiteinteilung – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was verstehen Sie unter „fortgeschritten“? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das kommt darauf an, wann man aufsteht! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Falsches Manuskript! – Weitere Zurufe)

Wir stehen bei diesen Haushaltsberatungen vor einer besonderen Situation. Im Jahr 2009 kommt eine verschärfte Wirtschaftskrise, wenn nicht die schärfste überhaupt auf uns zu. Wir haben sinkende Steuereinnahmen, aber wir haben zurückliegend eine drei Jahre währende Steuerhochkonjunktur gehabt. Trotz dieser Hochkonjunktur haben wir immer noch 42 Milliarden € Schulden. Diese Schulden sind nicht von Monika, Hans und Dieter, sondern da war eher der Claus etwas daran beteiligt.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Der da! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie meinen den Lothar! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Lothar stimmt da eher!)

Wenn wir den Haushalt genau betrachten, stellen wir fest, dass er schon jetzt strukturelle Lücken von nach meiner Berechnung 300 bis 350 Millionen € hat. Wenn wir diese strukturelle Entwicklung beenden wollen, müssen wir in den nächsten zehn Jahren 100 Millionen € am Personal und 150 bis 200 Millionen € an den Sachkosten einsparen.

Wir müssen auch die zukünftigen Haushalte entlasten. Wenn wir die Pensionslasten hochrechnen, sind es im Jahr 2030 8 Milliarden €. Ich würde sagen, das ist schlicht und ergreifend nicht finanzierbar. Die Landesregierung hat bei den Pensionen schon ein paar richtige Schritte eingeleitet. Sie hat die Sonderzahlungen reduziert. Wir schlagen – auch wenn der Kollege Herrmann das nicht toll findet – eine Reduzierung der Beihilfesätze bei den gehobenen Diensten

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist eine 30-prozentige Kürzung!)

von 70 auf 50 % vor. Das würde 50 Millionen € pro Jahr bringen. Diesen Betrag sollten wir in den Pensionsfonds einlegen. Wir betrachten das als einen Beitrag zur Nachhaltigkeit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich bin gespannt, wie die SPD dazu steht, Herr Kollege!)

Wir bitten insbesondere Sie, sich diesem Gedankengang bei der nächsten Haushaltsberatung anzuschließen.

Wenn wir von Verschuldung reden, ist ein Blick auf die mittelfristige Finanzplanung interessant; denn dabei offenbart sich genau das, was ich vorhin schon als strukturelle Lücke angesprochen habe. Sie beläuft sich in den nächsten drei Jahren auf insgesamt 4,5 Milliarden € – und das auf der Basis einer noch optimistischen Steuerschätzung vom November 2008. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Steuereinnahmen bei der einbrechenden Konjunktur und bei dem, was wir jetzt auf Bundesebene an Entlastungen beschlossen haben, um schätzungsweise 2 Milliarden € niedriger ausfallen werden,

(Abg. Peter Hofelich SPD: So ist es!)

als wir das bislang erwartet hatten.

Freilich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, offenbart diese Finanzplanung auch ein paar toxische Felder. Auf gut Deutsch könnte ich auch sagen: Da sind ein paar faule Ratten im Keller.

(Zuruf: Hoi! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich meine damit die Darlehen aus dem Jahr 1986 mit Zerobondstrukturen. Die Zinsen hieraus werden uns witzigerweise im Jahr 2011 auf die Füße fallen. Die Belastung liegt schon bei 112 Millionen €. In den folgenden Jahren wird es noch mehrfach solche Zahlungen geben. Da muss man sich überlegen, dass das clevere „Cleverle“ damals für sich und für die CDU sehr weise und in dieser Zeit auch nicht belastend wirkende Finanzierungen vorgenommen hat. Aber sie wirken total fatal; denn uns fallen heute die Schulden auf die Füße, und auch die kommenden Generationen werden dies noch spüren. An diesem System merkt man ganz genau, wie die Politik der letzten Jahre, vor allem die der CDU, gewirkt hat. Diese Politik schlägt heute auf uns zurück, und sie behindert unsere Handlungsfähigkeit für die Zukunft.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber wir haben ja die CDU zur Vernunft gebracht! – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben allerdings ein weiteres Großrisiko bei den Landesfinanzen; hier spreche ich von Stuttgart 21. Ganz offensichtlich hat die Landesregierung in der Finanzmarktkrise gemeinsam mit Ihnen – Herr Schmiedel, Sie sind ja mit dabei – eine neue Anlageklasse – man könnte sagen: ein neues Asset – erfunden. Wir sagen: Das ist der Fonds für das im Stuttgarter Bahnhof vergrabene Geld.

(Oh-Rufe – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Könnten Sie diesen Baustein endlich einmal rausschmeißen? – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

– Herr Dr. Noll, bisher liegt mir keine vernünftige Wirtschaftlichkeits- oder Renditeberechnung vor. Von einem seriösen grünen Haushälter, einem seriösen grünen Banker können Sie ohne Vorlage seriöser Berechnungen kein Geld bekommen.

(Zurufe der Abg. Paul Nemeth CDU und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

(Eugen Schlachter)

Deswegen wollen wir die Rücklagen für Stuttgart 21 auflösen und die 345 Millionen € nehmen, um sie den Kommunen als Komplementärmittel für das Konjunkturpaket II zu geben.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Katrin Altpeter SPD: Super Idee!)

Unsere Anträge sehen hier Umschichtungen in den KIF von 100 Millionen € pro Jahr vor. Ich glaube, das ist für die Kommunen kalkulierbar und nachhaltig, und es schafft auch Vertrauen.

Wir Grünen haben natürlich auch ein Herz für die Straßen, wir entwickeln ein Herz für die Straßen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oi, oi, oi! E i n Grüner! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was? – Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt wird es neu!)

In erster Linie gilt dies natürlich für die Sanierung von Straßen und für Grünbrücken. Leider wurde der entsprechende Antrag im Finanzausschuss – trotz inhaltlicher Zustimmung des Kollegen Herrmann – von der CDU und von der FDP/DVP abgelehnt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hört, hört!)

Sie wollen offensichtlich alle lieber neue Straßen bauen, obwohl es immer weniger Autos gibt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Was? Weniger Autos? – Abg. Katrin Altpeter SPD: Na ja!)

Sie wissen ganz genau, dass uns diese neuen Straßen mit ihren Unterhaltskosten in der Zukunft wiederum auf die Füße fallen werden. Deshalb: Sanieren wir doch jetzt bitte erst einmal das, was kaputt ist, und dann können wir überlegen, ob wir noch neue Straßen brauchen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wo gibt es denn kaputte Grünbrücken?)

Ein paar Worte zur Bildungspolitik. Wir sind der Meinung, dass wir gerade jetzt, in der Krise, in die Bildung investieren müssen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir investieren immer in die Bildung, nicht nur in der Krise!)

Bildung ist die Zukunft des Landes. Wir sagen: Kinder, Köpfe, Klimaschutz – das schafft neue Jobs. Deswegen wollen wir einen Sonderfonds Bildungspakt auflegen. Er soll im Einzelplan 12 seriös mit 315 Millionen € finanziert werden. Wir nehmen den demografischen Faktor auf und nutzen dies im Rahmen der Nullneuverschuldungsregel in der Landesverfassung von Baden-Württemberg.

Im Gegensatz zu den Aussagen des Kollegen Herrmann lege ich großen Wert darauf, dass wir alle Maßnahmen, die wir eingebracht haben, durch Umschichtungen sauber finanziert haben. Es entsteht keine zusätzliche Verschuldung durch die Realisierung der Umschichtungs- und sonstigen Anträge der Grünen; das halte ich für sehr wichtig. Wir wollen ebenfalls am Ziel der Nullnettoneuverschuldung festhalten, so, wie es auch der Ministerpräsident über die Föderalismuskommission durchzukämpfen versucht.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiteres Thema möchte ich ansprechen. Das ist, wie ich meine, ein weiteres Milliardengrab, sozusagen Stuttgart 21 im Quadrat. Sie und die SPD wollen der Landesbank Baden-Württemberg 5 Milliarden € geben. Über den Betrag als Stütze für die Landesbank Baden-Württemberg sind wir uns einig. Wir sind uns allerdings nicht einig darüber, welchen Weg wir einschlagen wollen. Wir haben alle miteinander dafür gekämpft, dass sich auch das Land stützend hinter den Bundessanierungsfonds, den SoFFin, stellt. Wir waren uns deshalb einig, weil wir wussten, dass die Landesbank Baden-Württemberg aus Dresden und aus Rheinland-Pfalz natürlich „schwaches Material“ eingekauft hatte, und weil wir auch wussten, dass diese Bank selbst in schwierigen Zeiten war und schwierige Assets in ihren Büchern hatte.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir wollen damit die Landesbank Baden-Württemberg nicht schlechtreden, und ich möchte auch nicht besonders schlau wirken. Aber angesichts dessen, dass wir noch im November über eine scheinbar blendend dastehende Bank diskutiert haben, Herr Dr. Scheffold, obwohl wir eigentlich schon seit dem Frühjahr wissen mussten, dass sie ein sehr, sehr schwaches Ergebnis erreichen wird, sollten wir weniger blauäugig sein und den Fakten in die Augen schauen.

Wir fordern, dafür Geld aus dem Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung des Bundes einzusetzen. Damit sollte es möglich sein, diese Bank sauber zu restrukturieren. Es sollte möglich sein, dass diese Bank ihre Aufgabe als Mittelstandsbank dann weiterhin erfüllt. Das Ganze fällt uns als Landeshaushalt dann auch nicht mit 2 Milliarden € an neuen Schulden auf die Füße.

Freilich – das wurde hier schon mehrfach diskutiert – hat dieser SoFFin Ecken und Kanten. Aber wenn ich es richtig weiß, sind Sie von der CDU in der Bundesregierung, die SPD ist es auch. Herr Dr. Schmiedel, Ihnen traue ich es zu,

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: „Dr. Schmiedel“!)

auch Herrn Dr. Scheffold und auch dem Finanzminister: Setzen Sie sich dafür ein, dass dieser SoFFin seine Ecken und Kanten verliert! Dann ist er auch tauglich zum Einsatz bei der Landesbank Baden-Württemberg. Dann brauchen wir keine neuen Schulden zu machen.

(Beifall bei den Grünen)

Also nochmals: Ich traue Ihnen das zu. Wenn Sie es sich nicht zutrauen, dann tut es mir natürlich leid.

Wir machen hier bei der Landesbank Baden-Württemberg, glaube ich, gleich drei Fehler auf einmal. Dreimal minus:

Erstens: Wenn Sie die 2 Milliarden € aus dem Landeshaushalt finanzieren, geben Sie de facto natürlich das Nullnettoneuverschuldungsziel auf.

(Eugen Schlachter)

Zweitens: Wenn Sie die Sparkassen mit einer Beteiligung ins Boot zwingen, dann schwächen Sie tendenziell die Sparkassen und damit den Mittelstand in der Fläche, in der Region, vor allem im ländlichen Raum.

Drittens: Wenn Sie auch die Sparkassen noch unter den Schirm holen wollen und sagen, die sollten die Aufstockung mitmachen, dann werden die doch wohl kein Interesse daran haben, weil die Fusionen auf Landesbankenebene kommen. Daran kann Stuttgart kein Interesse haben.

Wir sagen Ihnen: Wir nehmen den SoFFin. Damit soll eine Restrukturierung der Landesbank erfolgen. Wir sagen Ihnen auch: Lassen Sie das Geld den Sparkassen. Dann können die den Mittelstand weiterhin sauber finanzieren. Drittens sagen wir Ihnen: Geben Sie der Stadt Stuttgart ihre Sparkasse zu einem vernünftigen Kaufpreis zurück! Das wäre dreimal plus, und Sie machen nur minus.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Gott sei Dank haben Sie nichts zu sagen!)

Bei allem, was heute im Landeshaushalt aufgedeckt werden konnte, stelle ich eines fest: für die Zukunft Deckungslücken, unklare Finanzierungslage bei Stuttgart 21, Spekulationen bei der öffentlichen Landesbank. Wenn man das alles zusammennimmt, dann sind das dieselben Vorwürfe,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir spekulieren nicht!)

die wir den Managern von Bear Stearns, von Lehman Brothers und teilweise auch von der Industriekreditbank machen. Ich glaube, der Landtag von Baden-Württemberg sollte sich dieses Themas anders annehmen und seriöser arbeiten. Mit uns Grünen geht das.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Frau Abg. Berroth das Wort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zunächst nicht zur allgemeinen Finanzlage sprechen, sondern zu den Haushaltsteilen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bislang war Klaus Herrmann der Einzige, der das gemacht hat!)

Beim Einzelplan 06 gab es keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den Vorjahren. Kollege Herrmann hat schon angesprochen, dass wir bei der Besoldung der Spitzen der Verwaltung genauso wie bei der Polizei eine Anhebung der Einstufung dieser Stellen vorgenommen haben. Wir sind an anderer Stelle besonders froh, dass uns ein Einstieg in die Höherbewertung der Arbeit der Fachlehrer und der Technischen Lehrer gelungen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Er war zwar sehr gering, aber das ist ein Signal in die richtige Richtung. Da werden wir weitermachen können.

Herr Kollege Herrmann, wir arbeiten ja in der Regel sehr gut zusammen. Sie haben jetzt einen Frontalangriff gegen das Justizministerium gerichtet. Leider haben Sie dabei vergessen zu sagen, dass im Sozialministerium ein gleicher Vorfall passiert ist.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

Insofern relativiert sich das vielleicht ein bisschen. Es ist auch nicht so, dass die da plötzlich Stellen übrig gehabt hätten. Nein, man hat aus einer Position, wo es nicht so arg brennt, umgeschichtet in eine Position, wo es ganz arg brennt. Das halte ich für vernünftig und richtig, und deswegen stehen wir auch dazu und haben das unterstützt.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das Sozialministerium hat aber Einsparungen erbracht!)

– Mir wurde gesagt, es sei genau der gleiche Vorfall, und ich glaube das auch, wenn das so gesagt wird.

Die SPD spricht sich zwar für einen schlanken Staat aus, will aber wieder einmal in der Finanzverwaltung mehr Stellen besetzen

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich!)

und verspricht sich davon Steuermehreinnahmen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie der Rechnungshof!)

Einmal abgesehen davon, dass ich diese Rechnung in diesem Fall nicht glaube, weil unsere Finanzverwaltung sehr wohl punktuell da prüft, wo sie sich die meisten Einnahmen verspricht,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ach was! Lassen Sie doch den Rechnungshof berichten!)

können Sie durch zusätzliches Personal nur den Grenzwert erreichen, aber nicht den Durchschnittsbetrag. Das Gesetz des abnehmenden Grenznutzens gilt auch da.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Rechnungshof hat das aber festgestellt! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zahlen Sie erst einmal Ihre Steuern!)

Ich habe für Sie einen ganz anderen Vorschlag, den Sie sich vielleicht schon einmal überlegen sollten. Unser Gedanke für mehr Steuerwahrheit und mehr Steuerklarheit ist ein einfacheres und gerechteres Steuerrecht mit niedrigeren Steuersätzen,

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

bei dem man weder viele Kontrolleure braucht noch Möglichkeiten zur Steuerverkürzung gegeben sind. Wenn man diese Schlupflöcher überhaupt abschafft, dann muss man sie nicht mehr stopfen und auch nicht mehr verfolgen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Heiderose Berroth)

Dann könnten wir mit einem schlankeren Staat und sogar noch weniger Mitarbeitern in der Steuerverwaltung diese sogar besser besolden als bisher. Ich wäre durchaus dafür.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die jammern doch selbst!)

Eine andere Veränderung im Einzelplan 06 ist dadurch bedingt, dass nun auch die Universität Karlsruhe zum Landesbetrieb wird. Wir halten das für die richtige Lösung. Es gibt dann eine klarere und deutlicher abgrenzte Kosten- und Leistungsrechnung und mehr Eigenverantwortung für das Ergebnis der Institution. Das Ziel der FDP/DVP ist übrigens, dass wir aus den gleichen Gründen mittelfristig auch in der Rechnungslegung des Landes die Doppik bei der Landesregierung einführen. Wir dürfen das nicht nur von unseren Kommunen verlangen; es ist völlig richtig, dass man das auch dort tut. Das Land wird mittelfristig nachziehen müssen.

Zum Einzelplan 12: Wir sind im Moment einfach von den Zahlen der Steuerschätzung vom November 2008 ausgegangen, und nun ist es ziemlich wahrscheinlich, dass sie so nicht eintreffen werden; das wissen wir alle. Es wird aber auch nichts nützen, wenn wir jetzt mit Krisenszenarien Angst und Schrecken verbreiten und damit die Wirtschaftsentwicklung negativ beeinflussen. Das darf nicht sein. Wir werden aufmerksam beobachten, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln – die nächste Steuerschätzung kommt im Mai, dann wissen wir mehr –, und werden dann bei Bedarf das Notwendige tun.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das wissen wir schon heute, was im Mai kommt!)

Nun noch zu den Anträgen der Opposition zum Einzelplan 12, und zwar zunächst zur Kinderbetreuung: Wir glauben nicht, dass es so richtig ist. Wir haben das mit den kommunalen Landesverbänden abgesprochen. Über die Werte, die im Moment im Haushalt stehen, besteht Einigkeit, und wir sind nach wie vor dabei, die Kinderbetreuung – ob im Kleinkind- oder Kindergartenalter – sachgerecht und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Ich bin sehr froh, dass es diese Entwicklung gibt, aber verstärken muss man das nicht; wir stehen zu den Zahlen, wie sie im Haushalt stehen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Zahlen sind gut!)

Die SPD beantragt nochmals die Senkung der Bewirtschaftungskosten, obwohl ihr im Finanzausschuss ganz deutlich gesagt wurde, dass man diese hohen Aufwendungen braucht. Weshalb sie diesen Antrag noch einmal aufruft, ist mir wirklich nicht klar.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Wir haben heute noch über die Anträge zu beschließen, die für den Einstieg in die Kinderbetreuung bei Landesbediensteten wichtig sind. Ausdrücklich danken möchte ich dafür, dass das Justizministerium hier aktiv geworden ist. Wir haben auch im Präsidium des Landtags schon besprochen, dass wir da etwas tun wollen. Wir können nicht immer nur von den Betrieben draußen verlangen, solche Einrichtungen anzubieten. Das Land muss dies auch für seine eigenen Bediensteten tun.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zur mittelfristigen Finanzplanung muss man diesmal wirklich sagen: Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Natürlich wird auch jetzt wieder sehr frühzeitig im Vorfeld des nächsten Doppelhaushalts die Beratung zwischen den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung beginnen, damit wir dann unter der Erkenntnis, wie sich Steuern und Ausgaben entwickeln, die richtigen Zahlen einbringen.

Es wurde verschiedentlich angemahnt, dass in der mittelfristigen Finanzplanung für die kommenden Jahre noch Löcher sind. Ich möchte Sie alle trösten: Auch für die Vorjahre hatten wir jeweils Fehlbeträge, die wir dann im aktuellen Haushalt rechtzeitig beseitigt haben. Im letzten Jahr gab es sogar einen Überschuss. Den hätten wir eigentlich wirklich gern zur Schuldentilgung verwendet. Aber die spezielle Entwicklung der weltweiten Wirtschaftssituation hat auch uns davon überzeugt, dass es in diesem Fall wichtiger ist, mit diesen Mitteln nicht Schulden zu tilgen, sondern sie als Finanzierung bzw. Kofinanzierung der Investitionsprogramme von Bund und Land zur Konjunkturstärkung einzubringen.

Die FDP ist nach wie vor der Ansicht, meine Damen und Herren, dass eine direkte Entlastung der Bürgerinnen und Bürger die effizienteste und richtigste Lösung gewesen wäre.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Koste es, was es wolle!)

Leider scheint dies auf demokratischem Weg derzeit nicht durchsetzbar.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD – Abg. Katrin Altpeter SPD: Was heißt das jetzt? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Haben Sie sich schon andere Wege überlegt als demokratische?)

Inhaltlich sind die jetzt geplanten Vorhaben in der Summe ja nicht ganz falsch. Ein Riesenproblem sehe ich im Moment aber wirklich noch – ich befürchte, dass nun in Berlin schon anders beschlossen worden ist –: Die geforderte „Zusätzlichkeit“ wird einen Großteil der Programme ad absurdum führen, weil sie dann nämlich nicht sofort zahlungswirksam werden. Zwar wird dann jetzt eine neue Planungsphase angestoßen, aber bis das wirklich in Umsätze, in Arbeit für Menschen im Land umgesetzt werden kann, wird es ein halbes Jahr dauern, und dann ist es für viele Betriebe viel zu spät.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das heißt, diese „Zusätzlichkeit“ muss aus unserer Sicht auf jeden Fall weg; sonst gibt es keinen Sinn. Ich möchte Ihnen dazu aus einer Zeitung zitieren, die bestimmt nicht im Ruf steht, ein FDP-Mitteilungsblatt zu sein, nämlich aus der „Bild“-Zeitung.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh! Ich bin mir aber nicht sicher, wie oft der Westerwelle da drin herumtönt! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nur kein Neid, Herr Schmiedel!)

Sie hat zur Abwrack- und Umweltprämie am 11. Februar Folgendes geschrieben. Ich muss dazusagen: Die FDP hat sich ja sehr kritisch zu dieser Prämie gemeldet, weil – das hat sich auch bewahrheitet – davon nicht gerade unbedingt die deutschen Fabrikate profitieren. Andererseits bewirkt sie auch et-

(Heiderose Berroth)

was, was auch wir fordern: Die Leute bekommen nämlich sofort Geld in die Hand.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nicht sofort!)

Die „Bild"-Zeitung schreibt dazu – ich zitiere –:

Autohändler jubeln, deutsche Hersteller melden volle Auftragsbücher,

– auch deutsche, merke ich an –

nehmen angekündigte Kurzarbeit wieder zurück.

Zauberwort Abwrackprämie! Mit – im Vergleich zu den Rettungsschirmen für die Banken – bescheidenen 1,5 Milliarden € hat die Bundesregierung einen so nicht erwarteten Autoboom ausgelöst.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch, den haben wir schon erwartet! Nur die FDP nicht! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Zufall? Nein – es klappt, weil das Rezept so einfach ist.

Deswegen sollte man das auch an anderen Stellen so einfach machen. Ich zitiere weiter:

Wenn der Staat die Konjunktur ankurbeln will, muss er dem Bürger das Geld in die Hand geben. Direkt, ohne bürokratische Auflagen.

(Beifall der Abg. Hagen Kluck und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann lassen Sie doch die Kindergartengebühren im Portemonnaie bei den Leuten!)

Die Kunden wissen genau, was sie wollen – und strafen selbst jene Bedenkenträger Lügen, die glaubten, nur ausländische Autohersteller würden von der Prämie profitieren.

Also: Mehr davon! Am besten in Form von Steuererleichterungen – dann brummt nicht nur die Autoindustrie.

So weit die „Bild"-Zeitung.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wo sie recht haben, haben sie recht!)

Nun zum Staatshaushaltsgesetz. Ein wichtiger Teil des Staatshaushaltsgesetzes ist die Statistik, in der ausgeführt wird, dass weitere Einsparungen im Personalbereich erfolgen, nämlich immerhin 568 Stellen weniger im Landeshaushalt für dieses Jahr. Der wichtigste Satz steht allerdings auf Seite 5 der Drucksache 14/3616 unter § 4: Kreditermächtigung „… im Haushaltsjahr 2009" – ich zitiere – „bis zur Höhe von null Euro".

(Abg. Ingo Rust SPD: Bis jetzt!)

Das ist nun ein außerordentlich wichtiges Thema, dargestellt auch im Mittelfristigen Finanzplan, Drucksache 14/3615, in dem die Landesregierung in der Schlussbemerkung darstellt – ich zitiere –:

Mit dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2009 hält die Landesregierung am Ziel, die derzeitige Staatsverschuldung nicht mehr auszuweiten, fest. Die aktuellen Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten und die konjunkturelle Abkühlung dürfen nicht zur Vernachlässigung der Haushaltsdisziplin führen. Die konsequente Begrenzung der Neuverschuldung mit dem Ziel des dauerhaften Haushaltsausgleichs ohne neue Kredite ist weiterhin das zentrale finanzpolitische Ziel.

Dem ist nun wirklich nichts hinzuzufügen.

Zu der Debatte über die Schuldenbremse, Herr Kollege Schmid: Wir haben überhaupt kein Problem, da eine zentrale Regelung zu machen, wenn sich dann alle daran gebunden fühlen. Wir haben es doch hier sowieso vor. Weshalb sollen wir dann gegen eine generelle Regelung sein?

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Weil wir Föderalisten sind! Das ist eine Frage des Selbstverständnisses!)

Wir wollen es auf jeden Fall hier in die Landesverfassung schreiben. Mir ist es aber außerordentlich wichtig, dass die anderen auch mitmachen.

Ich muss schon sagen: Wer sich dann nicht mehr adäquat verhält, der verwirkt aus unserer Sicht auch seinen Anspruch auf den Erhalt von Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber das steht da nicht drin! Wenn das so einfach wäre!)

Es kann nicht sein, dass in Ländern, die von dem Länderfinanzausgleich massiv profitieren, der Kindergartenbesuch kostenlos ist,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber die haben die Kindergartensteuer abgeschafft!)

während wir uns das hier immer noch direkt absparen und sagen: Wir können das leider nicht tun.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Übrigens, Herr Kollege Schlachter, eine Nebenbemerkung zu diesen Zerobonds: Das ist nun wirklich eine ganz alte Kiste. Die FDP/DVP legt Wert darauf, dass so etwas zu Zeiten unserer Regierungsbeteiligung nicht passiert ist. Damals, als man es gemacht hat, war es allerdings modern. Da haben es Banken aller Art auch gern gehandelt; das muss man dazusagen. Die Einführung dieses Instruments hatte nämlich mehr steuerrechtliche Gründe.

Interessant am Staatshaushaltsgesetz ist auch der § 6 b. Da geht es um die Personalkostenbudgetierung. Es steht ausdrücklich drin: „Das Finanzministerium wird ermächtigt, weitere Bereiche zuzulassen." Das halten wir für sehr gut. Wir sind froh, dass wir im Rahmen dieser Haushaltsberatungen den Bereich Schulen da mit einbringen konnten, sodass auch im Schulbereich das Prinzip „Mittel statt Stellen" jetzt möglich ist, weil das einfach ein wichtiger weiterer Schritt im Hinblick auf die eigenverantwortliche Schule ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Kollege Herrmann hat ja dankenswerterweise genau aufgelistet, was unsere gemeinsamen Anträge zum Haushalt wa-

ren, hinter denen wir genauso stehen. Ich möchte mich deshalb bloß noch kurz dazu äußern.

Zu etlichen Anträgen der Opposition würde der Amerikaner sagen: „Nice to have.“ Wenn wir wirklich genug Geld übrig hätten, dann würden wir da so manches auch gern machen. Aber das Problem ist die Gegenfinanzierung.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das interessiert die nicht!)

Jetzt haben Sie, Herr Kollege Schlachter, so deutlich darauf hingewiesen, dass Sie ja alles gegenfinanziert hätten.

(Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Haben wir!)

Ich bin eigentlich dafür, dass man künftig immer, wenn eine Fraktion etwas als Gegenfinanzierung angeboten hat, dies auch als verwirkt ansieht. Von der SPD kommen wirklich, seitdem ich im Landtag bin, seit 1996, die gleichen Gegenfinanzierungsanträge jedes Jahr wieder.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Weil Sie ja nie zustimmen! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn man dem entsprochen hätte, wäre das Geld längst weg.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber Sie stimmen ja nie zu!)

Sie hätten dieses Geld längst vervespert, und das sollten Sie auch einmal klar zugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist doch Blödsinn! Das ist doch noch da!)

– Ja, mein Gott, weil wir darauf aufgepasst haben, dass es noch da ist. Das ist genau der Punkt.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Dann beklagen Sie sich doch nicht darüber!)

Aber Sie vervespern es jedes Jahr neu, und das geht schlicht und ergreifend nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich geht das! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Eine gute Logik!)

Außerdem kommt noch – der Kollege Herrmann hat es als unseriös bezeichnet; ich muss sagen, an manchen Stellen ist es fast unsittlich – die Forfaitierung der Wohnbaudarlehen dazu. Das ist etwas, bei dem man gerade in der Finanzkrise der letzten Zeit gesehen hat, wie schwierig das ist, wenn man von irgendwoher einen Kredit bekommt – –

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist doch Blödsinn! Factoring hat doch damit nichts zu tun!)

– Factoring und Forfaitierung sind in diesem Fall dasselbe, Herr Kollege.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ja, aber es hat nichts mit der Finanzmarktkrise zu tun!)

– Doch! Ich werde es Ihnen gleich erklären. In der Finanzmarktkrise ist plötzlich so manchem Immobilienbesitzer klar geworden, dass er den Kredit, den er sich bei einer ihm vertrauenswürdig erscheinenden Bank geholt hat, plötzlich an jemand ganz anderen zurückzahlen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Nein, wir verkaufen doch an die L-Bank!)

– Ja, aber das ist genau dieses Prinzip. Und es bedeutet auch, dass das Geld vervespert ist.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Die L-Bank ist nicht vertrauenswürdig?)

Wir brauchen es wieder zu dem Zeitpunkt, an dem es fällig ist, um dann eventuell auch wieder neue Darlehen zu vergeben und damit den Wohnungsbau wieder zu stützen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: In zehn Jahren brauchen wir die Wohnungen nicht, die brauchen wir jetzt!)

Deswegen können wir das jetzt nicht ausgeben.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein. Ich mache es jetzt wie der Kollege Schmid. Ich möchte jetzt auch fertig werden.

(Zurufe der Abg. Karl Zimmermann und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ganz besonders spannend ist übrigens auch, dass SPD und GRÜNE unsere Rücklagen, die sie schon im letzten Jahr aufbrauchen wollten, erneut vervespern wollen. Ich nenne als Beispiel die Qualitätsoffensive Bildung.

CDU und FDP/DVP haben sehr bewusst gesagt: Wir haben im Jahr 2008 Steuermehreinnahmen, die wir nicht gleich ausgeben, sondern zurücklegen werden, weil wir wissen, dass wir dieses Geld in den nächsten Jahren dringend brauchen. Wir haben auch gleich festgelegt, wofür wir es brauchen, nämlich für die bessere Ausstattung unserer Schulen.

(Unruhe)

Jetzt ist es für uns auf drei Jahre aufgeteilt.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Dann ist es vervespert!)

Sie sagen: Gebt das Geld doch gleich alles aus. Was machen wir dann im nächsten Jahr und im übernächsten Jahr?

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Claus Schmiedel: Was machen wir dann in drei Jahren?)

Wenn wir jetzt Lehrer einstellen, dann müssen wir sie auch im nächsten und übernächsten Jahr bezahlen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Logisch!)

Das heißt, es ist in hohem Maße unredlich, zu sagen, wir sollten das ganze Geld gleich ausgeben, und im nächsten Jahr werfen Sie uns dann wieder eine Deckungslücke vor.

(Heiderose Berroth)

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ja, aber Sie machen doch dasselbe!)

In diese Falle lassen wir uns von Ihnen nicht locken.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt! Und in drei Jahren? – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Was machen Sie in drei Jahren?)

– Dann gehen Schülerzahlen zurück, dann erledigt sich das von selbst. Das wissen Sie aber auch. Das ist auch deutlich beraten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber die Lehrer sind doch da! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Besonders spannend ist, was die Grünen machen. Sie sehen immer eine Gegenfinanzierung aus den Mitteln für Stuttgart 21 vor. Sie müssten eigentlich außerordentlich dankbar dafür sein, dass wir dieses Projekt nicht aufgelöst haben, wie Sie es immer gefordert haben. Dieses Geld wäre dann auch nicht mehr da. Es ist auch deshalb unredlich, weil Sie schlichtweg vergessen, dass wir nach wie vor einen Hauptbahnhof in Stuttgart brauchen

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Meines Wissens hat man einen! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber nicht im Loch! – Unruhe)

und dass dieser Hauptbahnhof in Stuttgart so überhaupt nicht mehr tauglich ist. Wenn man, wie Sie, den Kopfbahnhof behalten will, dann muss man diesen Kopfbahnhof dennoch sanieren. Sie sollten eigentlich genau wissen, dass man nicht nur den Kopfbahnhof sanieren muss, sondern auch das Gleisvorfeld, in dem zum Teil 100 Jahre alte Stahlbrücken dringend saniert werden müssen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Stahlbrücken?)

Das kostet einen Haufen Geld. Sie hätten keine Einnahmen aus den Flächen, auf denen im Moment noch Gleise liegen. Das heißt, die Lösung, die Sie wollen, wäre eigentlich teurer als Stuttgart 21.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Oh!)

Deswegen können eigentlich auch Sie das Geld jetzt überhaupt nicht vervespern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, kommen Sie zum Schluss.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich komme zum Schluss. – Im Lauf dieser Debatte sind sehr viele Namen gefallen. Ich möchte jetzt einfach die deutsche Michaela und den deutschen Michel noch einmal anführen.

(Oh-Rufe)

Sie müssen sich nämlich darauf verlassen können, dass wir Politiker mit ihren Steuergeldern verantwortlich umgehen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist wahr!)

Dies war, ist und bleibt unser Hauptanliegen in der Finanzpolitik. Auch unter diesem Gesichtspunkt stimmt die FDP/DVP dem Haushalt 2009 zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist schön! Jawohl! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Stächele das Wort.

(Zuruf: Jetzt kommt Willi! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Redezeitbeschränkung! – Zuruf von der SPD: Willi, mach es kurz!)

Finanzminister Willi Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eingangs für den bisherigen Beratungsgang sowie die dabei erwiesene Kompetenz, die Gründlichkeit und den Fleiß sowohl im Finanzausschuss als auch gleichermaßen hier im Plenum danken. Fast bin ich geneigt, zu sagen: Damit haben Sie sich auch eine längere Rede des Finanzministers verdient.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Genau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie dürfen uns schonen! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Gestatten Sie mir, dass ich mit wenigen Anmerkungen auf den Haushalt, aber auch auf das Konjunkturpaket, das begleitend mitberaten werden kann, eingehen will und schließlich einige Einlassungen aufgreife, die von den Kolleginnen und Kollegen eingebracht worden sind.

Dieser Haushalt, den wir einbringen, ist ehrgeizig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Er wird in wirtschaftlich schwieriger Zeit eingebracht. Das braucht man nicht zu verharmlosen. Das soll man auch nicht beschönigen. Es ist gar nicht einfach, im Moment die richtigen Plandaten für das Jahr 2009 und danach zu finden. Trotzdem wurde das Ziel Baden-Württembergs, einen zweiten Haushalt ohne neue Schulden einzubringen, erreicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen wird für uns nie gelten, was heute in der Presse steht. Es gilt für ein anderes Bundesland, kann aber für uns nie gelten: „Arm, sexy und charakterlos“. So steht es in der heutigen Ausgabe des „Handelsblatts“.

(Heiterkeit)

Ich denke, dass wir uns diesem gemeinsamen Ziel verpflichtet fühlen müssen, erst recht in einer Zeit, in der die Leute das Gefühl haben, dass es nur noch um Milliardenbeträge geht, und die fast vergessen lässt, dass all diese Milliardenbeträge von den Banken geholt werden müssen.

Ich bin froh, dass es gestern unter maßgeblicher Führung unseres Ministerpräsidenten und unter Einbeziehung von Kollegen der Oppositionsfraktionen gelungen ist, in der Föderalismuskommission II einen Durchbruch zu erzielen, und dass wir es in der Tat schaffen können, eine Schuldenbremse für ganz Deutschland zu errichten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Minister Willi Stächele)

Meine Damen und Herren, Herr Schmiedel, deswegen ist es mir vorrangig gar nicht so wichtig, ob das in unsere Landesverfassung aufgenommen wird. Das Allerwichtigste bei der ganzen Diskussion, bei diesem ganzen Prozess war mir, dass sich alle 16 Bundesländer dazu bekennen müssen. Das ist das Entscheidende.

Wir geben ja schon das Beispiel. Wir haben in unserer Landeshaushaltsordnung bereits festgeschrieben, dass Tilgungspläne aufgestellt werden müssen. Das heißt, der entscheidende Durchbruch ist, dass jetzt alle übrigen Bundesländer und der Bund dem Beispiel Baden-Württembergs folgen müssen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wie das in den nächsten Jahren geht, wirft in der Tat noch viele Fragezeichen auf. Der Bund muss bis 2016 seine jährliche Neuverschuldung auf etwa 8 Milliarden € zurückfahren. Das heißt nach Adam Riese: Pro Jahr müssen 7 bis 8 Milliarden € strukturell abgebaut werden. Das ist ein schwieriges Unterfangen, dem man sich stellt. Kompliment! Aber noch schwieriger ist ein solches Unterfangen für die Länder, die jetzt am Tropf hängen und bis 2020 ganz bei der „schwarzen Null“ angekommen sein wollen.

Wenn man die Verhandlungen selbst begleitet hat – der Herr Präsident war ja auch dabei –, muss man sagen: Es ist wirklich dem engagierten Einsatz unseres Ministerpräsidenten zu verdanken, dass es gelungen ist,

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

auch in einem sehr zerstrittenen B-Lager am Schluss noch einen Modus zu finden, dem in der Tat starke, aber insbesondere auch schwache Länder ihre Zustimmung geben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Unser Ziel muss sein – das kann man ja erst jetzt, am Tag nach der Einigung, sagen –, dass niemand mehr aus diesem Korsett ausbüxt. Wir sind in der Tat bereit, Zinsbeihilfen zu geben. Aber solche Beihilfen können auch gegenüber unserer eigenen Bevölkerung nur dann gerechtfertigt werden, wenn 2019 und 2020 nicht nur die „schwarze Null“ erreicht worden ist, sondern die finanzschwachen Länder zudem auch nicht mehr darauf angewiesen sind, am Tropf zu hängen. Das ist das Ziel, und es kann auch erreicht werden. Denn das, was jetzt aufgebaut wird, was verfassungsrechtlich verankert wird, bedeutet letztlich auch ein Stück weit einen „Schwitzkasten“ für diejenigen, die diesen zehnjährigen Weg gehen müssen – im Interesse der Steuerzahler auch und gerade des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Kurzum: Der Haushaltsentwurf 2009 ist ehrgeizig, aber im Blick auf die Nullneuverschuldung ein ganz, ganz wichtiges Signal.

Meine Damen und Herren, ich räume ein – einige Kolleginnen und Kollegen haben es angesprochen –: Einige Unwägbarkeiten bestehen natürlich noch. Herr Kollege Kretschmann, Sie haben in dieser Woche auch die Frage angesprochen: Was sagt der Finanzminister zu diesen Unwägbarkeiten? Ich habe schon im Finanzausschuss gesagt: Wir können, wie es im Wirtschaftsleben gegenwärtig allgemein Usus ist, gängige Praxis geworden ist, vielfach nur auf Sicht fahren. Wir wissen, dass die Steuerschätzung vom November letzten Jahres korrigiert werden wird. Wir wissen, dass die Wachstumsziele, die wir im Finanzplanungsrat einmal festgelegt haben, schon heute überholt sind. Wir kennen die täglichen Meldungen über das, was im letzten Quartal wirklich erreicht wurde oder was schon jetzt in den ersten Monaten dieses Jahres erreichbar ist.

Kurzum: Da muss einiges überprüft werden, da muss auf Sicht gefahren werden. Das ist jedem klar, der sich mit diesem Haushalt und insbesondere mit der wirtschaftlichen Situation Gesamtdeutschlands befasst.

Andererseits ein Kompliment an die, die da am Werk waren: Wir haben bei der Steuerschätzung vom November einen Nettobetrag zugrunde gelegt, der das einpackt, was an Konjunkturpaketen erkennbar war, der das einpackt, was schon damals in der Tür stand – z. B. das Urteil über die Pendlerpauschale –, und der als Betrag für die Zukunft auch das einpackt, was möglicherweise an konjunkturell bedingten Steuerausfällen entstehen kann.

Das heißt, man hat sehr klug – ich darf meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirklich loben – die Messlatte so gelegt, dass wir in diesem Jahr auch bei Steuereinbrüchen nicht die totale Einnahmekatastrophe erleben müssen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung weiter in etwa so verläuft, wie wir es derzeit noch hoffen wollen. Das ist sicherlich optimistisch. Es wird sicherlich auf allen internationalen Märkten zu Einbrüchen und zu einer Nachfrageschwäche kommen. Aber wir hoffen doch, dass wir bei der „schwarzen Null“, bei der Nullneuverschuldung im Jahr 2009 zumindest in Baden-Württemberg verbleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es ist wichtig, dass unsere Ausgangsinvestitionen getätigt werden. Es sind etliche Milliarden, die ein solcher Landeshaushalt birgt. Gemeinsam mit den Kommunen sind es roundabout 5 Milliarden €, die in einem Jahr investiert werden. Aber gleichermaßen sind wir als Politik nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers auch handlungsfähig, indem wir jetzt in einem dritten Abschnitt gemeinsam mit dem Bund ein Konjunkturpaket II formulieren.

Lassen Sie sich draußen nicht sagen, dass es nur um Bundesgeld gehe. Der Dank an Herrn Steinbrück kann sich da wirklich in Grenzen halten. Es ist zwar Bundesgeld, aber in der gleichen Größenordnung – – Wenn Sie einmal die 1,2 Milliarden € zu dem addieren, was in unserem Landesinfrastrukturprogramm enthalten ist, sind es insgesamt 2,1 Milliarden €, die im Wege eines Gesamtpakets einerseits fast hälftig vom Bund und andererseits vom Land und den Kommunen getragen werden, die jetzt die Konjunktur in Baden-Württemberg ankurbeln und befördern können. Deswegen ist dieses Paket Teil dieser Haushaltsplanung.

Dieses Paket, das jetzt dankenswerterweise – ich sage ausdrücklichen Dank, dass Sie diese kurze Zeitachse mitmachen – hinausgeht, hat in diesen Tagen Zustimmung erfahren. Ich bin stolz, dass die kommunalen Landesverbände alle miteinander mitmachen, dass wir uns auf die pauschale Zuweisung

an Gemeinden und Städte im Rahmen der vorgegebenen Themen verständigen konnten. Jeder, der dieses Geld erhält, muss sich darüber im Klaren sein, dass nur die vorgegebenen Themen erfüllbar sind.

Ich bin dankbar, dass wir uns darüber hinaus mit den kommunalen Landesverbänden gleichermaßen darüber verständigen konnten, dass wir in wichtigen Bereichen der Fachförderung wie etwa Krankenhausbau, Stadtsanierung, ELR oder Breitbandverkabelung und zu guter Letzt – ich hoffe, dass die Zustimmung auch zu diesem Thema kommen kann – auch im Bereich der Tourismusförderung eine einvernehmliche Lösung finden.

Jetzt geht es darum, dieses Programm punktgenau an den Markt zu bringen. Es soll sofort wirken können. Das ist ein dringender Appell, nicht erst seit heute. Jeder, der jetzt Geld erhält und es investieren kann, soll aber auch bedenken: Das ist Geld, das diejenigen, die nach uns kommen, vollständig wieder zurückzahlen müssen. Demzufolge darf nur die Investition getätigt werden, die unseren Standort Deutschland oder den Standort Baden-Württemberg wirklich in die Zukunft trägt. Das sind wir denjenigen schuldig, die die Schulden übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt bei dieser ganzen Geschichte noch zwei Stellschrauben, die uns Kummer bereiten.

Erstens: Wie ist ein Vorrang energetischer Sanierung zu definieren? Das ist nicht irgendetwas, sondern das ist rechtsbegründend im Hinblick auf die Auszahlung von Bundesgeld. Die Arbeiten sind noch im Gang. Nächste Woche tagt wieder eine Arbeitsgruppe. Mir liegt im Interesse der Kommunen daran, dass dies wirklich abgeklärt wird.

Ich habe den Eindruck, dass wir beim Land, wo wir mitten in der energetischen Sanierung stecken, wohl eher voll und ganz erfüllen können, was möglicherweise Verfassungsgebot ist. Aber ich hätte gern Klarheit geschaffen für die vielen kleinen, mittleren und großen Gemeinden, die alle wissen wollen: Was können wir jetzt wirklich tun, ohne dass wir irgendwann für ausgezahltes Geld in Haftung genommen werden?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

Der dringende Appell, auch in Richtung Berlin, ist: Gebt uns da eine saubere Handhabe. Ich habe zwei Briefe von Bundesministern gesehen, die zum Teil in der Erläuterung dessen, was energetische Sanierung anbelangt, sehr unterschiedlich waren.

Zweitens: Wir haben gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, ich darf Sie kurz unterbrechen. Gestern hat die Föderalismuskommission beschlossen – möglicherweise rückwirkend –, das Verbot aufzuheben und in Zeiten wie denen, in denen wir uns jetzt befinden, dem Bund die Erlaubnis zu geben, durchgehend Finanzierungszuschüsse an Gemeinden zu geben, sodass man das, was Sie gerade dargestellt haben, nicht mehr machen muss.

Finanzminister Willi Stächele: Das ist ein interessanter Ansatz. Lieber Herr Präsident, die Frage ist jetzt aber, ob man das rückwirkend hinbekommt; denn rückwirkendes Verfassungsrecht ist nicht ganz einfach. Jetzt sollten wir ganz vorsichtig mit dieser Botschaft – einer guten Botschaft – umgehen. Ich danke dem Präsidenten, dass er uns so zeitnah unterrichtet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Aber im Interesse derer, die vielleicht auch gern selektiv hören und nur die frohe Botschaft vernehmen möchten, bitte ich das präzise abzuklären. Die Rückwirkung macht mir nämlich noch ein bisschen Kummer. Wenn das möglich wäre, wäre es eine wesentliche Erleichterung.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Nun komme ich zur „Zusätzlichkeit“.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ein ganz großes Problem!)

Ich habe noch einmal nachgeschaut: 1986 hatten wir eine ähnliche Bundesförderung. Da hat der Bund formuliert, in den Förderteil könne alles aufgenommen werden, was sonst nicht in dem benannten Zeitraum investiert würde. Diesmal wird es etwas schwieriger, denn sowohl im Gesetz als auch in der vorgesehenen Verwaltungsvereinbarung sind zwei Tatbestände enthalten, die eine Hinderung bedeuten könnten. Der erste ist: Es darf – gemäß § 4 der Verwaltungsvereinbarung – nichts aufgenommen werden, was in einem verabschiedeten Haushalt steht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Rechtskräftig verabschiedet!)

– Was in einem rechtskräftig verabschiedeten Haushalt steht. – Das bereitet mir deshalb Kummer, weil ich Sorge habe, dass die Fleißigen, die Pünktlichen – viele haben den Ehrgeiz, vor dem Ende des Jahres einen Haushalt erstellt zu haben –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau! Wir z. B.!)

möglicherweise das Nachsehen haben; denn jeder von uns, der solche kommunalen Haushalte führt, weiß: Bei einem offenen Haushalt kann man jonglieren. Man hat dann natürlich viel mehr Flexibilität, gewisse Maßnahmen in eine Förderung einzubringen.

Das Nächste ist auch eine Sache, die Kummer bereitet. Die kommunalen Landesverbände haben hier zusammen mit dem Finanzminister in den letzten Tagen noch einmal interveniert.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Mit Unterstützung beider Regierungsfraktionen!)

– Und die Fraktionen, selbstverständlich. – Das betrifft die „Zusätzlichkeit“, gemessen an den Investitionsvolumina. Dabei geht es um Folgendes: Das Investitionsvolumen im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2008 soll Ausgangspunkt sein für einen Vergleich des Investitionsvolumens von 2009 bis 2011. Das Investitionsvolumen der Jahre 2009 bis 2011 muss genau den Zusatzbetrag von 1,6 Milliarden € Investitionen erkennen lassen. Das ist der Punkt.

Ich bin in meiner Intervention – ich glaube, auch die kommunalen Landesverbände – sehr weit gegangen. Ich habe gesagt: Lasst das ganze Kriterium weg. Ich habe nie das Anliegen des Bundes auf „Zusätzlichkeit“ außer Acht gelassen. Ich habe Verständnis dafür, dass man nicht nur Haushaltslücken decken möchte, sondern Mittel für zusätzliche Investitionen freimachen möchte.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ergibt aber keinen Sinn! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber auf der anderen Seite habe ich immer mit einer faktischen „Zusätzlichkeit“ argumentiert, die in jedem Fall gegeben ist, wenn bei gewissen Themen Investitionsanreize geschaffen werden. Es ist ja so, dass diese Kriterien offensichtlich im Gesetz wie in der Verwaltungsvereinbarung tatsächlich geblieben sind. Das Gesetz wird sich möglicherweise nicht mehr ändern. Das wird am heutigen Freitag durch den Deutschen Bundestag gehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was? Wir haben doch noch den Bundesrat! Es gibt doch noch eine Bundesratsdebatte!)

– Ja, gut. Aber ich denke, wenn die Große Koalition – da nehme ich jetzt auch uns beide in die Pflicht – das im Bundestag nicht hinbekommt,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es haben ja manche angekündigt, den Vermittlungsausschuss anzurufen!)

ist es natürlich ausgesprochen schwierig. Sie wissen: Im Bundesrat können Sie nur dann Änderungen erreichen, wenn Sie das Thema absetzen und gleichzeitig in ein Vermittlungsverfahren gehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, nein! Das kann man doch vorher klären!)

– Es wäre schön gewesen, lieber Kollege Schmiedel, Sie hätten Struck und der SPD-Bundestagsfraktion das Gleiche so deutlich gesagt, wie Sie es jetzt hier sagen möchten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr richtig! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich habe es der Kanzlerin gesagt! Wir haben doch eine Kanzlerin!)

Meine Damen und Herren, jetzt etwas ganz Wichtiges zu dieser „Zusätzlichkeit“: In der Tat betrifft die „Zusätzlichkeit“ das Gesamtvolumen von Land und Kommunen. Das heißt, zunächst einmal muss eine Kommune nicht befürchten, dass sie als Einzelkommune separat auf den Prüfstand genommen würde. Das ist die Angst, die bei unseren Gemeinden und Städten lange Zeit umgegangen ist. Das wird es nicht sein, sondern die Betrachtung bezieht Land und Kommunen insgesamt ein.

Aber – und da muss man den Kommunen auch ehrlich gegenübertreten, gerade in der jetzigen Zeit, in der diese Anträge gestellt und auch verbeschieden werden –: In den Jahren 2011 oder 2012 könnte natürlich der Worst Case eintreten, dass dann auch aus der Gesamtsumme im Vergleich zu den Jahren 2006 bis 2008 ein Delta entsteht. Dann ist klar: Das ist eine Finanzierungsfrage, die gemeinsam mit den Kommunen auf den Tisch gelegt und diskutiert werden muss. Es ist ein Gebot der Redlichkeit, dass man darauf hinweist, dass man dann letztlich vor einer gemeinsamen Finanzthematik steht.

Deswegen sollten wir im Moment schauen, dass wir dieses Programm schnell wirksam werden lassen. Wir sollten weiterhin daran arbeiten, dass zu dem, was wir an Überzeugungen zu diesem Begriff der „Zusätzlichkeit“ haben, noch nicht das letzte Wort gesprochen sein wird, oder dass wir gegebenenfalls, wenn wir an die erste Evaluation denken, überlegen, was in den Jahren 2012 und 2013 konkret abgerechnet werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich kann für die Landesregierung Folgendes sagen: Wir haben im Kabinett heute abschließend über dieses Paket entschieden. Deswegen sind Fragen zur Haltung der Landesregierung im Bundesrat aus meiner Sicht geradezu obsolet, denn die Landesregierung hat sich zu diesem Paket bekannt, und ich kenne niemanden, der in solchen Sachen schizophren handelt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Goll hat erklärt, es sei noch alles offen! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Nein. Ich weiß genau: Auf das Wort und auf die Zustimmung des Kabinetts kann man sich verlassen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Hat der Herr Goll im Kabinett auch zugestimmt?)

Im Bundesrat wird es sicherlich auch seitens des Landes Baden-Württemberg eine befördernde Haltung geben.

Ich will aber etwas anderes sagen, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Finanzminister Willi Stächele: Lassen Sie mich das kurz ausführen; dann machen wir Zwischenfragen.

Ich will eines sagen, was auch für Sie draußen wichtig ist: Wir werden in der Tat – das ist Teil des Beschlusses des Kabinetts – im Mai/Juni evaluieren, wie der Mittelabfluss verlaufen ist und ob die Themen, die da angedacht sind, und auch die Modalitäten, die wir festgesetzt haben, wirklich dem entsprechen, was wir uns vorstellen. Ich kann mir vorstellen, dass das auch im Parlament und für Sie für das Gespräch mit den Menschen draußen wichtig ist. Wir werden also im Mai oder Juni schauen, ob das wirklich so sauber an den Mann, an die Frau in die Konjunktur gebracht wird, wie wir uns das vorstellen.

So, Herr Schmiedel, bitte schön.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Minister Stächele, Sie müssen schon verstehen, dass wir jetzt über Ihre Aussage irritiert sind, dass das Kabinett entsprechend beschlossen habe und dass deshalb das Ja der Landesregierung im Bundesrat stehe. Uns ist nämlich gerade eine dpa-Meldung vorgelegt worden, die besagt, dass Herr Goll vor wenigen Minuten erklärt habe,

(Claus Schmiedel)

dass das Ja Baden-Württembergs zum Konjunkturpaket noch offen sei.

Meine Frage ist: Hat Herr Goll dem denn im Kabinett zugestimmt?

Finanzminister Willi Stächele: Ja, die Regierung hat – –

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

– Nur langsam! – Die Regierung hat den Beschluss gefasst, der notwendig ist, um das Programm in die parlamentarische Beratung einbringen zu können. Diese Entscheidung ist gefallen. So.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist denn das jetzt?)

Und jetzt gibt es ein Zweites, und insofern hat der Kollege Goll natürlich recht: Über die Haltung eines Landes – auch des Landes Baden-Württemberg – im Bundesrat wird immer vor der jeweiligen Bundesratssitzung entschieden. Ich glaube, damit ist hinreichend Aufklärung gegeben.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: „Da hat der Herr Goll recht“! Es ist offen! Das darf doch nicht wahr sein! Das ist ein regierungsamtliches Hin und Her! – Lebhafte Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren – –

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schmid?

Finanzminister Willi Stächele: Herr Schmid, noch eine lasse ich zu, und dann mache ich weiter mit meinen Ausführungen. Bitte schön, Herr Schmid.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Minister, wann entscheidet die Landesregierung dann über ihre Haltung? Gibt es da noch eine Kabinettssitzung vor der Bundesratssitzung, und wann wäre die?

Finanzminister Willi Stächele: Sie dürfen unbesorgt sein, dass wir immer rechtzeitig vor Bundesratssitzungen die notwendigen Entscheidungen herbeiführen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir werden Sie nicht enttäuschen, lieber Herr Dr. Schmid.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die waren schon so lange nicht mehr in der Regierung, die wissen das nicht mehr!)

Wenn Sie gestatten, nur noch eine Anmerkung. Ich würde die anderen Einlassungen vielleicht in der nächsten Woche machen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber jetzt keine dritte Position! Zwei reichen!)

– Nein, nein. Herr Schmiedel, kein selektives Oppositionshören! Ich habe ganz präzise gesagt, was heute Morgen geschehen ist und was wie immer geschehen wird. Es ist keine Novität, dass wir vor der Bundesratssitzung unsere Entscheidung im Blick auf die Beschlussfassung im Bundesrat fällen. Aber ich habe deutlich gemacht – das ist meine persönliche Ansicht –, dass es, wenn man dies gemeinsam dem Parlament zuleitet, ein schlüssiges Indiz dafür ist, dass man das auch rechtskräftig im Bundesrat tun will.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Also, der Fisch ist noch nicht geputzt? – Abg. Christine Rudolf SPD: Die haben stinkende Ratten im Keller! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was denn jetzt? Ja, nein? – Unruhe)

– Jetzt aber langsam! Herr Kretschmann, die Auskunft ist doch eindeutig. Sie wollen es nur nicht hören. Sie hätten gern irgendetwas gehört, was der Opposition in den Kram passt. Die Auskunft ist doch ganz eindeutig. Sie sollen wissen, was geschehen ist. Es gibt einen Regierungsbeschluss, dieses Paket zur Beratung zuzuleiten. Es wäre das erste Mal, dass eine Regierung dem Parlament nicht das zuleitet, was sie für politisch richtig erachtet. Dann wird rechtzeitig vor der Bundesratssitzung die Entscheidung des Landes – im Bundesrat gibt es ja ein einheitliches Votum des Landes –

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

geradegezogen; sie wird endgültig getroffen, und sie wird dann im Bundesrat entsprechend abgegeben.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, Sie haben dazu schon Stellung genommen: Gestatten Sie dennoch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Prewo?

(Zurufe , u. a. Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Was machen denn die Grünen in Hamburg? – Unruhe)

Finanzminister Willi Stächele: Nein, das hätte keinen Wert. Wenn man nicht hören und nicht verstehen will, dann nützen auch 20 Zwischenfragen nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was gibt es denn da noch groß zu verstehen? Ja heißt Ja und Nein heißt Nein! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was Sie sagen, ist kein Beitrag zur Wahrheit und zur Klarheit!)

– Herr Kretschmann, lesen Sie nach, was ich gesagt habe, dann haben Sie genau die Aussage. Dann können Sie sich damit auseinandersetzen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist doch eine dpa-Meldung! Das ist doch nicht von uns!)

– Entschuldigung, diese dpa-Meldung ist keine Meldung von mir;

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber von einem Kabinettsmitglied!)

es ist keine Aussage, die ich hier vor dem Landtag von Baden-Württemberg getroffen habe. Ich habe gesagt, was für Beschlüsse gefasst worden sind und welche weiteren Entscheidungen der Landesregierung anstehen. Mehr kann ich nicht sagen.

(Minister Willi Stächele)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig! Das war prima! Völlig ausreichend! Machen Sie weiter! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wir sind des Lesens zwischen den Zeilen mächtig!)

– Gut. Aber Sie sind auch ein großer Interpretationskünstler, wie ich annehme, wenn Sie zwischen den Zeilen lesen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist doch bei so unklaren Aussagen nicht anders möglich! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Peinlich! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Herr Dr. Schmid, ich möchte gern noch einen Satz sagen. Ich möchte Ihnen ausdrücklich bestätigen, dass ich sehr viele Gemeinsamkeiten mit Ihnen in Ihren Aussagen zur Landesbank sehe.

(Lachen bei der SPD)

Es ist tatsächlich ganz wichtig, dass wir auch öffentlich, in der Bevölkerung darüber reden, warum wir uns vorstellen können, die Kapitalzufuhr als Eigentümer aus eigener Stärke heraus zustande zu bringen. Das ist ganz wichtig. Wir müssen darüber reden, was es bedeutet, wenn man eine solche Kapitalzufuhr von Berlin holt. Gerade im Interesse ihrer wichtigen Kundenbeziehungen muss sich die Bank auf die Eigentümer verlassen können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr richtig!)

Das ist eine ganz wichtige Aussage; denn mir liegt sehr daran, dass wir wieder offensiver über unsere Landesbank reden. Offensiv bedeutet auch, dass, wenn die Landesbank ein Geschäftsmodell für die Zukunft hat, dies ein Geschäftsmodell der Unseren sein muss. Deswegen, lieber Herr Schlachter, dürfen Sie diese Landesbank nicht zerschlagen wollen. Ich habe da wieder anklingen hören, was Sie alles ausgliedern lassen wollen, was Sie weggeben wollen. Denken Sie daran, dass insbesondere auch gewisse vertikale Elemente entscheidend dafür waren, dass wir eine andere Kundenbeziehung aufbauen konnten als andere Landesbanken. Deshalb kann diese relative Stabilität, von der wir berichten können, weiterhin gelten, sofern wir dieses Geschäftsmodell auch weiterhin beherzigen.

Meine Damen und Herren, wir werden in der nächsten Woche im Einzelnen über das Konjunkturpaket und abschließend über den Haushalt beraten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Der Herr Justizminister hat sich noch zu Wort gemeldet.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und Sie erteilen ihm auch das Wort! Weil die Regierung immer das Wort erhalten muss! – Zurufe – Unruhe)

– Ich erteile ihm selbstverständlich das Wort.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Zunächst stimme ich allem zu, was Kollege Stächele gesagt hat, und beglückwünsche ihn natürlich zu diesem Haushalt. Ich habe allerdings gemerkt, dass einige Kollegen hier noch nicht begriffen haben,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Was sollen wir nicht begriffen haben?)

was läuft.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die dpa-Meldung war eindeutig, Herr Minister! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Und die Äußerung von Herrn Pfister gestern auch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Setzen!)

– Wollen Sie es hören? Ich mache mir jetzt die Mühe, es Ihnen zu erklären. Aber wenn Sie es nicht hören wollen, können wir es bleiben lassen. – Jetzt hören Sie einmal gut zu.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Christine Rudolf: Wir brauchen keine Belehrungen!)

– Wer belehrt hier wen? – Wir schaffen die Voraussetzungen, um dieses Paket, sollte es kommen, im Haushalt umzusetzen. Das ist vernünftig. Würden wir nämlich diese Voraussetzungen nicht schaffen, dann könnten wir, wenn das Paket beschlossen wird, noch einmal von vorn anfangen. Damit ist aber das Paket noch nicht beschlossen. Also, für Ihren Kopf: Für den Fall, dass das Geld vom Bund kommt, schaffen wir die Voraussetzungen für die Entscheidung, was wir damit machen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: So gescheit waren wir schon vorher! – Weitere Zurufe, u. a. Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das Paket ist beschlossen!)

Ob das Geld vom Bund kommt, hängt davon ab,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ob Sie zustimmen!)

ob das Konjunkturprogramm in der nächsten Woche beschlossen wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann machen Sie mit! Stimmen Sie im Bundesrat zu?)

Das ist genau das,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

was Sie in der Pressemeldung lesen konnten, nämlich dass wir da in Gesprächen sind, in üblichen politischen Verhandlungen, ob dieses Paket in der kommenden Woche eine konkrete Gestalt erreicht, bei der wir dem Paket zustimmen. Das werden wir dann in der nächsten Woche entscheiden. Das ist genau das, was gesagt wurde.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das liegt doch vor! – Unruhe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Dr. Schmid.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Auftritt, Herr Goll, war wirklich nicht sehr zielführend, um es vorsichtig auszudrücken.

(Beifall bei der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Kommt darauf an, was Ihr Ziel ist!)

Was sicher niemand in diesem Saal und darüber hinaus versteht, ist, dass Sie als Landesregierung das Konjunkturpaket des Bundes jetzt hier in den Landeshaushalt einbringen, wir als Landtag zustimmen wollen und gleichzeitig nicht klar ist, ob Sie überhaupt dem Konjunkturpaket des Bundes, dessen Mittel für das Land Sie am Montag veranschlagen wollen, zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Ich habe zuerst gedacht, Sie würden Fische putzen, aber Sie drehen Pirouetten. Eines ist klar: Wenn die FDP als Kraft, die Regierungsverantwortung in diesem Land tragen will, ernst genommen werden will, dann muss sie jetzt dieser Verantwortung auch im Bund gerecht werden. Deshalb müssen Sie zustimmen und sollten das heute erklären, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Thomas Blenke und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel? –

(Heiterkeit)

Bitte, Herr Abg. Schmiedel.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Reden die sonst nicht miteinander?)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Kollege Dr. Schmid, kann man es noch fassen,

(Heiterkeit – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Schmiedel fassungslos!)

dass der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Günther Oettinger, vor wenigen Stunden über dpa erklärt hat: „Ich werbe dafür, dass andere Landesregierungen diesem Konjunkturpaket zustimmen“, und seinen eigenen Laden nicht im Griff hat?

(Beifall bei der SPD)

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Schmiedel, Sie haben recht. Ich bin fassungslos und erschüttert.

(Beifall bei der SPD – Lebhafte Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder Redner bei dieser Aussprache hat den Ernst der Lage betont. Deshalb will ich zum Schluss dieser Aussprache noch einmal unterstreichen: Herr Ministerpräsident Oettinger hat den Ernst der Lage erkannt, die CDU in diesem Land hat den Ernst der Lage erkannt, die FDP/DVP jedoch offensichtlich noch nicht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist jetzt unverschämt!)

Gehen Sie in sich, nehmen Sie Verantwortung für das ganze Land wahr, und denken Sie nicht nur an Ihre Partei!

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Abstimmen!)

Wir kommen deshalb zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 06 – Finanzministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3606. Den dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3906, werde ich beim entsprechenden Kapitel aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Wir kommen zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung Drucksache 14/3606.

Ich rufe auf

Kapitel 0601

Ministerium

Wer stimmt Kapitel 0601 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0602

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer stimmt dagegen? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0607

Statistisches Landesamt

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0608

Steuerverwaltung

Hierzu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3906, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0608 – Steuerverwaltung – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich frage jetzt, ob ich die Kapitel 0610 bis 0620 gemeinsam zur Abstimmung stellen kann.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nur bis 0614!)

– Dann rufe ich die

Kapitel 0610 bis Kapitel 0614

auf. Wer diesen Kapiteln zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist diesen Kapiteln zugestimmt.

Jetzt kommen wir zu Kapitel 0615 – Vermögen und Bau Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Den Rest kann man zusammennehmen!)

– Dann rufe ich die

Kapitel 0615 bis Kapitel 0620

auf. Wer den Kapiteln 0615 bis 0620 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3606. Wer diesem Abschnitt zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Abschnitt II mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Einstimmig!)

– Nein, nicht einstimmig.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 06.

Wir kommen jetzt in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3612.

Wir kommen zunächst zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung.

Ich rufe

Kapitel 1201

Steuern

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3912-2, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen nun über das Kapitel ab. Wer stimmt dem Kapitel 1201 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist dem Kapitel 1201 mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich damit die folgenden Kapitel 1202 bis 1240 zusammen aufrufen?

(Zurufe: Nein!)

– Dann rufe ich

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

auf. Wer stimmt Kapitel 1202 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist das Kapitel mehrheitlich beschlossen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Einstimmig!)

Ich bin nicht davon ausgegangen, dass ich über diese Kapitel jetzt auch noch einzeln abstimmen lassen muss, aber bitte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen Sie es in aller Ruhe, Herr Präsident! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Machen wir es in der nächsten Woche!)

Ich rufe auf

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieses Kapitel ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3912-12, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3912-3. Wer diesen beiden Anträgen zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Die Anträge sind mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3912-4, auf. Wer diesem Antrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1205 abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel 1205 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1206

Schulden und Forderungen

Wer stimmt diesem Kapitel zu? –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ungern! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Forderungen schon!)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1208

Staatlicher Hochbau

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch diesem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe

Kapitel 1209

Staatsvermögen

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/3912-1, auf. Wer diesem Antrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Änderungsantrag zugestimmt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Einstimmig zugestimmt!)

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3912-5. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/3912-11. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Ich lasse nun über Kapitel 1209 abstimmen. Wer stimmt dem Kapitel 1209 in der geänderten Fassung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Kapitel 1210

Versorgung

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aha!)

Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Kapitel 1212

Sammelansätze

Zu diesem Kapitel liegen drei Änderungsanträge der Fraktion der SPD vor. Sollen wir darüber einzeln abstimmen?

(Zuruf von der CDU: Über die können wir zusammen abstimmen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Kommt darauf an! – Gegenrufe von der CDU: Nein!)

– Wir können darüber gemeinsam abstimmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gemeinsam ablehnen!)

Ich stelle die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 14/3912-6, 14/3912-7 und 14/3912-8, zur Abstimmung. Wer ihnen zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind diese drei Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 1212. Wer diesem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1220

Zukunftsoffensive II

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1221

Zukunftsoffensive III

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1222

Zukunftsoffensive IV

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig ist dem Kapitel zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1223

Zukunftsinvestitionen

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3912-9, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 1223 – Zukunftsinvestitionen – abstimmen. Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig ist dem Kapitel zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1230

Neue Steuerungsinstrumente

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3912-10, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Kapitel 1230. Wer dem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Kapitel mehrheitlich beschlossen worden.

Ich rufe auf

Kapitel 1240

Impulsprogramm Baden-Württemberg

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3912-13.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt wird es interessant!)

Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3612, abstimmen. Wer Abschnitt II zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Abschnitt II wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 12 beendet.

Wir kommen jetzt in der Zweiten Beratung zur Einzelabstimmung über das

Staatshaushaltsgesetz 2009

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3616.

Ich rufe auf

§ 1

Durch die im Verlauf der Etatberatungen beschlossenen Anträge hat sich die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben verändert, sodass die in § 1 aufgeführte Summe nun 35 338 686 900 € beträgt.

(Zuruf von der CDU: Doch so viel?)

Wer dem § 1 mit dieser Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Damit ist § 1 in der geänderten Fassung mehrheitlich zugestimmt worden.

Die in § 1 angeführte umfangreiche Anlage mit der Haushaltsübersicht für 2009 muss infolge der vom Landtag vorher geänderten Beträge ebenfalls entsprechend angepasst werden. Sie ermächtigen den Präsidenten, die notwendigen Korrekturen in dieser Übersicht in Abstimmung mit dem Finanzministerium vorzunehmen.

(Zurufe: Jawohl!)

Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Wir danken für das Vertrauen.

(Heiterkeit – Abg. Klaus Herrmann CDU: Ausnahmsweise! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sie sind doch Vizepräsident!)

Jetzt frage ich Sie, ob über die §§ 2, 3, 3 a, 4 bis 6, 6 a, 6 b sowie 7 bis 16 der vorliegenden Drucksache 14/3616 insgesamt abgestimmt werden kann.

(Zurufe: Ja! – Gegenrufe: Nein! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das wird doch eh beschlossen! – Unruhe)

– Also Einzelabstimmung.

§ 2

Wer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

§ 3

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Mehrheitlich so beschlossen.

§ 3 a

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Einstimmig zugestimmt.

§ 4

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

§ 5

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

§ 6

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe gemeinsam auf

§ 6 a bis § 10

Wer diesen Paragrafen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig ist diesen Paragrafen zugestimmt.

§ 11

Wer stimmt § 11 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

§ 12

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

§ 13

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

§ 14

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

§ 15

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

§ 16

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Zum Abschluss der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 schlage ich Ihnen vor, diesen Gesetzentwurf mit den dazugehörigen Einzelplänen in der Fassung der Beschlüsse der Zweiten Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen, damit die Vorlage der Landesregierung zum Konjunkturpaket am 16. Februar 2009 in eine Beschlussempfehlung des Finanzausschusses für die Dritte Beratung des Entwurfs des Staatshaushaltsgesetzes am 18. Februar 2009 einbezogen werden kann. Eine entsprechende Mitteilung der Landesregierung von heute liegt als Drucksache 14/3993 vor. Notwendig ist auch, dass damit die geschäftsordnungsmäßig festgelegten Fristen verkürzt werden.

Sind Sie sowohl mit der Ausschussüberweisung als auch mit den erforderlichen Fristverkürzungen einverstanden? Wer dafür ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zum Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2008 bis 2012 – Drucksachen 14/3615, 14/3913

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

Meine Damen und Herren, wir haben nunmehr noch über den Mittelfristigen Finanzplan abzustimmen. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3913. Der Finanzausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Finanzministeriums, Drucksache 14/3615, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Damit ist auch Punkt 2 der Tagesordnung abgeschlossen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Plenarsitzung findet am kommenden Mittwoch, 18. Februar 2009, um 10:00 Uhr statt.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend

(Heiterkeit)

und schließe die Sitzung.

Schluss: 14:19 Uhr